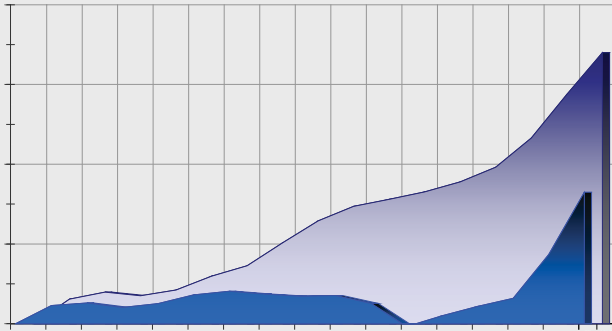
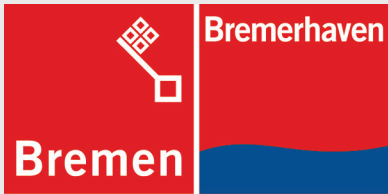


**Mitteilung des Senats
an die Bremische Bürgerschaft (Landtag)
vom 3. September 2013**

Finanzplan 2012 bis 2017 der Freien Hansestadt Bremen

Nach § 50 Absatz 3 des Haushaltsgrundsätzegesetzes (HGrG) überreicht der Senat der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) den – unter Berücksichtigung der Haushaltsdaten der Jahre 2011 / 2012, der Haushaltsanschlüsse 2013 sowie der Entwürfe zu den Haushalten 2014/ 2015 erstellten – Finanzplan 2012 bis 2017 mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Der vorliegende Finanzplan 2012 / 2017 wurde gemäß § 31 der Landeshaushaltsordnung von der Senatorin für Finanzen aufgestellt und vom Senat in Form eines vorgezogenen Finanzrahmens 2012 / 2017 für das Land und die Stadtgemeinde Bremen am 09. April 2013 sowie in der vorliegenden Fassung für den Stadtstaat Bremen am 03. September 2013 beschlossen.



Finanzplan 2012 - 2017

Stadtstaat Bremen

Die Senatorin für Finanzen



Freie
Hansestadt
Bremen

Impressum

Die Senatorin für Finanzen
Presse & Öffentlichkeitsarbeit
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen
Telefon: (0421) 361 - 4072
Fax: (0421) 496 - 4072
E-Mail: office@finanzen.bremen.de
<http://www.finanzen.bremen.de/info/finanzplanung>

Fachliche Informationen zu dieser Veröffentlichung:
Referat 20,
Herr Rüdiger Schröder
Telefon: (0421) 361 - 2426
E-Mail: ruediger.schroeder@finanzen.bremen.de

Karl-Heinz Bade
Telefon: (0421) 361 - 4471
E-Mail: karl.heinz.bade@finanzen.bremen.de

Gesamtherstellung:
Druckerei der Senatorin für Finanzen
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen
erschienen im September 2013

Finanzplan 2012 - 2017

Stadtstaat Bremen

Gliederung

Seite

1. Vorbemerkungen	1
2. Rahmenbedingungen	2
2.1. Ergebnisse der Föderalismuskommission II / Schuldenbremse	3
2.2. Verwaltungsvereinbarung / Konsolidierungshilfen	4
2.3. Sanierungsprogramm 2012 / 2016	7
2.4. Extreme Haushaltsnotlage.....	9
2.5. Konsolidierungspotenziale.....	14
2.6. Gesamtwirtschaftliche und demografische Entwicklung	17
2.7. Finanzplanungen im übrigen Bundesgebiet	22
3. Einnahmen 2012 / 2017	25
3.1. Steuern, LFA, BEZ.....	25
3.2. Sonstige konsumtive Einnahmen	29
3.3. Vermögensveräußerungen / Sonstige investive Einnahmen	31
4. Ausgaben 2012 / 2017	34
4.1. Personalausgaben.....	34
4.2. Zinsausgaben	38
4.3. Sonstige konsumtive Ausgaben	40
4.4. Investitionsausgaben	45
5. Gesamtrahmen 2012 / 2017	48
5.1. Land und Stadtgemeinde Bremen.....	48
5.2. Bremerhaven	50
5.3. Stadtstaat Bremen	51
5.4. Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben (Gemeinsames Schema)	55
6. Konsolidierungszeitraum 2010 / 2020	59
6.1. Projektion der Kernhaushalte bis 2020.....	59
6.2. Ableitung des strukturellen Defizits	61
6.3. Konsolidierungspfad bis 2020	65

Anlagen

- 1 Investitionsplanung des Landes und der Stadtgemeinde Bremen bis 2015
- 2 Investitionsplanung der Stadt Bremerhaven bis 2017

1. Vorbemerkungen

Der vorliegende Finanzplan wurde gemäß § 31 der Landeshaushaltsordnung von der Senatorin für Finanzen aufgestellt und vom **Senat** in Form eines vorläufigen Finanzrahmens für das Land und die Stadtgemeinde Bremen am 09. April 2013 zur Kenntnis genommen sowie in der vorliegenden Fassung für den Stadtstaat Bremen am **03. September 2013** beschlossen.

Zentrale **Aufgabe** der Finanzplanung 2012 / 2017 ist es, die aus den bestehenden Rahmenbedingungen und Zielgrößen des bis 2020 zu gestaltenden Konsolidierungskurses resultierenden Konsequenzen für die Haushalte der Freien Hansestadt Bremen darzustellen und die Planwerte der Mittelfristplanung an den sich daraus ergebenden Anforderungen und Vorgaben für die Aufstellung und den Vollzug der jährlichen Haushalte der Planungsperiode auszurichten.

Die Finanzplanung beschreibt als Maßstab der geplanten Einnahme- und Ausgabeentwicklung hierzu die aus aktueller Sicht im Zeitraum der Mittelfristplanung zu leistenden Abbauschritte des strukturellen Defizits sowie - in Form entsprechender Projektionen - die voraussichtlichen Handlungsbedarfe in den anschließend verbleibenden Jahren des Konsolidierungszeitraumes bis 2020.

Mit der Darstellung der Rahmenbedingungen, unter denen die nachhaltigen strukturellen Verbesserungen der bremischen Haushalte mittel- und längerfristig zu realisieren sind, verdeutlicht die Finanzplanung zugleich die Chancen und Risiken, die für eine erfolgreiche Bewältigung des vorgezeichneten Sanierungspfades bestehen.

Die Erfordernisse des Konsolidierungskurses bestimmen die abzubildenden **Betrachtungsebenen** der bremischen Finanzplanung:

- Mit der Gewährung der Konsolidierungshilfen für den Stadtstaat Bremen betrifft auch der im Gegenzug zu gewährleistende schrittweise Defizitabbau die Gesamtheit der bremischen Haushalte unter Einbeziehung der Stadt Bremerhaven. Bei der Abbildung des Sanierungspfades und seiner Auswirkungen auf die Einzelhaushalte ist es daher erforderlich, neben dem Gesamtrahmen auch die wesentlichen Einnahme- und Ausgabepositionen der Haushalte in Form konsolidierter Ergebnisse für den Stadtstaat Bremen darzustellen. Die dabei berücksichtigten Haushaltsdaten Bremerhavens werden dem Finanz- und Wirtschaftsausschuss der Stadt am 04. November 2013 vorgelegt.
- Die unter Konsolidierungsgesichtspunkten zu betrachtende Entwicklung des „strukturellen Defizits“ setzt Abgrenzungen und Berechnungen voraus, die von einer ausschließlich auf den Kernhaushalt bezogenen Sichtweise z. T. deutlich abweichen. Da auf außerhaushaltsmäßige (Vor-) Finanzierungen generell verzichtet wird, ist hier insbesondere zu berücksichtigen, dass Tilgungen vorfinanzierter Vorhaben in der Gesamtdarstellung des Konsolidierungspfades nunmehr durch entsprechende Einnahmen des Bremer Kapitaldienstfonds (BKF) ausgeglichen werden. Weitere Abweichungen zu den Einnahme- und Ausgabepositionen des unmittelbaren Kernhaushaltes ergeben sich bei der Berechnung

des strukturellen Defizits durch die Ausklammerung der finanziellen Transaktionen, die Anpassung der Steuereinnahme-Erwartungen an die Regionalisierungsergebnisse der Steuerschätzungen sowie durch die Berücksichtigung konjunktureller Bereinigungen.

Zu beachten ist allerdings, dass die Finanzplanung der Freien Hansestadt Bremen auch in ausschließlicher Abgrenzung des Kernhaushaltes mit entsprechenden Darstellungen der Flächenländer nicht vergleichbar ist, da ihre Ergebnisse Haushaltsdaten der kommunalen Ebene mit berücksichtigen. Anders als in den Stadtstaaten Hamburg und Berlin wird dabei teilweise auch eine differenzierte Ausweisung nach staatlichem und kommunalem Haushalt vorgenommen.

Der **Planungszeitraum** der vorliegenden Finanzplanung betrifft mit den Jahren 2012 bis 2017 die mittlere Phase des Zehn-Jahres-Zeitraumes, in dem der vollständige Abbau der strukturellen Neuverschuldung in den bremischen Haushalten zu realisieren ist. Basis der Mittelfristplanung sind die Ist-Ergebnisse der Haushaltsjahre 2011 und 2012, in denen die Freie Hansestadt Bremen die ersten Schritte zur Haushaltskonsolidierung nach den Vorgaben der hierzu abgeschlossenen Verwaltungsvereinbarung erfolgreich bewältigt hat, und die im Mai 2012 beschlossenen Anschlagwerte des Jahres 2013.

Die Planwerte der Jahre 2014 und 2015 bilden die Grundlage des bis Ende 2013 aufzustellenden Doppelhaushaltes. Die Plandaten der Jahre 2016 und 2017 markieren den Einstieg in die zweite Hälfte des bis 2020 laufenden Konsolidierungszeitraumes.

Im abschließenden Abschnitt der Finanzplanung werden die zuvor entwickelten Planwerte in aggregierter Form bis 2020 fortgeschrieben. Der damit abgebildete längerfristige Planungszeitraum gibt einen konkreteren Aufschluss über Umfang und Perspektiven der insgesamt zu leistenden Eigenanstrengungen des Landes und über die hierfür im Mittelfrist-Planungszeitraum zu schaffenden Voraussetzungen.

2. Rahmenbedingungen

Die Finanzplanung für den Zeitraum 2012 / 2017 steht für die Freie Hansestadt Bremen im Zeichen des Neuverschuldungsverbots ab 2020. Konkret ist die Ausgangslage des Planungszeitraumes damit wie folgt zusammenzufassen:

- Nach Umsetzung der Empfehlungen und Beschlüsse der Föderalismuskommission II in gesetzliche Regelungen ist die Freie Hansestadt Bremen verpflichtet, die **Neuverschuldung** ihrer Haushalte bis 2020 **vollständig abzubauen**. Konsolidierungshilfen werden dem Land nur für die Jahre gewährt, in denen es gelingt, die Neuverschuldung des Stadtstaates unterhalb des Referenzwertes zu halten, der sich aus der gleichmäßigen Verringerung des Basiswertes 2010 in den Jahren 2011 bis 2020 ergibt. Einzelheiten zum Abbau des strukturellen Defizits der bremischen Haushalte regelt die mit dem Bund abgeschlossene **Verwaltungsvereinbarung** zum Gesetz zur Gewährung von Konsolidierungshilfen.

- Die bremischen Sanierungsanstrengungen und –fortschritte werden – ebenso wie die Schleswig-Holsteins, Berlins und des Saarlandes - fortlaufend durch den **Stabilitätsrat** begutachtet. Einerseits sind dem Gremium dabei die jährlichen **Abbauschritte** des strukturellen Defizits der Haushalte darzulegen, auf deren Grundlage über die Gewährung der vereinbarten Konsolidierungshilfen zu entscheiden ist. Andererseits prüft der Stabilitätsrat auf der Basis entsprechender Zwischenberichte seit April 2012 halbjährlich die Realisierung von Maßnahmen und Vorhaben, mit denen die Freie Hansestadt Bremen – gemäß den Zusagen eines im September 2011 eingereichten „**Sanierungsprogramms 2012 / 2016**“ - beabsichtigt, einer vom Stabilitätsrat festgestellten „drohenden“ Haushaltsnotlage gegen zu steuern.
- Die Planungen der bremischen Haushalte sind dementsprechend konsequent auf ihre **konsolidierungskonforme Gestaltung**, d. h. auf die Einhaltung der zum Abbau der Neuverschuldung bis 2020 notwendigen Schritte auszurichten. Auch die finanzpolitischen Zielsetzungen im Planungszeitraum 2012 / 2017 leiten sich aus den damit vorgegebenen längerfristigen Entwicklungslinien ab.
- Erwartungsgemäß zeigt sich mit fortschreitenden Konsolidierungsmaßnahmen in zunehmender Deutlichkeit, dass die Freie Hansestadt Bremen ihren Konsolidierungskurs dabei unter äußerst schwieriger Bedingungen bewältigen muss: Einerseits stellen die aus Altschulden resultierenden Zinslasten der bestehenden **extremen Haushaltsnotlage** eine erhebliche Belastung dar, die trotz der Konsolidierungshilfen in den kommenden Jahren weiter steigen wird. Andererseits belegen Vergleichsbetrachtungen mit anderen Ländern (und Gemeinden) sowie die überdurchschnittliche Prägung der bremischen Haushalte durch nur schwer beeinflussbare Problemlagen der kommunalen Ebene (z. B. Sozialleistungen), dass die noch bestehenden eigengestaltbaren **Konsolidierungspotenziale** des Stadtstaates eng **begrenzt** sind.
- Vor diesem Hintergrund gilt es für Bremen, mit der Planung und dem Vollzug der Haushalte einen Weg zu beschreiten, der den Anforderungen des schrittweisen Abbaus der Neuverschuldung entspricht ohne die Verpflichtungen des Landes zu seinen verfassungsgemäß vorgeschriebenen Leistungen und Angeboten zu gefährden. Die Grenzen der möglichen Reduzierung in der Aufgabenwahrnehmung für die Bürger des Stadtstaates sind zu beachten und einzuhalten.

Im Einzelnen stellen sich die **Rahmenbedingungen** der Finanzplanperiode und des darüber hinaus fortzusetzenden Konsolidierungskurses wie folgt da:

2.1. Ergebnisse der Föderalismuskommission II / Schuldenbremse

Die entscheidenden Rahmensetzungen für die vorliegende Finanzplanung und die auf ihrer Grundlage aufzustellenden Haushalte werden durch die für Bund und Länder geltenden **Regelungen zur Schuldenbegrenzung** gebildet, die im März 2009 von der „Kommission zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen“ (**Föderalismuskommission II**) vorgelegt, im Mai / Juni 2009 grundgesetzlich verankert und im

April 2011 - vor allem im Hinblick auf die Modalitäten zur Gewährung von Konsolidierungshilfen – in einer **Verwaltungsvereinbarung** für Bremen weiter konkretisiert wurden.

Im Vorfeld der Beschlüsse der Föderalismuskommission II hatte die Freie Hansestadt Bremen auf entsprechende Anfragen zur Einhaltbarkeit von Neuverschuldungsgrenzen im Januar 2008 mitgeteilt, dass der Stadtstaat einen vollständigen Abbau seiner jährlichen Neuverschuldung bis 2020 **aus eigener Kraft nicht erreichen** könne. Eine von der Kommission eingesetzte Arbeitsgruppe unter Federführung Baden-Württembergs bestätigte dies nach umfänglichen Analysen der Haushaltsstrukturen im April 2008. Die Föderalismuskommission reagierte auf diese Feststellungen mit dem Vorschlag zur Gewährung flankierender **Konsolidierungshilfen**.

Ins Grundgesetz (insbesondere Art. 143 d Abs. 2 GG) und die entsprechenden Begleitgesetze wurden daraufhin als Festlegungen aufgenommen,

- den Ländern Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein für den Zeitraum 2011 bis 2019 Konsolidierungshilfen in Höhe von insgesamt 800 Mio. € jährlich zu gewähren,
- hiervon einen Betrag von **300 Mio. € p. a. für die Freie Hansestadt Bremen** vorzusehen,
- die Gewährung dieser Hilfen an die Realisierung eines vollständigen **Abbaus der Finanzierungsdefizite** bis zum Jahresende 2020 **aus eigener Kraft** zu knüpfen,
- für den Konsolidierungszeitraum dementsprechend als Eigenbeitrag – ausgehend vom Basiswert 2010 – den Abbau des Finanzierungsdefizits um jeweils ein Zehntel des Ausgangswertes (2010) pro Jahr einzufordern,
- dabei „Bereinigungen um unmittelbar konjunkturell bedingte Änderungen“ zuzulassen und
- „insbesondere die jährlichen Abbauschritte der Finanzierungsdefizite, die **Überwachung** des Abbaus der Finanzierungsdefizite **durch den Stabilitätsrat** sowie die Konsequenzen im Falle der Nichteinhaltung der Abbauschritte durch Bundesgesetz mit Zustimmung des Bundesrates und durch Verwaltungsvereinbarung“ zu regeln.

Die **gesetzlichen Grundlagen** der vorgelegten Vorschläge der Föderalismuskommission II wurden am 29. Mai 2009 vom Bundestag sowie am 12. Juni 2009 vom Bundesrat beschlossen.

2.2. Verwaltungsvereinbarung / Konsolidierungshilfen

Am 15. April 2011 wurde zwischen der Freien Hansestadt Bremen und dem Bund eine konkretisierende **Verwaltungsvereinbarung** (nach § 1 Abs. 1 des Konsolidierungshilfengesetzes) abgeschlossen, aus der sich für die mittel- und längerfristige Planung der

bremischen Haushalte zur Einhaltung der Schuldengrenzen insbesondere folgende Rahmensetzungen ergeben:

- Das „**strukturelle Defizit**“ des Stadtstaates, d. h. die jährliche Neuverschuldung der konsolidierten Einzelhaushalte des Landes unter Einbeziehung ausgegliederter Bereiche des Sektors „Staat“ mit eigener Kreditemächtigung, ist bis 2020 auf Null zu reduzieren.

§ 1 der Verwaltungsvereinbarung regelt – neben Detailfragen zur Berücksichtigung außerhaushaltsmäßiger Einheiten des Sektors „Staat“ (ab 2011 in Bremen ausschließlich der „Bremer Kapitaldienstfonds“ (BKF)) - vor allem die für die Berechnung des strukturellen Defizits heranzuziehenden **Datengrundlagen** (insbesondere Kassenergebnisse des öffentlichen Gesamthaushaltes), **Bereinigungen** (finanzielle Transaktionen; zeitlicher Nachlauf kassenwirksamer Beträge aus Umsatzsteuer, horizontalem Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen) sowie **Abgrenzungen** (Nicht-Einbeziehung der Konsolidierungshilfen; Einbeziehung von Versorgungsrücklagen und Pensionsfonds).

§ 2 verweist auf die Notwendigkeit der Bereinigung um unmittelbar konjunkturell bedingte Effekte. Die Methodik der **Konjunkturbereinigung**, die in der Präambel der Verwaltungsvereinbarung als „einfaches und pragmatisches Regelwerk“ zur „näherungsweise Trennung von konjunkturellen und strukturellen Effekten“ eingestuft wird, wird in einer differenzierten Anlage erläutert.

- Als **Ausgangswert** des bis 2020 zu realisierenden Abbaus der jährlichen Neuverschuldung wurde in § 3 der Verwaltungsvereinbarung das strukturelle Defizit des Stadtstaates Bremen für das Haushaltsjahr 2010 zunächst mit 1.218,9 Mio. € ausgewiesen. In Anwendung einer entsprechenden Vorbehaltsklausel der Verwaltungsvereinbarung wurde dieser Betrag – nach Vorlage der amtlichen Schuldenstatistik – im April 2012 auf **1.253,5 Mio. €** korrigiert.

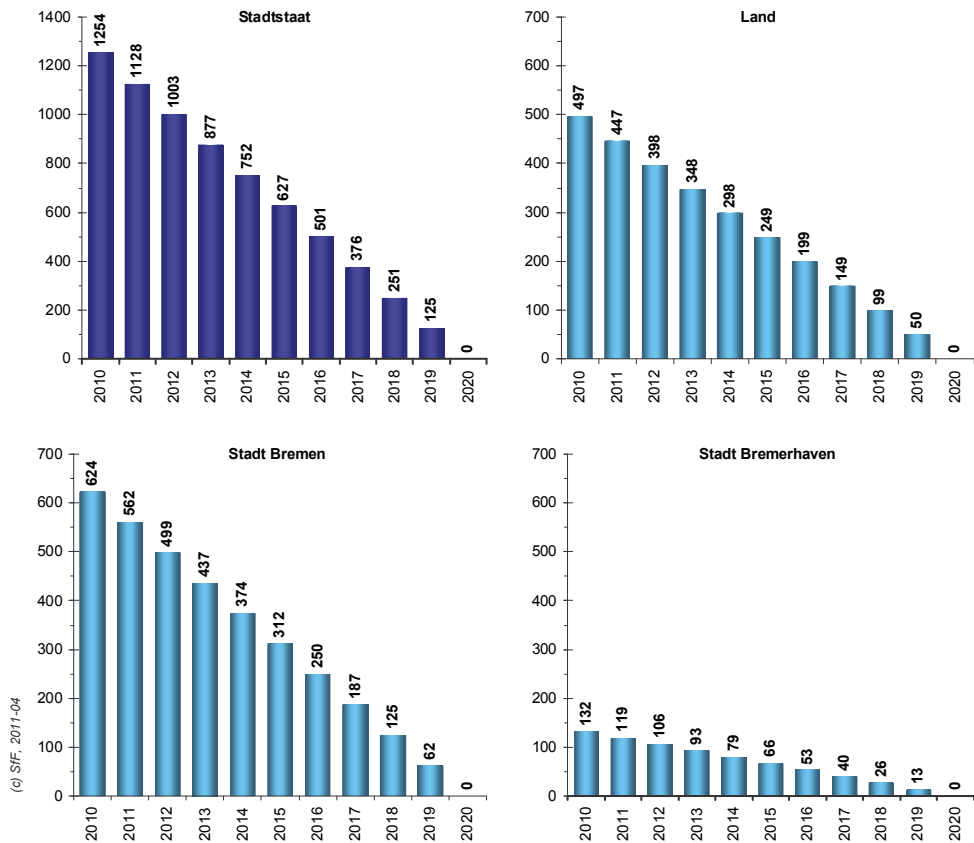
Die im Konsolidierungszeitraum dementsprechend **maximal zulässigen strukturellen Defizite** in den bremischen Einzelhaushalten sind in der **Abbildung 1** zusammengefasst. Die Werte des Stadtstaates, die jährlich zu realisierende Abbauschritte von 125,35 Mio. € (10 % des strukturellen Defizits im Basisjahr 2010) ergeben, entsprechen den aktualisierten Rahmensetzungen in § 4 der Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund. Die **innerbremische Aufteilung** basiert auf den strukturellen Defiziten der Einzelhaushalte im Basisjahr 2010 und wurde mit einer im Dezember 2011 abgeschlossenen **Sanierungsvereinbarung** zwischen dem Land Bremen und seinen Stadtgemeinden zur Umsetzung und Einhaltung des Konsolidierungskurses 2010 / 2010 verbindlich festgelegt.

- Über den realisierten Defizitabbau der einzelnen Jahre ist einem, u. a. auch hierfür eingerichteten Bund-Länder-Gremium („**Stabilitätsrat**“) jeweils bis zum 30. April des Folgejahres zu berichten. Der Stabilitätsrat stellt dabei nach § 2 Abs. 2 des Konsolidierungshilfengesetzes fest, ob die Obergrenze des Finanzierungssaldos für das abgelaufene Jahr eingehalten wurde, entscheidet ggf. über die Anerkennung von den Konsolidierungsländern nicht selbst verantworteter Sondereffekte und den Umgang mit eventuellen geringfügigen Überschreitungen der Defizitober-

grenze (jeweils § 5) und prüft, ob Voraussetzungen für die Anerkennung einer besonderen Ausnahmesituation vorliegen (§ 6).

Abb. 1: Obergrenzen für den Abbau der strukturellen Defizite in Bremen

(in Mio. €)



- Solange Bremen den vorgegebenen Abbaupfad erfolgreich bewältigt, erhält der Stadtstaat auf diesem Weg gemäß § 7 der Verwaltungsvereinbarung Unterstützung durch jahresbezogene **Konsolidierungshilfen** in Höhe von 300 Mio. €, von denen jeweils 200 Mio. € im Jahr des zu leistenden Konsolidierungsschrittes und 100 Mio. € bei Nachweis des tatsächlich vollzogenen Abbaus im Folgejahr gezahlt werden.
- Die Konsolidierungshilfen sind ausschließlich zur **Verringerung der Neuverschuldung** einzusetzen und wirken sich insofern entlastend für die bremischen Haushalte über ihre Zinseffekte aus.

In einem flankierenden **Anschreiben an das Bundesfinanzministerium** hat die Freie Hansestadt Bremen anlässlich der Unterzeichnung der Verwaltungsvereinbarung darauf hingewiesen, dass die Einhaltung des Konsolidierungskurses voraussetzt, dass

- die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern in dieser Phase nicht zulasten der Konsolidierungsländer verändert,
- Schwächungen der Einnahmehasis der Länder durch den Bund unterlassen,

- belastende finanzpolitische Maßnahmen des Bundes als besondere Ausnahmesituation (gemäß § 6 der VV) geprüft und
- die Verfahren zur Konjunkturbereinigung im Rahmen der vorgesehenen Revisionsklausel bei Unplausibilitäten in der Anwendung ggf. noch einmal überdacht werden.

2.3. Sanierungsprogramm 2012 / 2016

Die aus dem Konsolidierungspfad bis 2020 abzuleitenden **Anforderungen und Vorgaben** für die Gestaltung der bremischen Haushalte im Zeitraum der aktuell vorzulegenden Mittelfristplanung wurden inzwischen **erheblich konkretisiert** und zugleich deutlich **verbindlicher gestaltet**. Maßgeblich hierfür ist das im Oktober 2011 von Bremen beim Stabilitätsrat eingereichte „**Sanierungsprogramm 2012 / 2016**“.

Die Notwendigkeit zur Erstellung eines entsprechenden Programms ergibt sich aus den gesetzlichen Bestimmungen zur regelmäßigen **Überwachung der Haushalte** des Bundes und der Länder: Im September 2010 hatte die Freie Hansestadt Bremen hierzu erstmals dem Stabilitätsrat einen Bericht zur Haushaltslage gemäß § 3 Abs. 2 Stabilitätsratsgesetz übersandt. Im Oktober 2010 wurde daraufhin für die Länder Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein eine Prüfung nach § 4 Absatz 2 Stabilitätsratsgesetz eingeleitet. Am 23. Mai 2011 stellte der Stabilitätsrat auf der Grundlage eines Berichts des Evaluationsausschusses fest, dass in der Freien Hansestadt Bremen eine **Haushaltsnotlage „droht“**.

Das im Oktober 2011 eingereichte Sanierungsprogramm spiegelt einerseits den bis 2016 zu gestaltenden **Konsolidierungspfad** der bremischen Haushalte wider, wobei die Rahmenseetzungen für das strukturelle Defizit mit entsprechenden Überleitungsrechnungen durch den Maßstab der **Nettokreditaufnahme im Kernhaushalt** ersetzt werden. Andererseits weist die Sanierungsplanung den Vorgaben des Stabilitätsgesetzes entsprechend aus, auf welchem Wege und mit welchen **konkreten Maßnahmen** das Land Bremen beabsichtigt, die notwendigen Konsolidierungsschritte zur Bekämpfung der „drohenden“ Notlage seiner Haushalte zu gewährleisten.

Seit Auflage des Sanierungsprogramms haben sich bei den hierfür maßgeblichen Rahmenbedingungen und Planungen z. T. erhebliche **Veränderungen** ergeben:

- Insbesondere stark **variierende Erwartungen zur Entwicklung der steuerabhängigen Einnahmen** in den Ergebnissen der Steuerschätzungen haben zu deutlichen Schwankungen der Abstände zwischen geplanter und maximal zulässiger Nettokreditaufnahme der bremischen Haushalte geführt. Mit den Steuerschätzungen vom November 2011 und Mai 2012 erhöhte sich die Differenz zu den jeweiligen Obergrenzen insgesamt um durchschnittlich rd. 160 Mio. € p. a., die Prognosen des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom Oktober 2012 und Mai 2013 führten zu Reduzierungen um rd. 140 Mio. € pro Jahr.

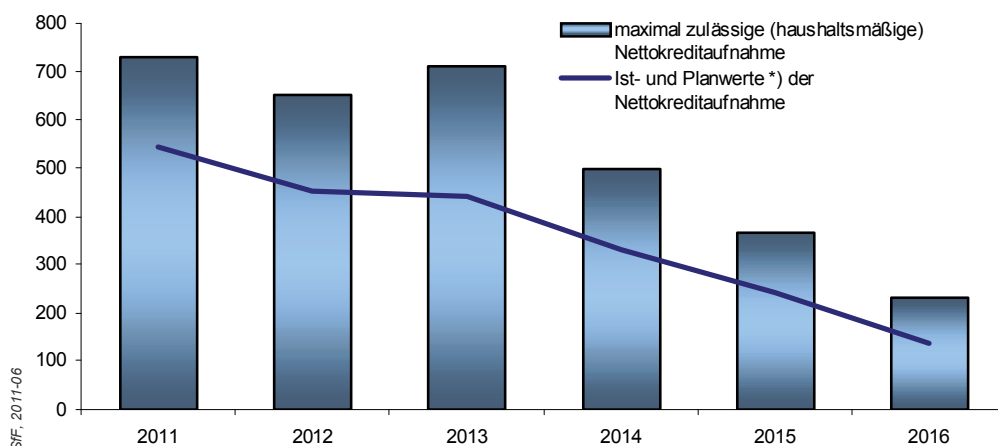
- Die **Aufstellung** der Haushalte 2012 und 2013 sowie der **Vollzug und Abschluss** der Haushaltsjahre 2011 und 2012 sind erst nach Vorlage des Programms erfolgt. Aus diesen Verfahren resultierende Veränderungen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite der bremischen Haushalte sind als Basiswerte in der Sanierungsplanung zu berücksichtigen.
- Die Freie Hansestadt Bremen hat die Sanierungsmaßnahmen, mit denen die erforderlichen **Eigenbeiträge** des Landes zur Konsolidierung der Haushalte geleistet werden sollen, seit Einreichung des Sanierungsprogramms im Oktober 2011 erheblich **erweitert und konkretisiert**. Die in der Berichterstattung zur Umsetzung des Programms konkret ausgewiesenen Eigenanstrengungen ergaben im April 2013 bereits Beiträge zur Haushaltssanierung, die im Planungszeitraum von rd. 63 Mio. € (2012) auf rd. 195 Mio. € (2016) ansteigen und kumuliert für den Gesamtzeitraum knapp 640 Mio. € betragen.

Der **Stabilitätsrat** hat den Bericht der Freien Hansestadt Bremen vom April 2013 zur Umsetzung des Sanierungsprogramms 2012 / 2016 in seiner Sitzung am 28. Mai 2013 zur Kenntnis genommen und die Umsetzung der angekündigten Maßnahmen sowie die Einhaltung der in der Sanierungsvereinbarung festgelegten Obergrenzen der Nettokreditaufnahme im Jahr 2012 begrüßt. Zugleich mahnte der Stabilitätsrat im Hinblick auf die mittelfristige Verringerung des Sicherheitsabstandes und absehbare zusätzliche Ausgabenbelastungen eine „**Verstärkung des Konsolidierungskurses**“ an.

Bremen wird dem Stabilitätsrat den nächsten Zwischenbericht zum Sanierungsprogramm 2012 / 2016 mit den in **Abbildung 2** dokumentierten Perspektiven zur Einhaltbarkeit der bestehenden Neuverschuldungs-Obergrenzen im September 2013 vorlegen.

Abb. 2: Obergrenzen und Planwerte der Nettokreditaufnahme

Stadtstaat Bremen; in Mio. €



*) Stand: Sanierungsplanung vom September 2012

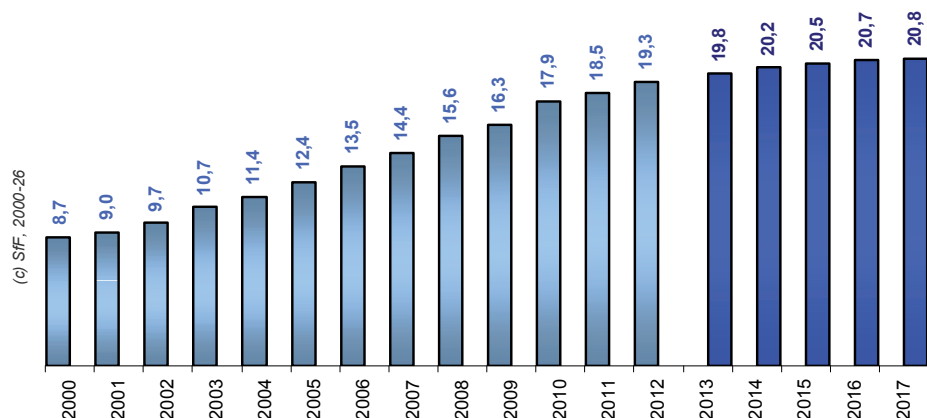
2.4. Extreme Haushaltsnotlage

Mit Unterzeichnung der Verwaltungsvereinbarung (nach § 1 Abs. 1 des Konsolidierungshilfengesetzes) und mit Vorlage des Sanierungsprogramms 2012 / 2016 hat sich die Freie Hansestadt Bremen verpflichtet, den Abbau der Neuverschuldung ihrer Haushalte insgesamt und in den jeweils erforderlichen Einzelschritten durch die entsprechenden **Eigenanstrengungen** zu gewährleisten.

Zu den entscheidenden Rahmenbedingungen dieses Konsolidierungskurses zählt allerdings, dass sich Bremen unverändert in einer extremen Haushaltsnotlage befindet, die vor allem aufgrund der **Altschuldenproblematik** und der daraus resultierenden **Zinsbelastungen** die Handlungsoptionen zur Reduzierung der strukturellen Defizite stark einschränkt. Konkret sind im Zusammenhang mit den eingeleiteten und für die kommenden Jahre vorgesehenen Sanierungsschritten damit vor allem folgende Aspekte zu beachten:

- a) **Ursachen und Auswirkungen der extremen Haushaltsnotlage** sind und bleiben die **bestimmenden Faktoren der Haushaltsentwicklung** im gesamten Konsolidierungszeitraum.
- Mit der schrittweisen Verringerung der Nettokreditaufnahme wird die hohe Verschuldung des Stadtstaates bis 2020 – wenn auch mit rückläufigen Jahresraten – weiter zunehmen. Bei planmäßigem Verlauf des Defizitabbaus wird der **Schuldenstand** des Landes und seiner Städte am Ende des Finanzplanzeitraumes (**2017**) – auch nach Gegenrechnung der Konsolidierungshilfen – mit **20,8 Mrd. €** um rd. **2,9 Mrd. €** über dem Ausgangswert des Sanierungspfades im Jahr 2010 liegen (vgl. **Abbildung 3**).

Abb. 3: Entwicklung des Schuldenstandes*
Stadtstaat Bremen; in Mrd. €



*) Fundierte Schulden zum Jahresende (einschließlich Sonderhaushalte); ab 2013 Planwerte

- Im Haushaltsjahr 2012 wurden in den bremischen Haushalten rd. **1.000 € pro Einwohner für Zinsausgaben** aufgewendet, in den Ländern und Gemeinden des Bundesgebietes insgesamt durchschnittlich 280 €. Bei weiter zunehmendem Schuldenstand führen die erheblichen Entlastungswirkungen der anhaltend günstigen Kreditmarktkonditionen und die Effekte der Konsolidierungshilfen im Finanzplan-Zeitraum lediglich dazu, dass der Anteil dieser überproportionalen Zinslasten am Gesamthaushalt nicht weiter steigt (vgl. 5.3.).

Die 2012 im Stadtstaat Bremen mit 21,1 % weit über dem Länder- und Gemeindedurchschnitt von 7,5 % liegende **Zins-Steuer-Quote**, die für den Stabilitätsrat einen wesentlichen Maßstab für eine drohende Haushaltsnotlage darstellt, wird trotz der zugrundeliegenden Steuereinnahme-Erwartungen bis 2017 lediglich um 2 %-Punkte auf **19,1 %** sinken. Die **Zinslastquote**, d. h. der Anteil der nicht für sonstige konsumtive und investive Bedarfe einzusetzenden Ausgaben der Haushalte, wird mit kontinuierlich leicht steigender Tendenz am Ende des Finanzplan-Zeitraumes **14,4 %** betragen (2012: 13,9 %).

- Mit den besonderen stadtstaaten-spezifischen Ausgabelasten (Sozialhilfelas-ten, oberzentrale Funktionen etc.) und der hierfür unzureichenden Finanzaus-stattung bestehen wesentliche Ursachen bzw. Risikofaktoren der bremischen Haushaltsnotlage unverändert fort. Bis zu einer Entscheidung über die zukünftige Ausgestaltung der bundesstaatlichen Finanzverteilung müssen die bremi-schen Planungen und Modellrechnungen für den Konsolidierungszeitraum von einem **Fortbestand der Unterfinanzierung der stadtstaaten-spezifischen Ausgabelasten** ausgehen.

b) Gemessen an der Problemlage des Landes leisten die **Konsolidierungshilfen** einen **eher begrenzten Beitrag zur strukturellen Verbesserung der Haushalte**:

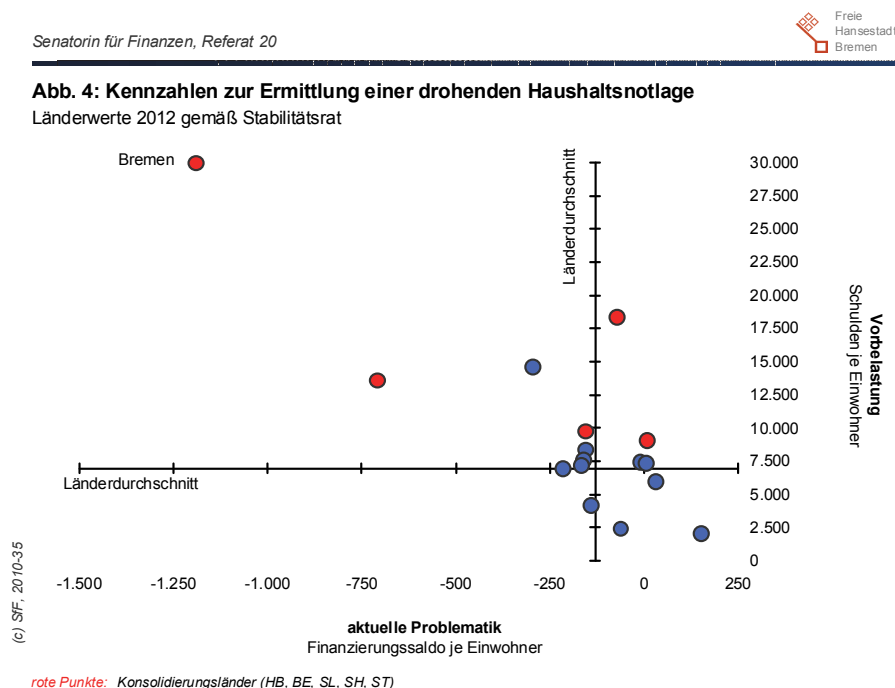
- Bis 2020 verhindern die Konsolidierungshilfen (2,7 Mrd. €) zwischen **40 und 45 % der** ohne ihre Gewährung auch bei erfolgreicher Haushaltssanierung notwendigen **Erhöhung der Neuverschuldung**. Gleichwohl wird der Schuldenstand Bremens im Endjahr des Konsolidierungszeitraumes um rd. 3,3 Mrd. €, d. h. um rd. 18 % über dem Ausgangswert des Jahres 2010 liegen.
- Auf Basis der aktuell für die Zinsberechnungen in den bremischen Haushalten zugrunde gelegten Kapitalmarktsätzen von jahresdurchschnittlich rd. 3,5 % entfalten die Konsolidierungshilfen **Entlastungswirkungen**, die kumuliert bis 2020 jährliche Zins-Minderausgaben von rd. **90 Mio. €** ergeben. Zum Abbau des strukturellen Defizits im Zeitraum 2010 / 2020 tragen die Konsolidierungshilfen damit rd. **7,2 %** bei.

c) Eine offensive Darstellung und Beschreibung der bremischen Haushaltsnotlage dient einer **realistischen Betrachtung und Bewertung des Konsolidierungspfad**es und nicht als Begründung nachlassender Eigenanstrengungen des Landes:

- Das verfassungsgerichtlich anerkannte Bestehen einer extremen Haushaltsnotlage in der Freien Hansestadt Bremen und die sich daraus ergebenden Vorbelastungen für den anstehenden Defizitabbau finden in Beratungen und Analysen des **Stabilitätsrates** noch keine ausreichende Beachtung.

Der Stabilitätsrat verzichtet auf die Benennung von Kriterien und Schwellenwerten, die das Bestehen einer (extremen) Haushaltsnotlage belegen und leitet stattdessen aus einer Kombination von **Indikatoren**, die die Vorbelastungen der Haushalte (Schuldenstand; Zins-Steuer-Quote) und deren aktuelle Problematik (struktureller Finanzierungssaldo; Kreditfinanzierungsquote) in Ist- und Planwerten abbilden, das „Drohen“ einer Haushaltsnotlage ab. Auf Grundlage jährlich zu erstellender „Stabilitätsberichte“ stellt der Stabilitätsrat dementsprechend jeweils fest, dass dem Land Bremen **eine Haushaltsnotlage droht**.

In **Abbildung 4** sind aus der derzeit laufenden Überprüfungsrunde des Stabilitätsrates exemplarisch die aktuellsten Länderwerte des Schuldenstandes (Vorbelastung) und des einwohnerbezogenen Finanzierungssaldos (aktuelle Problematik) ausgewiesen. Die Koordinaten der Freien Hansestadt Bremen und deren **Abstand zu den Länderdurchschnitten**, aber auch zu den übrigen Konsolidierungsländern und allen anderen Ländern im Sektor „überdurchschnittliche Schulden und überdurchschnittliches Defizit“ dokumentieren den extremen Grad der Haushaltsnotlage Bremens.



- Bestätigt wird dieser Sachverhalt durch **Modellrechnungen** auf der Basis von Aufbereitungen der „Zentralen Datenstelle der Landesfinanzminister“ (ZDL), die für den Stabilitätsrat die – bei identischen Annahmen zur Einnahmementwicklung – **zulässige Ausgabenentwicklung** der einzelnen Länder zur Errei-

chung ausgeglichener Haushalte 2020 ermittelt: Bei einer unterstellten Inflationsrate von 1,7 % p. a. und einem Zinssatz von 3,5 % wäre es für die Ländergesamtheit demnach möglich, die Primärausgaben bis 2020 real auf dem Ausgangsniveau des Jahres 2013 zu halten. Für Bremen ergäbe sich jedoch ein notwendiger **realer Abbau der Leistungsausgaben** um rd. **12 %** bis 2020 (Finanzplanung 2011 / 2016: 14 %).

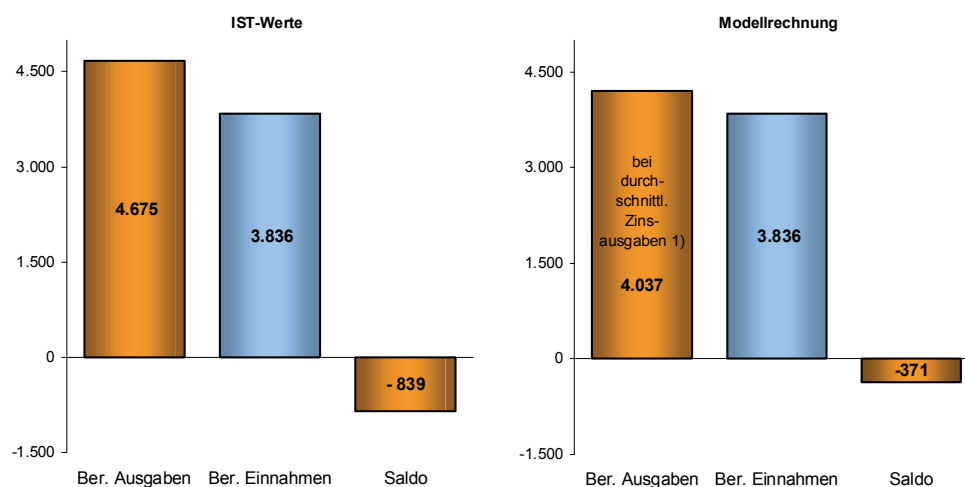
d) Die Lösung der **Altschuldenproblematik** und die Gewährleistung einer **aufgabenadäquaten Finanzausstattung** müssen die Konsolidierungsanstrengungen des Landes flankieren und würden zu einer nachhaltigen Sanierung des Landes beitragen:

- Die Bedeutung, die der Frage der Altschulden für die Haushalte der Freien Hansestadt Bremen zukommt, ist in Modellbetrachtungen ablesbar: Bei **gleichem Zinsausgabenniveau** (pro Einwohner) wie die Länder und Gemeinden des übrigen Bundesgebietes, d. h. bei vergleichbarer Altschuldenlast, hätte Bremen im Jahr 2012 – statt eines Defizits von rd. 840 Mio. € – unter sonst gleichen Bedingungen in seinen Kernhaushalten nur noch eine Finanzierungslücke von 370 Mio. € ausweisen müssen (vgl. **Abbildung 5**).

Senatorin für Finanzen, Referat 20



Abb. 5: Kernhaushalt des Stadtstaates Bremen 2012 (in Mio. €) 1)



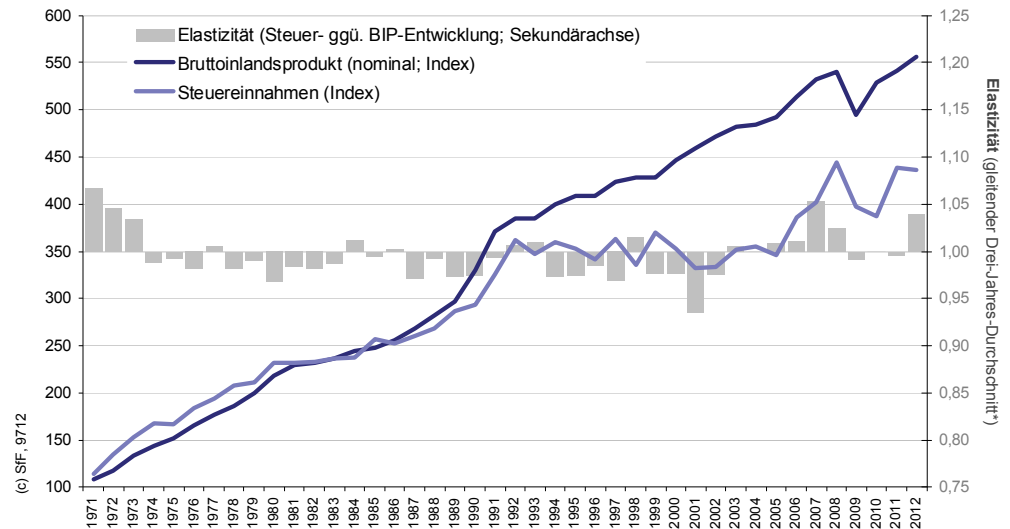
1) Durchschnitt: Wert der Länder- und Gemeindegesamtheit (umgerechnet über Pro-Kopf-Werte)

- Eine **wesentliche Ursache** der Altschuldenproblematik und ihrer Unlösbarkeit aus eigener Kraft bilden dabei die **unzureichenden steuerabhängigen Einnahmen** des Landes und die insgesamt für die Wahrnehmung oberzentraler Versorgungsfunktionen des Stadtstaates zu gering bemessene Finanzausstattung.

Besonders problematisch wirkt sich hier die in der Vergangenheit zu verzeichnende **Entkopplung** zwischen **Wirtschaftswachstum** und Entwicklung der originären **Steuereinnahmen** aus, die auch bei Einbeziehung des überwiegend einwohnerbezogenen bundesstaatlichen Finanzausgleichs nicht kom-

pensiert wird. **Abbildung 6** bildet den angesichts der Wirtschaftsleistung des Stadtstaates unzureichenden Verbleib originärer Steuereinnahmen in den bremischen Kassen deutlich ab.

Abb. 6: Wirtschaftswachstum und Steuereinnahmen in Bremen
Index; 1970 = 100



Quellen: Statistisches Landesamt; Arbeitskreis VGR, eigene Berechnungen
*) Aktueller Wert: Zwei-Jahres-Durchschnitt

Zu beachten ist dabei, dass die Wachstumsdifferenzen in den **neunziger Jahren** – im Gegensatz zu den überwiegend steuerrechtsbedingten Entkopplungen der Folgejahre – in starkem Maße auch durch **Umlandwanderungsverluste** der bremischen Städte geprägt waren. In der Folge musste die Freie Hansestadt Bremen von 1992 bis 2005 eine **13 Jahre anhaltende Stagnation** ihrer steuerabhängigen Einnahmen hinnehmen. Wäre die Entwicklung der steuerabhängigen Einnahmen seit 1992 stattdessen parallel zum Bundesdurchschnitt verlaufen, könnte der Stadtstaat aktuell rd. **1,24 Mrd. €** Mehreinnahmen pro Jahr verbuchen und - bei durchschnittlicher Zinsbelastung und heutigem Ausgabeniveau – statt struktureller Defizite deutliche **Finanzierungsüberschüsse** (2012: 870 Mio. €) verzeichnen.

- Der Grad der bestehenden Haushaltsnotlage, die hierfür maßgeblichen Ursachen und die Modellrechnungen zu den theoretischen Anforderungen für eine Befreiung des Landes aus der Haushaltsnotlage allein durch eigene Anstrengungen verdeutlichen, dass die Freie Hansestadt Bremen neben dem uneingeschränkt zu leistenden Eigenbeitrag zur Haushaltssanierung für eine tatsächliche und dauerhafte Konsolidierung ihrer Haushalte **weitere strukturell wirksame Entlastungen** benötigt.

In der Föderalismuskommission von Bundestag und Bundesrat wurden für die längerfristigen Entwicklungsperspektiven der bremischen Haushalte **wesentliche Fragestellungen**, die als Stichworte einer „Offenen Themensammlung“ vorlagen (Strukturunterschiede zwischen den Ländern, Aspekte einer aufgabenadäquaten Finanzausstattung etc.), **nicht aufgegriffen**.

Die notwendigen **Weichenstellungen** sind – nach entsprechenden Verhandlungen mit Bund und Ländern – daher nunmehr spätestens zur vorgesehenen Novellierung des bundesstaatlichen Finanzausgleich im Jahr **2019** vorzunehmen, d.h. – z. B. im Rahmen der hierzu angelaufenen Beratungen in der Ministerpräsidentenkonferenz - **parallel zum laufenden Konsolidierungsprozess vorzubereiten.**

2.5. Konsolidierungspotenziale

Da die Ursachen der extremen Haushaltsnotlage im Wesentlichen nicht in überhöhten Ausgabenniveaus der stadtstaatlichen Aufgabenwahrnehmung bestehen, sind die Gestaltungsspielräume für Einsparungen eng begrenzt. Vor diesem Hintergrund bemüht sich die Freie Hansestadt Bremen in besonderem Maße und mit vorzeigbarem Erfolg um die **Identifikation und Nutzung** der noch verbliebenen **Konsolidierungspotenziale**:

- a) Als Land in extremer Haushaltsnotlage hat die Freie Hansestadt Bremen in der Vergangenheit durch starken Abbau des Personalbestandes, plangemäße Zurückführung der Investitionsausgaben und konsequente Deckelung der sonstigen, nicht durch gesetzliche Verpflichtungen geprägten konsumtiven Ausgaben bereits **erhebliche Eigenbeiträge** zur Sanierung ihrer Haushalte geleistet.
- b) Die **Primärausgaben**, die pro Einwohner in der Vergangenheit z. T. um mehr als 40 % über den Durchschnittsbeträgen aller Länder und Gemeinden lagen, konnten zwischenzeitlich auf Werte von **unter 130 % des Länder- und Gemeindedurchschnitts** und damit auf ein für Stadtstaaten im Flächenländer-Vergleich sehr geringes Maß gesenkt werden.
- c) In Form umfangreicher **Städte- und Ländervergleiche** sowie durch **Analysen und Bewertungen** der Niveaus und Entwicklungen bremischer Kosten- und Leistungskennzahlen („Benchmarking-Berichte“) unternimmt Bremen Anstrengungen, die Angemessenheit der Leistungen und Standards des Stadtstaates bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben systematisch zu überprüfen und anzupassen.
- d) Eine von der Föderalismuskommission II eingesetzte AG „Haushaltsanalysen“ konnte **unvertretbare Ausgaben und/oder Leistungsstandards** des Landes **nicht belegen** und Konsolidierungspotenziale lediglich bei Zinsausgaben (Haushaltsnotlage) und den inzwischen planmäßig weiter deutlich reduzierten Investitionsausgaben (Überzeichnung durch die Ausweisung von Tilgungen für abgeschlossene Vorhaben; mangelnde Vergleichbarkeit aufgrund unterschiedlicher Ausgliederungsstände) feststellen.
- e) Auch nach den bereits geleisteten Eigenbeiträgen konnte Bremen dem Stabilitätsrat im **Rahmen des Sanierungsprogramms 2012 / 2016** weitere umfängliche Maßnahmen nachzuweisen, mit deren Umsetzung das Land selbst zum Abbau des strukturellen Defizits seiner Haushalte beiträgt. Die durch Eigenanstrengungen

zu realisierenden Mehreinnahmen und Minderausgaben sollen bis 2016 zu einer Verringerung der jährlichen Neuverschuldung um rd. **195 Mio. €** führen.

- f) Im Rahmen des laufenden Verfahrens zur Aufstellung der Haushalte 2014 / 2015 hat der Senat der Freien Hansestadt Bremen im April 2013 beschlossen, „in gemeinsamer Verantwortung kurzfristig in strategische **Planungen für weitere nachhaltige strukturelle Verbesserungen** der bremischen Haushalte einzusteigen, mit deren Realisierung die erforderlichen weiteren Abbauschritte der Neuverschuldung erfolgreich einzuhalten sind.“ Mit den Vorbereitungen zur weiteren **Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung** – „insbesondere mit den Schwerpunkten Bündelung / Standardisierung von Aufgaben, Ausstattungs- / Organisationsstandards sowie ressort-übergreifende Synergien / Wirkungsoptimierung“ - wurde inzwischen begonnen.

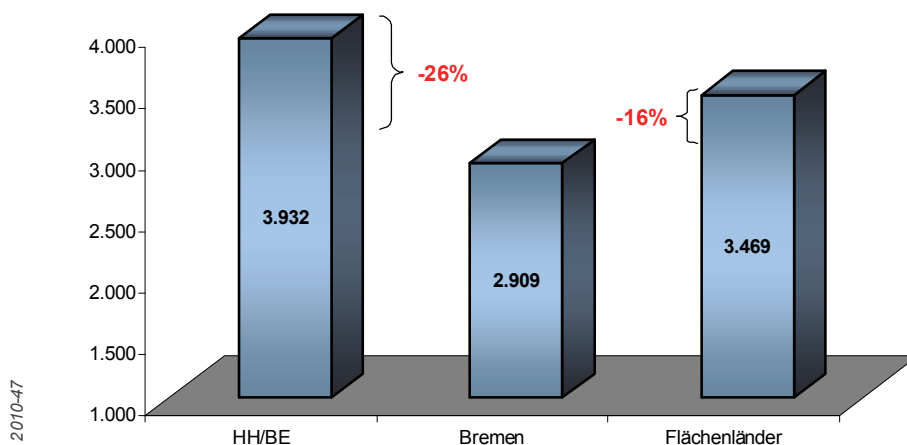
Die Ursachen der nur **geringen Gestaltungsspielräume**, vor deren Hintergrund Bremen die vorstehend skizzierten Anstrengungen unternimmt, bestehen in der **unzureichenden Finanzausstattung** des Stadtstaates, der hohen **Belastung der Haushalte** durch nur sehr eingeschränkt gestaltbare Ausgabenblöcke sowie der Prägung der Haushaltsnotlage durch die kaum steuerbaren **kommunalen Probleme** des Stadtstaates:

- Durch die Einwohnerkopplung der Finanzverteilung, im Ländervergleich unterdurchschnittliche sonstige Einnahmen (z. B. vom Bund) und die auch in Bremen problematische Einnahmesituation der Kommunen wird dem Stadtstaat zunehmend die **Einnahmehasis** zur Finanzierung seiner verfassungsgemäßen Aufgaben zur Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse **entzogen**:
- Während die **Länder und Gemeinden** insgesamt im Zeitraum 1992 / 2012 pro Einwohner **Einnahmezuwächse** von knapp **42 %** verzeichneten, erhöhten sich die Einnahmen der **bremischen Haushalte** gleichzeitig nur um knapp **20 %**. Die sich daraus rein rechnerisch für 2012 ergebenden Mindereinnahmen betragen rd. **700 Mio. €**. Die zur Finanzierung der stadtstaaten-spezifischen Aufgaben erforderlichen überdurchschnittlichen Pro-Kopf-Einnahmen sanken damit auf **117 %** des bundesweiten Durchschnittswertes.
- Diesen Einnahmeproblemen konnte auf der Ausgabenseite nicht in vollem Umfang gegen gesteuert werden. Dies obwohl Bremen den Anstieg der einwohner-bezogenen Primärausgaben im Zeitraum 1992 / 2012 mit 27 % bzw. 24 % (ohne Tilgungen) deutlich unter dem bundesdurchschnittlichen Vergleichswert (32 %) halten und damit inzwischen ein bereits **unter 130 % des Länder- und Gemeindedurchschnitts** liegendes **Ausgabenniveau** aufweisen kann. Auf das Haushaltsjahr 2012 bezogen entspricht dies einem **rechnerischen Sanierungsbeitrag** von rd. **160 Mio. € bzw. 250 Mio. €** (ohne Tilgungen).
- Ein deutliches Indiz für die stark eingeschränkten Gestaltungsmöglichkeiten des Landes liefert eine vergleichende **Gegenüberstellung** der in den Haushalten zur

Verfügung stehenden **Primäreinnahmen** mit den nicht bzw. kaum zu gestaltenden Ausgabenblöcken der **Zinsausgaben**, der **Versorgungsausgaben** sowie der weitgehend gesetzlich geregelten **Sozialleistungen** (Berechnungsverfahren gemäß Abschlussbericht der AG „Haushaltsanalysen“, S. 206/207; vgl. **Abbildung 7**).

Abb. 7: Primäreinnahmen abzüglich Vorbelastungen*

Mittelwert 2007-2011; in € je Einwohner



(c) SIF, 2010-47

* Vorbelastungen gemäß abgestimmter Definition der AG Haushaltsanalyse: Zinsausgaben, Versorgungsausgaben, Sozialleistungen (SGB XII, KdU, Wohngeld und Bafög) sowie LFA-Ausgaben (SGB XII: Stand 2008)

Die nach Abzug dieser Ausgaben **für andere Aufgabenbereiche zur Verfügung stehenden Mittel** müssten für die Stadtstaaten – aufgrund ihrer erhöhten Ausgabebedarfe und der darauf bezogenen Einwohnerwertung im Länderfinanzausgleich – deutlich über den Werten der Flächenländer liegen. Für Hamburg und Berlin trifft dies mit einem Plus von ca. 13 % gegenüber dem Flächenländer-Durchschnitt auch zu. In den bremischen Haushalten stehen hingegen signifikant weniger gestaltbare Mittel für sonstige Aufgabenbereiche zur Verfügung: Mit rd. 2.910 € pro Einwohner liegen die entsprechenden Ausgabenspielräume um **26 % unter den Vergleichswerten der beiden anderen Stadtstaaten** und sogar noch um **16 % unter dem Flächenländer-Durchschnitt**. Gegenüber den deutlich höheren Gestaltungsmöglichkeiten von Hamburg und Berlin fehlten Bremen demnach jährlich rein rechnerisch rd. **670 Mio. €** bzw. gegenüber den Flächenländern **370 Mio. €**.

- Von zentraler Bedeutung ist, dass die aus der notwendigen Konsolidierung der Haushalte ableitbaren Eigenbeiträge der Freien Hansestadt Bremen insbesondere auch die **kommunale Ebene** betreffen müssen: Über 60 % der beim Abbau der Neuverschuldung in den bremischen Haushalten zu schließenden Finanzierungslücke entfallen auf die kommunalen Haushalte der Städte Bremen und Bremerhaven. Wäre – wie in den Konsolidierungshilfe beziehenden Flächenländern - auch in Bremen bis 2020 nur das strukturelle **Defizit des Landes** abzubauen, wäre insgesamt eine Lücke von rd. **497 Mio. €** zu schließen. Die **Städte Bremen und Bremerhaven** wiesen hingegen im Basisjahr 2010 zusammen eine Finanzierungslücke von etwa **756 Mio. €** auf.

Da die Neuverschuldung in allen Einzelhaushalten des Stadtstaates vollständig abzubauen ist, besteht damit auch der weit überwiegende Handlungsbedarf zum Abbau des strukturellen Defizits im kommunalen Bereich, der aufgrund überproportionaler Sozialhilfelasten und sonstiger, in Großstädten überdurchschnittlicher Ausgabeverpflichtungen sowie äußerst begrenzter Möglichkeiten zur Einnahmeverbesserung über nur **geringe Gestaltungsspielräume** verfügt. Eine Erhöhung der Zuweisungen und Zuschüsse des Landes, die aktuell bereits über 56 % der Einnahmen beider Städte bilden, würde unter Konsolidierungsgesichtspunkten dabei lediglich zu einer **innerbremischen Verlagerung der Probleme** führen. Die im Hinblick auf die einzuhaltenden Schuldengrenzen vorgeschriebene konsolidierte Gesamtsicht der bremischen Haushalte schließt einen – in Flächenländern durchaus möglichen – Verzicht auf einen Defizitabbau auf kommunaler Ebene ebenso wie eine weitere Lastenverlagerung zu Gunsten des Landes aus.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die zur **Einhaltung der Schuldengrenzen** notwendigen Eigenanstrengungen zur Haushaltssanierung für die Freie Hansestadt Bremen **unter diesen Vorzeichen** eine **große Herausforderung** darstellen, die schon im abgebildeten Mittelfrist-Zeitraum die Gefahr birgt, dass die Mindeststandards staatlicher Leistungen unterschritten sowie die Wettbewerbsfähigkeit und Qualität des Standortes beschädigt werden könnten. Erforderlich ist es vor diesem Hintergrund, bei der konsequenten **Einhaltung der gesetzlichen Auflagen** der Schuldenbremse und der zur Gewährung der Konsolidierungshilfen notwendigen Defizitabbauschritte die Wahrnehmung der verfassungsgemäßen Aufgaben des Stadtstaates nicht zu gefährden.

2.6. Gesamtwirtschaftliche und demografische Entwicklung

Zu den entscheidenden Rahmenbedingungen und Einflussfaktoren der Haushaltsentwicklung zählen die demografischen und gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen. Ihre Auswirkungen auf zentrale Einnahme- und Ausgabepositionen der Haushalte (steuerabhängige Einnahmen, Sozialhilfelasten, Zinsausgaben etc.) sind im Planungszeitraum und darüber hinaus **mitentscheidend für den Erfolg der Konsolidierung** der bremischen Haushalte.

Hinsichtlich der sozioökonomischen Rahmenbedingungen, unter denen die Haushalte des Stadtstaates im Finanzplan-Zeitraum zu gestalten sind, werden **Bremen-spezifische Annahmen** dabei nur zur **Bevölkerungsentwicklung** getroffen. Für die übrigen gesamtwirtschaftlichen Faktoren, die die Haushaltsentwicklung vorrangig über die (Steuer-) Einnahmen sowie notwendige Ausgaben für Arbeitsmarkt-orientierte und sonstige infrastrukturelle Vorleistungen und Folgekosten beeinflussen, werden **Projektionen**, die **für das Bundesgebiet** insgesamt vorliegen, für Bremen übernommen. Dies ist einerseits vertretbar, weil die Kleinheit des Stadtstaates eigene Prognosen mit Einschätzungen zu konjunkturellen Einflussgrößen und mittelfristigen Durchschnittsentwicklungen kaum zulässt. Andererseits entfalten die gesamtwirtschaftlichen Rahmensetzungen ihre zentralen Wirkungen für die Finanzplanung des Landes über die

steuerabhängigen Einnahmen, deren Entwicklungen ohnehin aus Bundesprognosen abgeleitet werden, die den Berechnungen des Arbeitskreises Steuerschätzungen zugrunde liegen.

Tab. 1: Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
Zuwachsraten in %

	Ist			Projektion Mai 2013		
	2010	2011	2012	2013	2014	2014/17 *)
Bruttoinlandsprodukt (nominal)	5,1	3,9	2,0	2,2	3,3	3,0
Bruttoinlandsprodukt (real)	4,2	3,0	0,7	0,5	1,6	1,4
Verwendung BIP (in jew. Preisen):						
Konsumausgaben Private Haushalte	3,0	3,8	2,3	2,3	2,9	3,0
Konsumausgaben Staat	2,6	2,5	3,1	4,3	2,8	3,0
Bruttoanlageinvestitionen	6,5	7,9	0,1	3,9	3,7	4,0
Verwendung BIP (in jew. Preisen):						
Inlandsnachfrage	4,4	4,4	1,3	2,6	3,4	3,3
Exporte	16,6	10,9	4,7	1,2	5,7	5,8
Importe	16,3	13,0	3,6	2,0	6,1	6,3
Verteilung Bruttonationaleinkommen						
Bruttolöhne und -gehälter	2,9	4,8	3,9	3,3	3,1	2,8
Bruttolöhne und -gehälter je Arb.n.	2,3	3,3	2,7	2,7	2,9	2,5
Unternehmens- und Verm.einkommen	12,0	1,3	-1,9	1,5	5,2	3,8
Arbeitnehmer (Inlandskonzept)	0,6	1,4	1,2	0,6	0,2	0,3

*) Durchschnittliche jährliche Veränderungsraten

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Für den aktuellen Planungszeitraum gelten demnach die in **Tabelle 1** zusammengestellten Orientierungswerte, die vom Bundeswirtschaftsministerium im Mai 2013 vorgelegt und als Ausgangsgrößen der Steuerschätzung herangezogen wurden. In den Eckdaten des Projektionszeitraumes ablesbar sind dabei vor allem die Abflachung des Wirtschaftswachstums im Jahr 2012, die erwartete Stabilisierung der konjunkturellen Entwicklung im Jahr 2013 sowie ab 2014 die – für alle Mittelfristprojektionen übliche – Rückkehr zu einem **gleichmäßigen**, aus dem unterstellten durchschnittlichen Wachstumspotenzial abgeleiteten **Anstieg der Wirtschaftsleistung**.

Mit den angenommenen durchschnittlichen BIP-Zuwachsraten der Mittelfrist-Prognose wird nach Berechnungen der zuständigen Bundesministerien die weiterhin bestehende bundesweite **Produktionslücke** – nach zuvor optimistischeren Annahmen – nunmehr erst im Jahr **2017 ausgeglichen**. Auf dem Weg zum konjunkturellen Ausgleich wird das durchschnittliche reale **Wachstumspotenzial** des Bruttoinlandsprodukts im Zeitraum 2012/2017 mit knapp **1,5 % p. a.** und der mittelfristig zu erwartende **BIP-Deflator** mit ebenfalls **1,5 % p. a.** angenommen. Für die Konsumausgaben wird in den Prognosewerten - bei einer **Preisentwicklung** von **+ 1,75 % p. a.** - für die **Privaten Haushalte** ein realer **Anstieg** um **1,0 % p. a.** und für den Sektor „**Staat**“ um **1,25 %** erwartet.

Für den bremischen **Konsolidierungskurs 2010/2020** sind die vorliegenden und zukünftigen Annahmen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung insbesondere aus zwei Gründen von Bedeutung:

- Aus den gesamtwirtschaftlichen Projektionen abzuleitende Berechnungen zur Produktionslücke bestimmen im Konsolidierungszeitraum das Verfahren der „**Konjunkturbereinigung**“, d. h. die Beträge, um die die Steuereinnahme-Erwartungen der bremischen Haushalte in den einzelnen Planjahren zur theoretischen Anpassung an ein konjunkturelles Normalniveau rein rechnerisch verändert werden. Die Höhe der so ermittelten Zu- bzw. Absetzungen wirkt sich dabei unmittelbar auf die Höhe des jeweiligen strukturellen Defizits der Haushaltsjahre und damit auf dessen pro Jahr einzuhaltende Abbauschritte aus. Die äußerst begrenzte Belastbarkeit über einen Zeitraum von wenigen Monaten hinausgehender Konjunkturprognosen wird hier im Verlauf der Haushaltskonsolidierung voraussichtlich auch weiterhin zu **fortlaufenden Anpassungsbedarfen** der Konjunkturbereinigung führen.
- Annahmen für die Entwicklung der steuerabhängigen Einnahmen (Steuern, LFA, BEZ) werden als Berechnungsgrundlage der zu leistenden Defizitabbauschritte seit Beginn des Konsolidierungszeitraumes unmittelbar an den Ergebnissen der jeweiligen Steuerschätzungen orientiert („Regionalisierung“). Konkret bedeutet dies, dass auch die den Projektionen des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ zugrunde liegenden Setzungen zur **gesamtwirtschaftlichen Entwicklung** über ihre unterstellten Auswirkungen auf die einzelnen Steuerarten Ausgangsgrößen für die bremischen Haushalte darstellen.

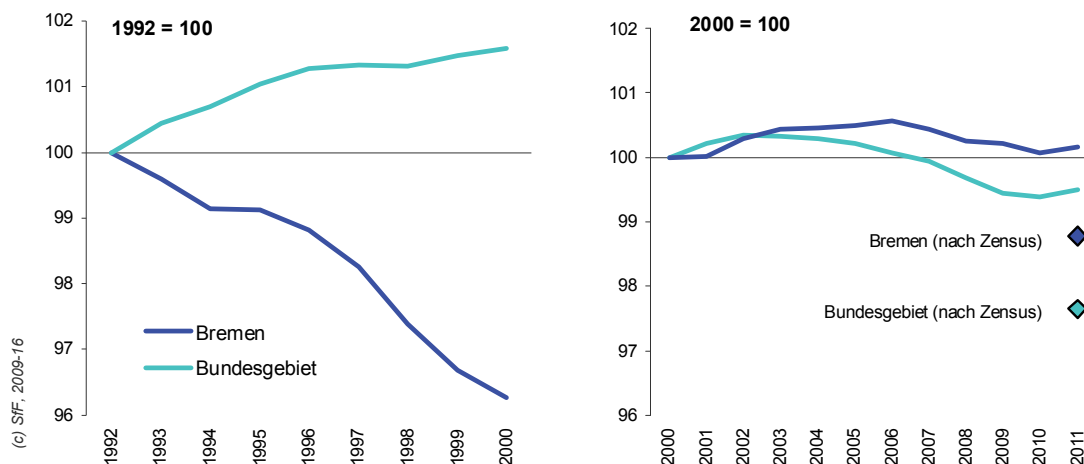
Eine weitere wichtige Rahmenbedingung des bis 2020 zu bewältigenden Konsolidierungskurses stellt die **Bevölkerungsentwicklung** des Stadtstaates dar. Dieser Zusammenhang ist einerseits durch das derzeitige **System der Finanzverteilung**, das im Wesentlichen auf die Einwohnerzahl der Länder abstellt, begründet: Sowohl die Umsatzsteuerverteilung als auch die bremischen Ansprüche im bundesstaatlichen Finanzausgleich orientieren sich in starkem Maße am Einwohneranteil des Stadtstaates am gesamten Bundesgebiet. Andererseits stellen **Abwanderungen** in das niedersächsische Umland ein zentrales Problem dar, weil Wohnort-bezogene Steuereinnahmen verloren gehen, während Ausgaben für oberzentrale Versorgungsfunktionen nach wie vor zu leisten sind.

Eine rückläufige oder eine vom Bundesdurchschnitt negativ abweichende Einwohnerentwicklung stellen daher ein Risiko für den Konsolidierungskurs im Land Bremen dar. Schon in den neunziger Jahren, in denen der Stadtstaat allein zwischen 1992 und 2000 gegenüber der bundesdurchschnittlichen Entwicklung rd. 36.500 Einwohner und damit weit über 100 Mio. € seiner jährlichen Einnahmen verlor, erschwerte der überwiegend durch Umlandwanderungen verursachte Bevölkerungsverlust die Haushaltsanierung.

Insofern ist es von besonderer Bedeutung, dass Bremen die **massive Entkopplung** von der bundesdurchschnittlichen Einwohnerentwicklung in den neunziger Jahren ab dem Jahr 2000 **überwinden** und anschließend sogar in eine positive Abweichung vom Bundestrend umwandeln konnte (vgl. **Abbildung 8**). Mit den **Zensus-Ergebnissen** des Jahres 2011 mussten zwar auch die Einwohnerzahlen des Landes Bremen nach unten korrigiert werden (-1,38 %). Da die Abweichung von den Fortschreibungswerten

dabei jedoch geringer ausfiel als im Bundesdurchschnitt (- 1,85 %) verbesserte sich die Entwicklungsdifferenz seit 2000 zugunsten Bremens entsprechend.

Abb. 8: Bevölkerungsentwicklung (Index)

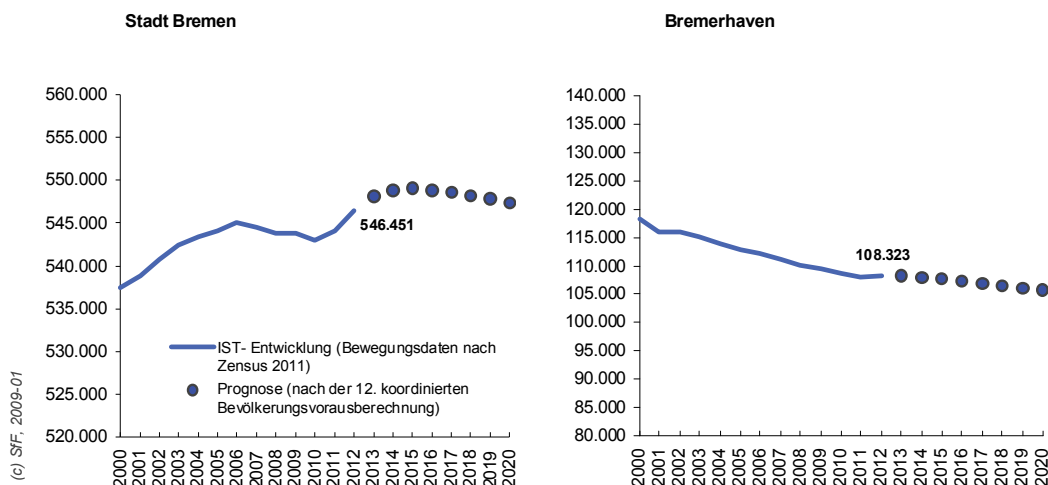


Für den **Planungszeitraum** wird zunächst – wie in den Regionalisierungsergebnissen der Steuerschätzungen, die für alle Gebietskörperschaften konstante Einwohnerzahlen zugrunde legen, - unterstellt, dass eine **parallele Entwicklung** der bremischen Einwohnerzahlen **zum übrigen Bundesgebiet** gewährleistet werden kann und insofern keine einwohnerbedingten Abweichungen von der vom Arbeitskreis Steuerschätzungen prognostizierten bundesdurchschnittlichen Entwicklung der steuerabhängigen Einnahmen hinzunehmen sind.

Prognosen des Statistischen Landesamtes Bremen, die die bremischen Einwohnerzahlen auf Basis der bis 2012 an die Zensus-Ergebnisse angepassten Ist-Werte („Bewegungsdaten“) und orientiert an der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung fortschreiben, bestätigen, dass im Land Bremen zumindest **bis 2020** von einer insgesamt **relativ konstanten Einwohnerzahl** auszugehen ist. Nach weiterer zuwanderungs-bedingter Bevölkerungszunahme in den Jahren 2013 und 2014 wird ab 2016 ein allmählicher leichter Rückgang erwartet, in dessen Folge die Einwohnerzahl im Jahr 2020 mit 653.200 geringfügig unter dem Ausgangswert des Jahres 2012 (654.800) liegen soll. Nach 2020 könnten – den derzeitigen Annahmen zufolge – verstärkte Bevölkerungsverluste des Stadtstaates (Prognose für 2020 / 2030: - 1,9 %) zu verzeichnen sein.

Bei der **innerbremischen Differenzierung** der Bevölkerungsprognose ist festzustellen, dass insbesondere die unterstellten Zuwanderungsgewinne in der Anfangsphase des Projektionszeitraumes der **Stadt Bremen** zu einer insgesamt relativ stabilen Einwohnerentwicklung verhelfen (2012 / 2020: **+ 0,2 %**), während für die **Stadt Bremerhaven** anhaltende, jedoch etwas verlangsamte Einwohnerverluste (2012 / 2020: **- 2,3 %**) erwartet werden (vgl. **Abbildung 9**).

Abb. 9: Einwohnerentwicklung in Bremen und Bremerhaven



Aufgrund der bisher noch ausschließlichen Orientierung der bundesstaatlichen Finanzverteilung an den Einwohnerzahlen ist eine zumindest dem Bundesdurchschnitt entsprechende Einwohnerentwicklung für den Stadtstaat Bremen von entscheidender Bedeutung. Im Konsolidierungszeitraum ist das **Bemühen um die Gewinnung neuer Einwohner** und die **Verhinderung von (Umland-) Abwanderungen** in beiden bremischen Städten daher – insbesondere durch die Bereitstellung ausreichender Flächen für die Wohnbebauung - fortzusetzen bzw. zu intensivieren.

Für fachpolitische Planungen und daraus abzuleitende Ressourcenbedarfe sind die mittel- und langfristig zu erwartenden **altersgruppenspezifischen Bevölkerungsentwicklungen** von Belang. Hier sind für den Stadtstaat Bremen nach den Ergebnissen der zwölften koordinierten Bevölkerungsprognose und – in Anlehnung an Systematisierungsansätze der Bertelsmann Stiftung – in einer an bestimmten Anforderungen der öffentlichen Aufgabenwahrnehmung orientierten Sortierung die in **Tabelle 2** dargestellten Tendenzen absehbar.

Tab. 2: Bevölkerungsprognosen für den Stadtstaat Bremen *)

	2012		Veränder. 2012 / 2017		Veränder. 2017 / 2020	
	Einwohner	Einwohner	Einwohner	%	Einwohner	%
Betreuung U3 und Kindergarten (unter 6jährige)	31.643	+ 951	+ 3,0	- 148	- 0,5	
Schule (6 bis unter 19jährige)	73.433	- 3.227	- 4,4	- 928	- 1,3	
Berufliche Bildung (19 bis unter 25jährige)	52.315	- 3.584	- 6,9	- 962	- 2,0	
Erwerbstätige (25 bis unter 65jährige)	357.774	+ 944	+ 0,3	- 3.645	- 1,0	
Rentner (geringe Pflegebed.) (65 bis unter 80jährige)	102.380	+ 358	+ 0,3	- 2.428	- 2,4	
Hochbetagte (höhere Pflegebed.) (über 80jährige)	37.229	+ 5.296	+ 14,2	+ 5.762	+ 13,5	

*) Für die Stadt Bremerhaven ergeben sich z. T. deutliche Abweichungen von den Durchschnittswerten des Stadtstaates

Deutlich wird

- der bis 2017 zu verzeichnende Anstieg und die anschließende Konstanz der für eine **U3-Betreuung bzw. Kindergartenplätze** in Betracht kommenden Altersgruppe,
- der Rückgang in den Altersklassen, die die Nachfrage nach Plätzen im **Schul- und Ausbildungsbereich** bestimmen,
- das in der zweiten Hälfte des Konsolidierungszeitraumes deutlich abnehmende **Erwerbspersonen-Potenzial** des Landes sowie
- die sehr starke Zunahme der Jahrgänge der Hochbetagten mit erhöhter **Pflegebedürftigkeit**.

Das **Durchschnittsalter** der bremischen Bevölkerung steigt von 44,0 Jahre (2012) über 44,7 Jahre (2017) auf 45,1 Jahre (2020).

2.7. Finanzplanungen im übrigen Bundesgebiet

Die zentralen Orientierungspunkte der bremischen Haushaltsentwicklung werden mit Beginn des Finanzplan-Zeitraumes durch die Anforderungen gesetzt, die für den vollständigen Abbau der Neuverschuldung im Stadtstaat Bremen bestehen. Dennoch zählen zu den wesentlichen Maßstäben, an denen die Gestaltung der bremischen Haushalte und der unter Konsolidierungsgesichtspunkten notwendigen Eigenbeiträge des Landes zu messen sind, auch weiterhin die parallelen **mittelfristigen Haushaltsplanungen der übrigen Länder und Gemeinden** des Bundesgebietes.

Die jährlich vorzulegenden Finanzplanungen der Länder können dabei für die bremischen Haushalte allerdings nicht als Vergleichsmaßstäbe dienen, da sie – mit Ausnahme der beiden anderen Stadtstaaten – kommunale Aufgabenbereiche und damit in Verbindung stehende Einnahme- und Ausgabeentwicklungen nicht abbilden. Konsolidierte Plandaten für die Länder- und Gemeindeebene liegen hingegen in der amtlichen Statistik weder in zusammengefasster Form noch für einzelne Länder vor.

Ersatzweise kann jedoch auf Materialien zurück gegriffen werden, die die „**Zentrale Datenstelle der Landesfinanzminister**“ (ZDL) erstellt. Im Juni 2013 wurden – auf Basis von Meldungen der Länder und der Kommunalvertretungen zusammengestellte – **Projektionen** des Öffentlichen Gesamthaushalts **bis 2017** von der ZDL erneut in konsolidierter Form für Länder einschließlich ihrer Gemeinden vorgelegt. Beim Vergleich der Länder- und Gemeindedaten des Bundesgebietes mit den Ansätzen der **Finanzplanung des Stadtstaates Bremen** (vgl. 5.3.) ergibt sich dabei folgendes Bild:

- Die für die bremischen Haushalte für den Planungszeitraum unterstellte jahresdurchschnittlich Zuwachsrates der **steuerabhängigen Einnahmen** von 3,7 % entspricht dem Vergleichswert der Länder- und Gemeindeebene im übrigen Bundesgebiet. Aufgrund dieser Übereinstimmung ist davon auszugehen, dass in Bremen und im Länder- und Gemeindedurchschnitt die Mittelfristprognosen der Steuerschätzungen mit praktisch identischen Annahmen in die jeweiligen Finanzplanungen übernommen worden sind.

Tab. 3: Finanzplanungen im Vergleich
Zuwachsraten in % *)

	2013	2014	2015	2016	2017	2012/2017
Stadtstaat Bremen						
Laufende Einnahmen	2,1	4,7	3,5	2,9	3,0	3,2
- Steuerabhängige Einnahmen	3,8	3,8	4,0	3,6	3,5	3,7
- Sonstige konsumtive Einnahmen	-5,9	9,7	0,8	-0,4	0,5	0,8
Einnahmen der Kapitalrechnung	-21,9	14,1	2,9	0,2	0,4	-1,6
- Veräußerungserlöse						
- Sonstige investive Einnahmen	-21,9	14,1	2,9	0,2	0,4	-1,6
Bereinigte Einnahmen	1,5	4,9	3,5	2,9	3,0	3,1
Laufende Ausgaben	1,2	1,9	1,1	0,7	0,9	1,2
- Personalausgaben	0,9	3,0	1,4	0,9	0,9	1,4
- Zinsausgaben	7,9	-3,5	1,4	1,3	1,3	1,6
- Sonstige konsumtive Ausgaben	-0,8	3,0	0,9	0,4	0,7	0,8
Ausgaben der Kapitalrechnung	-1,4	-1,6	-1,5	-1,1	-2,1	-1,5
Bereinigte Ausgaben	0,9	1,6	0,9	0,5	0,6	0,9
Primärausgaben	-0,3	2,5	0,8	0,4	0,5	0,8
Länder und Gemeinden						
Laufende Einnahmen	3,0	3,4	3,1	2,9	2,8	3,1
- Steuereinnahmen	2,9	4,4	4,1	3,8	3,6	3,7
- Sonstige konsumtive Einnahmen	3,5	0,8	0,2	0,3	0,2	1,0
Einnahmen der Kapitalrechnung	11,0	-10,9	-2,5	-2,3	-8,1	-2,8
- Veräußerungserlöse	5,2	-24,2	-0,6	-2,5	-6,8	-6,4
- Sonstige investive Einnahmen	13,2	-6,1	-3,0	-2,3	-8,5	-1,6
Bereinigte Einnahmen	3,4	2,7	2,9	2,7	2,4	2,8
Laufende Ausgaben	2,2	2,8	2,8	2,6	2,5	2,6
- Personalausgaben	3,6	3,5	3,3	3,1	3,2	3,3
- Zinsausgaben	-6,6	-0,8	3,7	3,5	3,3	0,5
- Sonstige konsumtive Ausgaben	2,1	2,6	2,3	2,0	1,8	2,2
Ausgaben der Kapitalrechnung	3,4	1,7	0,1	0,2	-1,5	0,8
Bereinigte Ausgaben	2,4	2,7	2,5	2,3	2,0	2,4
Primärausgaben	2,9	2,8	2,4	2,2	2,0	2,5

Senatorin für Finanzen; Referat 20

*) 2012/2017: Durchschnittliche jährliche Veränderungsrate

Quelle: Zentrale Datenstelle der Landesfinanzminister; Stand: 28.06.2013

Stand: 07. August 2013

- Bei den nicht-steuerabhängigen **konsumtiven Einnahmen** liegen die Erwartungen der Mittelfristplanung für Bremen (+ 0,8 % p. a.) geringfügig unter dem Durchschnittswert aller Länder und Gemeinden (+ 1,0 % p. a.).
- Für die **investiven Einnahmen** ergibt sich in den bremischen Haushalten im Zeitraum 2012 / 2017 plangemäß ein Rückgang um durchschnittlich – 1,6 % pro Jahr, der allerdings insbesondere durch die deutlich hinter dem Ist-Ergebnis 2012 zurückbleibenden Anschlagwerte des Jahres 2013 geprägt ist. Bundesweit wird gleichzeitig von deutlicheren Rückgängen der Einnahmen der Kapitalrechnung ausgegangen, wobei die Planwerte bis 2017 erheblichen Schwankungen unterliegen, die wiederum vor allem durch stark variierende Erwartungen hinsichtlich der zu realisierenden Veräußerungserlöse beeinflusst sind.
- **Insgesamt** fallen die **Einnahmeerwartungen** für den Stadtstaat Bremen damit im Finanzplan-Zeitraum 2012 / 2017 (+ 3,1 % p. a.) leicht positiver als im bundesweiten Länder- und Gemeindedurchschnitt (+ 2,8 %) aus.

- Auf der Ausgabenseite spiegeln sich die im Weiteren vorgesehenen **bremischen Eigenanstrengungen zur Konsolidierung** der Haushalte in deutlich hinter den Durchschnittswerten des übrigen Bundesgebietes zurückbleibenden Planwerten für die Personalausgaben und die sonstigen konsumtiven Ausgaben wider:

Besonders deutlich fallen die Differenzen der geplanten Entwicklungsraten dabei bei den **Personalausgaben** aus: Während für Bremen mit gestaffelter bzw. verzögerter Übernahme von Tarifvereinbarungen und personalwirtschaftlichen Maßnahmen für den Zeitraum 2012 / 2017 eine Begrenzung des Ausgabenanstiegs auf jahresdurchschnittlich 1,4 % angestrebt wird, sehen die übrigen Länder und Gemeinden – mit leichten jährlichen Schwankungen – über den Mittelfrist-Planungszeitraum eine Zuwachsrate der Personalausgaben von 3,3 % p. a. vor. Die Differenz entspricht einem rechnerischen Konsolidierungsbeitrag von rd. 165 Mio. € im Jahr 2017.

- Um 1,4 %-Punkte unter dem Länder- und Gemeindedurchschnitt (+ 2,2 % p. a.) liegt die mit der aktuellen Finanzplanung für die bremischen Haushalte unterstellte durchschnittliche jährliche Zuwachsrate der **sonstigen konsumtiven Ausgaben**, die in dieser Abgrenzung auch die Sozialleistungsausgaben des Landes und seiner Gemeinden beinhalten. Eine erfolgreiche Begrenzung des Ausgabenanstiegs auf 0,8 % p. a. würde gegenüber den Planungen der Länder- und Gemeinde-Gesamtheit einer Minderausgabe im Jahr 2017 von knapp 148 Mio. € entsprechen.
- Bei den **Ausgaben der Kapitalrechnung** gehen die Planungen der Länder- und Gemeinde-Ebene bis 2017 von einem leichten Anstieg um rd. 0,8 % p. a. aus. Der für den gleichen Zeitraum in den bremischen Haushalten vorgesehene Abbau der Investitionsausgaben um – 1,5 % p. a. ist hingegen insbesondere durch den planmäßigen Rückgang der Tilgungsausgaben für abgeschlossene Investitionsvorhaben begründet.
- Im Vergleich mit den Durchschnittswerten der Mittelfrist-Planungen der übrigen Länder und Gemeinden werden die überaus ambitionierten Zielsetzungen, die die Gestaltung der Ausgaben in den bremischen Haushalten für den Planungszeitraum bestimmen und für die notwendigen Konsolidierungsschritte in dieser Phase eine zwingende Voraussetzung darstellen, deutlich ablesbar: Während bundesweit für den Finanzplan-Zeitraum 2012 / 2017 bei den **Primärausgaben** ein durchschnittlicher jährlicher Anstieg um **2,5 %** vorgesehen wird, soll der Anstieg der Primärausgaben in den Haushalten der Freien Hansestadt Bremen in diesem Zeitraum gleichzeitig auf **0,8 %** p. a. begrenzt werden.

Durch Einbeziehung der in Bremen weiterhin überproportional steigenden Zinsausgaben nähert sich bei den **Bereinigten Ausgaben** die bremische Zuwachsrate (+ 0,9 % p. a.) nur marginal dem Länder- und Gemeindedurchschnitt (+ 2,4 % p. a.) an.

3. Einnahmen 2012 / 2017

3.1. Steuern, LFA, BEZ

Originäre Steuern sowie Zahlungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs und der Bundesergänzungszuweisungen bilden rd. **80 % der Gesamteinnahmen** des Stadtstaates Bremen und leisten damit – wie in den beiden anderen Stadtstaaten – gemessen am Länder- und Gemeindedurchschnitt einen überproportionalen Beitrag zur Finanzierung der Haushalte. Entscheidende Voraussetzung für Fortschritte auf dem Konsolidierungspfad zum Abbau des strukturellen Defizits ist für die Freie Hansestadt Bremen daher neben den Eigenanstrengungen zur Ausgabenbegrenzung eine anhaltend stabile Aufwärtsentwicklung der steuerabhängigen Einnahmen. Schwächungen des Einnahmenniveaus durch **steuersenkende Maßnahmen** oder eine erneute **Entkopplung der bremischen Bevölkerungsentwicklung** vom Bundesdurchschnitt dürfen daher nicht eintreten.

Grundlage der für die Finanzplanung vorzusehenden Entwicklungen der steuerabhängigen Einnahmen sind die Ergebnisse des Arbeitskreises „**Steuerschätzungen**“, die über zwei – zwar zusammenhängende, aber inhaltliche Unterschiede aufweisende - Darstellungsebenen und Betrachtungsweisen in die Berechnungen des mittelfristigen Planungszeitraumes eingehen:

- Für den **Konsolidierungskurs** des Stadtstaates wird der (maximal einzuplanende) Einnahmerahmen der Haushalte durch die Beträge bestimmt, die sich für Bremen aus der sogenannten „**Regionalisierung**“ der Ergebnisse des Arbeitskreises ergeben. Die Regionalisierungsergebnisse der Steuerschätzungen leiten die Einnahmeerwartungen der einzelnen Länder und ihrer Gemeinden dabei aus einer prozentualen Verteilung der Schätzwerte der einzelnen Steuerarten nach den Ist-Werten des jeweils abgeschlossenen Zeitraums von vier Quartalen ab.

Maßgeblich für die einzelnen Planjahre der Haushaltskonsolidierung sind die Regionalisierungsergebnisse der Mai-Steuerschätzungen der jeweiligen Vorjahre. Die Berechnungen zur aktuellen Steuerschätzung (Mai 2013) **bestimmen** daher die Höhe der für die Ermittlung des strukturellen Defizits im Haushaltsjahr **2014** zugrunde zu legenden steuerabhängigen Einnahmen und dienen als Orientierungswerte für den sich anschließenden Planungszeitraum.

Die Regionalisierungsergebnisse der aktuellen Steuerschätzung unterstellen für die Haushalte des Stadtstaates – ohne Konjunkturbereinigung - **Zuwachsraten** der steuerabhängigen Einnahmen von **4,6 %** (2014; einschließlich Erhöhung Gewerbesteuer-Hebesatz in der Stadt Bremen), **4,1 %** (2015), **3,7 %** (2016) und **3,6 %** (2017). Der Einnahmeanstieg im Zeitraum 2013 / 2017 würde bei Realisierung dieser Planwerte – ohne Effekte der Gewerbesteuer-Anhebung – **jahresdurchschnittlich 3,9 %** betragen und damit den Vergleichswert der längerfristigen Durchschnittsentwicklung (2002 / 2012: 2,9 %) deutlich übersteigen.

- Die im Auftrag der Länder vom Finanzministerium Baden-Württembergs durchgeführten Regionalisierungen können nur in begrenztem Umfang länderspezifische Besonderheiten und Erwartungen abbilden, liefern keine Werte für die innerbremische Aufteilung der Schätzwerte auf der Gemeindeebene und weisen beim bundesstaatlichen Finanzausgleich statt des zu erwartenden Ist-Aufkommens die in den jeweiligen Jahren bestehenden Ansprüche aus. Obwohl bei der Planung des Konsolidierungspfades für den Stadtstaat Bremen ausschließlich auf die Ergebnisse der Regionalisierung zurückgegriffen wird, ist es daher erforderlich, für die konkrete Aufstellung der Haushalte eine **ergänzende**, ausschließlich auf die Kassenswirksamkeit der Einnahmeerwartungen abzielende **Schätzung** der voraussichtlichen Steuerentwicklung zu erstellen.

Die eigene Steuerschätzung für die bremischen Einzelhaushalte auf Basis der bundesweiten Prognosen vom Mai 2013 und die sich daraus ergebenden Zahlungsströme im innerbremischen Finanzausgleich fließen in die **Anschlagbildung** der Haushalte **2014 und 2015** sowie in die Planwerte der Restjahre des Finanzplan-Zeitraumes ein. Die Planwerte berücksichtigen dabei bereits geschätzte Mehreinnahmen aus der beschlossenen **Erhöhung des Gewerbesteuer-Hebesatzes** in der Stadt Bremen (von 440 auf 460) ab Jahresbeginn 2014 (+ 12,5 Mio. € p. a.) sowie voraussichtliche Effekte der zwischenzeitlich hinsichtlich der Bemessungsgrundlage modifizierten **Tourismussteuer** („Citytax“) für die Kommunalhaushalte der Städte Bremen (1,2 Mio. € p. a.) und Bremerhaven (0,2 Mio. € p. a.).

Die Ergebnisse der Steuerschätzung beinhalten hingegen noch nicht die Effekte der zum 01. Januar 2014 vorgesehenen **Erhöhung der Grunderwerbsteuer** um weitere 0,5 %-Punkte auf dann 5,0 %. Die sich hieraus ergebenden Mehreinnahme-Erwartungen, die sowohl für die Anschlag- und Planwertbildung als auch als Aufstockungsbeträge der Regionalisierungsergebnisse zu berücksichtigen sind, betragen 8,1 Mio. € (2014), 8,4 Mio. € (2015), 9,0 Mio. € (2016) und 9,4 Mio. € (2017) und führen zu entsprechenden Erhöhungen der Schlüsselzuweisungen an die Stadt Bremen (rd. 1,1 Mio. € p. a.) und an Bremerhaven (rd. 0,3 Mio. €).

Ebenfalls zum Zeitpunkt der Mai-Steuerschätzung 2013 noch nicht bekannt und daher in den Prognosewerten nicht berücksichtigt sind die Auswirkungen der zwischenzeitlich veröffentlichten **Zensus-Ergebnisse** des Jahres 2011. Die in den einzelnen Ländern und im Bundesgebiet insgesamt unterschiedlichen Korrekturen der Einwohnerzahlen führen zu deutlichen Veränderungen der bundesstaatlichen Finanzverteilung, die ab 2013 vollständig und für die Jahre 2011 und 2012 anteilig in die Berechnungen der Ansprüche und Ausgleichsbeträge eingehen sollen.

In die vorliegende Finanzplanung wird für Bremen vor diesem Hintergrund – als vorläufige und vorsichtige Ausgangsgröße – ein Aufstockungsbetrag der LFA-Einnahmen von **16 Mio. € p. a. ab 2014** aufgenommen, der bis zur Bestätigung durch entsprechend angepasste Regionalisierungsergebnisse der Steuerschätzung noch keine Reduzierung des strukturellen Defizits darstellt. Die zu veranschlagenden bzw. einzuplanenden **Schlüsselzuweisungen** an die Städte erhöhen sich damit im Finanzplanzeitraum um 2,1 Mio. € (Stadt Bremen) bzw. 0,5 Mio. €

(Bremerhaven) pro Jahr. Nachzahlungs- bzw. Abrechnungsbeträge für die Jahre 2011 bis 2013 werden in den Finanzplan-Daten nicht berücksichtigt.

Tab. 4: Steuerabhängige Einnahmen
Stadtstaat Bremen; in Mio. €

	Ist		Anschl.	Entwurf		Planwerte	
	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Steuereinnahmen Land	1.547,7	1.580,8	1.627,9	1.723,5	1.797,6	1.865,1	1.933,1
Steuereinnahmen Stadt Bremen	657,6	608,3	686,5	682,9	706,7	730,3	754,1
Länderfinanzausgleich	508,0	568,0	546,0	573,0	597,0	619,0	641,0
Bundesergänzungszuweisungen (BEZ)	228,1	232,3	242,3	242,3	250,3	257,3	264,3
- Allgemeine BEZ	167,8	172,0	182,0	182,0	190,0	197,0	204,0
- Sonderbedarfs-BEZ 1)	60,3	60,3	60,3	60,3	60,3	60,3	60,3
Steuerabh. Einnahmen L+G	2.941,4	2.989,4	3.102,7	3.221,7	3.351,7	3.471,8	3.592,6
Steuereinnahmen Bremerhaven	95,8	99,1	103,0	105,4	109,2	112,9	116,7
Steuerabh. Einnahmen Stadtstaat	3.037,2	3.088,5	3.205,6	3.327,2	3.460,9	3.584,7	3.709,3
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+ 16,81	+ 1,69	+ 3,79	+ 3,79	+ 4,02	+ 3,58	+ 3,48

Anschlag 2013: Steuerschätzung November 2011; ab 2014: Steuerschätzung Mai 2013 (zuzüglich Mehreinnahmen nach Zensus-Ergebnissen und Erhöhung der Grunderwerbsteuer)

1) Für Kosten politischer Führung

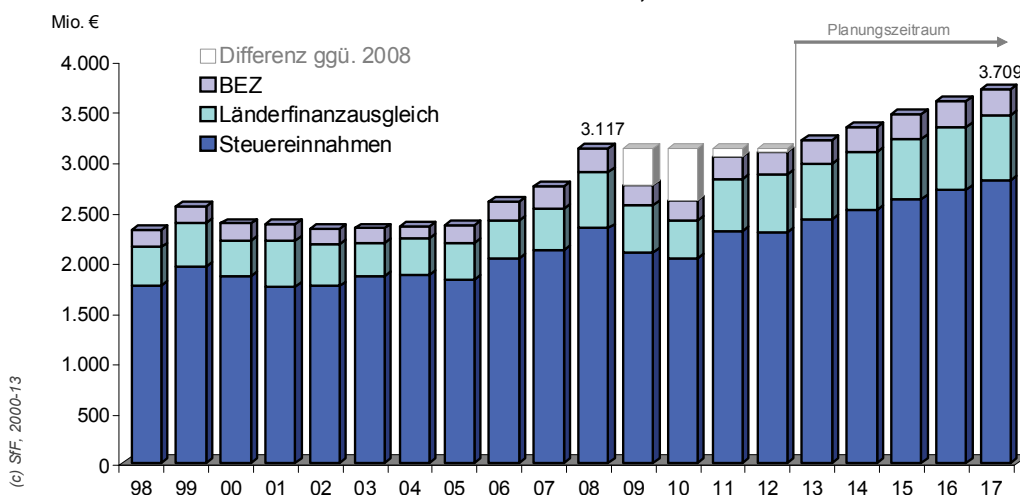
Stand: 29. Juli 2013

Unter Einbeziehung der Grunderwerbsteuer-Erhöhung und der Zensus-Effekte ist für die Entwicklung der steuerabhängigen Einnahmen des Stadtstaates im Finanzplan-Zeitraum von den in **Tabelle 4** zusammengefassten Prognosewerten auszugehen.

Senatorin für Finanzen, Referat 20



Abb.10: Einnahmen des Stadtstaates Bremen aus Steuern, LFA und BEZ *



Die vorstehende **Abbildung 10** stellt die Ergebnisse der aktuellen Steuerschätzung für den Stadtstaat Bremen in Relation zu den bis 2012 zu verzeichnenden Ist-Ergebnissen dar. Erkennbar sind die Endphase der erst 2006 beendeten langjährigen Stagnation der steuerabhängigen Einnahmen, der massive Einbruch der Jahre 2009 und 2010 sowie der deutliche Wiederanstieg der Einnahmen im Jahr 2011. Das Einnahmeniveau des bisher steuereinnahmestärksten Haushaltsjahres (2008: 3,117 Mrd. €) wurde im Jahr 2012 mit 3,088 Mrd. € noch um rd. 29 Mio. € verfehlt und wird - trotz zwischenzeitlich reduzierter Einnahmeerwartungen - im Haushaltsjahr 2013 voraussichtlich erstmals

wieder übertroffen. Im Endjahr der Projektion werden für die bremischen Haushalte insgesamt steuerabhängige Einnahmen von rd. 3,709 Mrd. € erwartet. Ohne die Effekte der Grunderwerbsteuer-Erhöhung und der Zensus-Ergebnisse ergibt sich daraus für den Planungszeitraum 2012 / 2017 eine durchschnittliche jährliche **Zuwachsr**ate von **3,6 %**, die angesichts der längerfristigen Ist-Entwicklung als anspruchsvolle Vorgabe zu betrachten ist.

Die gesetzlichen Grundlagen des **innerbremischen Finanzausgleichs** wurden im Jahr 2012 überarbeitet bzw. neu gestaltet. Die wesentlichen Veränderungen der zum Jahresanfang 2013 in Kraft getretenen **Neufassung** des Finanzausgleichsgesetzes sind wie folgt zusammenzufassen:

- Anpassung der Bedarfsindikatoren für die Einwohnergewichtung beider Städte
- Aufstockung des Vorabausgleichs für das Steueraufkommen im stadtbremischen Überseehafengebiet an Bremerhaven um 1 Mio. € auf 6 Mio. € ab 2014
- Anpassung der Höhe der Ergänzungszuweisungen, u. a. durch Berücksichtigung des bisher bei den Schlüsselzuweisungen angerechneten Gemeindeanteils an den Finanzierungskosten der Deutschen Einheit sowie der Einbeziehung der Kompensation des Wegfalls der Kfz-Steuer
- Einführung von Strukturhilfen zur Einhaltung des maximal zulässigen strukturellen Defizits in den Städten

Unter Berücksichtigung der Prognosen der Steuerschätzung vom Mai 2013 ergeben sich für den Finanzplan-Zeitraum aus diesen veränderten Rahmenseetzungen die in der nachfolgenden **Tabelle 5** abgebildeten Zuweisungen des Landes an die Städte Bremen und Bremerhaven.

Tab. 5: Innerbremische Finanzverteilung
in Mio. €

	Ist		Anschl.	Entwurf		Planwerte	
	2011	2012		2013	2014	2015	2016
Schlüsselzuweisungen 1)	283,4	298,3	299,5	322,4	336,3	348,8	361,4
Ausgl. f. stadtbrem. Überseehafengebiet	-5,0	-5,0	-5,0	-6,0	-6,0	-6,0	-6,0
Ergänzungszuweisungen	49,1	49,1	49,1	51,8	51,8	51,8	51,8
Kommunaler Finanzausgleich	327,5	342,4	343,6	368,2	382,1	394,6	407,2
Strukturhilfen				31,4	47,0	62,7	62,7
Zahlungen an Stadt Bremen	327,5	342,4	343,6	399,6	429,1	457,3	469,9
Schlüsselzuweisungen 1)	71,0	74,4	77,2	81,3	84,7	87,9	91,1
Ausgl. f. stadtbrem. Überseehafengebiet	5,0	5,0	5,0	6,0	6,0	6,0	6,0
Ergänzungszuweisungen	35,1	35,1	35,1	36,1	36,1	36,1	36,1
Kommunaler Finanzausgleich	111,1	114,5	117,3	123,4	126,8	130,0	133,2
Strukturhilfen				6,5	9,7	12,9	12,9
Zahlungen an Bremerhaven	111,1	114,5	117,3	129,9	136,5	142,9	146,1

Anschlag 2013: Steuerschätzung November 2011; ab 2014: Steuerschätzung Mai 2013 und Neufassung des Finanzausgleichsgesetzes
1) Ab 2014: Einschließlich Anteile an erhöhten LFA-Einnahmen nach Zensus-Ergebnissen (Stadt Bremen: + 2,1 Mio. Euro; Bremerhaven: + 0,5 Mio. Euro) und erhöhter Grunderwerbsteuer (Stadt Bremen: + 1,1 Mio. Euro; Bremerhaven: + 0,3 Mio. Euro)

Stand: 29. Juli 2013

3.2. Sonstige konsumtive Einnahmen

Zu den sonstigen konsumtiven Einnahmen zählen neben den selbstverantworteten Einnahmen aus Verwaltung, Betrieb und Finanzen (Gebühren, sonstige Entgelte, Konzessionsabgabe, Gewinne aus Beteiligungen etc.) und den Geldstrafen / Geldbußen vor allem Zuweisungen und Zuschüsse vom Bund (für Sozialleistungen, Wohngeld, BAföG, Kompensation Kfz-Steuer etc.), von der EU und Sonstigen (insbesondere Agentur für Arbeit). Aufgrund ihrer vielfältigen Abhängigkeiten von konkreten Förderungen bzw. Mitfinanzierungen Dritter einerseits und von konjunkturellen und/oder regionalen Rahmenbedingungen andererseits unterliegt das Niveau der sonstigen konsumtiven Einnahmen **erheblichen jährlichen Schwankungen** (vgl. **Abbildung 11**).

Tab. 6: Sonstige konsumtive Einnahmen
Land und Stadtgemeinde Bremen; in Mio. €

	Ist 2011	Ist 2012	Anschl. 2013	Entwurf 2014	Entwurf 2015	Planwerte 2016	Planwerte 2017
Finanzplan 2011 / 2016 (Feb. 2012)	554,4	543,1	549,8	547,1	549,7	552,3	
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+ 8,5	- 2,0	+ 1,2	- 0,5	+ 0,5	+ 0,5	
Veränderungen im Aufstellungsverfahren 2012/2013:		10,3	16,3				
+ Geldbußen, Entgelte, Gebühren (insb. Bürgerservicecenter)		2,1	2,1				
+ Mehreinnahmen Wissenschaft (u. a. Hochschulpakt 2020)		1,3	7,1				
+ Kosten der Unterkunft		6,1	6,9				
+ Sonstige Veränderungen		0,8	0,2				
= Sanierungsplanung (Sep. 2012)	554,4	553,4	566,1	563,2	566,1	568,9	571,7
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+ 8,5	- 0,2	+ 2,3	- 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5
Veränderungen im Aufstellungsverfahren 2014/2015:				61,2	63,5	58,0	58,0
+ erh. Einnahmen für Grundsicherung				44,6	44,6	44,6	44,6
+ verringerte Zahlungen der Spielbank				-4,7	-4,8	-4,8	-4,8
+ Wegfall befristeter Mittel für Schulsozialarbeit (BuT)				-4,9	-4,9	-4,9	-4,9
+ Erlöse aus Beteiligungen (für OTB)				10,0	10,0	10,0	10,0
+ Wegfall der Abf. a. d. Treuhandverm. für Bürgschaften						-5,5	-5,5
+ Mehreinnahmen Wissenschaft (insbesondere Hochschulpakt)				13,7	11,9	11,9	11,9
+ Mehreinnahmen für Grundsicherung (4. Kapitel SGB XII)				6,9	11,3	11,3	11,3
+ Mindereinnahmen Arbeit / Wirtschaft von der EU (ESF, EFRE)				-7,7	-8,1	-8,1	-8,1
+ Mehreinnahmen Inneres (insbesondere Rettungsdienst)				2,5	2,6	2,6	2,6
+ Sonstige Veränderungen				0,9	0,9	0,9	0,9
+ Veränderungen im Vollzug		43,2					
= Finanzplan 2012 / 2017 (Aug. 2013)	554,4	596,6	566,1	624,5	629,6	626,9	629,7
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+ 8,5	+ 7,6	- 5,1	+ 10,3	+ 0,8	- 0,4	+ 0,5
01 Bürgerschaft	0,3	0,2	0,1	0,1	0,1		
02 Rechnungshof	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0		
03 Senat / Senatskanzlei / Kirchl. Ang.	0,6	0,5	0,2	0,2	0,2		
05 Bundes-/Europaangelegenheiten	0,3	0,6	0,4	0,5	0,5		
06 Datenschutz	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0		
07 Inneres	36,1	37,4	31,4	34,3	34,1		
08 Gleichberechtigung der Frau	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1		
11 Justiz / Verfassung	38,9	38,4	36,8	36,7	37,0		
12 Sport	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4		
21 Bildung	16,2	16,4	16,3	16,5	16,8		
22 Kultur	3,7	1,2	0,9	0,4	0,4		
24 Hochschulen / Forschung	37,2	45,8	26,4	40,1	38,3		
31 Arbeit	11,2	12,3	23,9	17,4	16,9		
41 Soziales / Kinder / Jugend	132,2	155,7	160,2	206,6	212,2		
51 Gesundheit	13,2	13,1	12,4	12,2	12,3		
68 Umwelt / Bau / Verkehr	40,0	38,1	39,1	38,6	39,1		
71 Wirtschaft	5,2	3,9	3,5	2,2	2,3		
81 Häfen	2,8	2,8	2,3	2,5	2,5		
91 Finanzen / Personal	17,0	17,6	10,1	10,4	10,5		
92 Allgemeine Finanzen	117,8	126,3	120,1	128,2	128,2		
93 Zentrale Finanzen	79,8	84,7	81,7	76,7	77,3		
96 IT-Ausgaben der FHB	1,6	1,3	0,0	0,3	0,3		

Senatorin für Finanzen; Referat 20

Fortschreibung
zur
Haushaltsaufstellung
2016 / 2017

Stand: 16. August 2013

Die Planwerte der sonstigen konsumtiven Einnahmen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen berücksichtigen eine Vielzahl, z. T. betragsmäßig erheblicher Veränderungen der Einnahmeerwartungen seit Vorlage der Finanzplanung 2011 / 2016 (Februar 2012) und der darauf aufsetzenden Fortschreibung der Sanierungsplanung (Sep-

tember 2012). Im Saldo aus deutlich erhöhten Einnahmen für die **Grundsicherung** und den **Hochschulbereich**, zeitlich befristeten **Mehrerlösen aus Beteiligungen** sowie **Mindereinnahmen von der EU**, vom Bund für **Schulsozialarbeit** (Bildung und Teilhabe) und aus der **Spielbankabgabe** ergeben sich dabei für die Aufstellungsjahre 2014 / 2015 voraussichtliche Mehreinnahmen von rd. 60 Mio. € p. a. (vgl. **Tabelle 6**).

Für die Planjahre 2016 / 2017 wurden diese Einnahmepositionen – ausgehend von der Annahme insgesamt nur geringfügig steigender sonstiger konsumtiver Einnahmen (+ 0,5 % p. a.) – als Basiseffekte konstant fortgeschrieben. Zugleich wurde berücksichtigt, dass Abführungen aus dem **Treuhandvermögen für Bürgschaften** (rd. 5,5 Mio. € p. a.) ab 2016 nicht mehr zur Entlastung der Haushalte beitragen können. Die ausgewiesenen Plan- und Ist-Werte beinhalten nicht die **Konsolidierungshilfen** des Bundes und deren innerbremische Verteilung.

Tab. 7: Struktur der Sonstigen konsumtiven Einnahmen
Land und Stadt Bremen; ohne Konsolidierungshilfen; in Mio. €

	Ist	Ist	Anschl.	Entwurf	
	2011	2012		2014	2015
Verwaltungseinnahmen	122,0	123,2	117,3	116,5	118,9
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	66,7	63,3	66,1	76,3	76,7
Einnahmen vom Bund	211,3	238,1	220,2	276,5	279,6
Einnahmen von der EU	5,1	3,4	16,0	8,0	7,8
Übrige Einnahmen	149,3	168,6	146,4	147,2	146,6
Sonstige konsumtive Einnahmen insgesamt	554,4	596,6	566,1	624,5	629,6

Stand: 12. August 2013

Tabelle 7 stellt die **Struktur** der sonstigen konsumtiven Einnahmen des Landes und der Stadt Bremen dar. Rd. 40 % der Einnahmen entfallen auf Zahlungen des Bundes und zusammen etwa 30 % werden durch Verwaltungseinnahmen und Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit erzielt.

Tab. 8: Innerbremische Zuordnung der Sonstigen konsumtiven Einnahmen
ohne Konsolidierungshilfen; in Mio. €

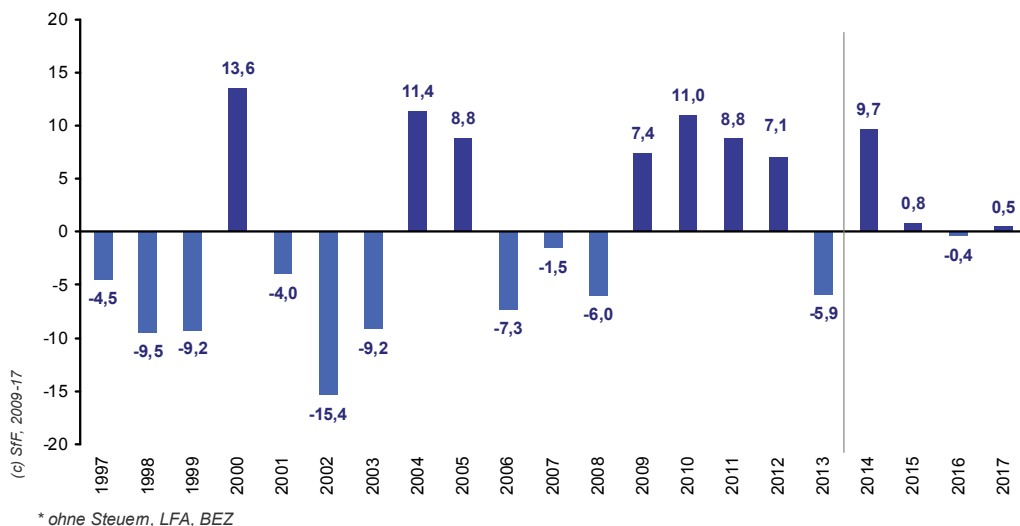
	Ist	Ist	Anschl.	Entwurf		Planwerte	
	2011	2012		2014	2015	2016	2017
Land Bremen	424,8	457,8	433,5	479,1	483,0		
- von der Stadt Bremen	80,0	77,9	76,9	74,9	74,9		
- von Bremerhaven	3,2	3,4	2,9	3,4	3,4	3,4	3,3
Stadt Bremen	1148,6	1201,4	1210,6	1316,9	1358,1		
- vom Land Bremen	938,9	984,7	1001,1	1096,6	1136,6		
- von Bremerhaven	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bremerhaven	366,6	374,8	372,5	397,5	408,7	417,5	423,6
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)						+ 2,2	+ 1,5
- vom Land Bremen	313,9	321,2	326,9	350,9	362,0	370,6	376,0
- von der Stadt Bremen	0,0	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1
=> Land und Stadt Bremen	554,4	596,6	566,1	624,5	629,6	626,9	629,7
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)						- 0,4	+ 0,5
=> Stadtstaat Bremen	603,9	646,8	608,7	667,5	672,7	670,3	674,0
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+ 8,8	+ 7,1	- 5,9	+ 9,7	+ 0,8	- 0,4	+ 0,5

Stand: 12. August 2013

In **Tabelle 8** sind den Ausgangswerten des Landes und der Stadtgemeinde Bremen die Einnahmen der Stadt Bremerhaven zugeordnet. Im Durchschnitt knapp **82 %** der sonstigen konsumtiven **Einnahmen Bremerhavens** basieren im Planungszeitraum auf **Zahlungen des Landes** (Kommunaler Finanzausgleich, Personalkostenerstattungen, Sozialleistungen etc.; ohne Anteile an Konsolidierungshilfen), die in konsolidierter Betrachtung des Stadtstaates zu bereinigen sind.

Die sich daraus ergebende **Entwicklungsreihe** der sonstigen konsumtiven Einnahmen für den **Stadtstaat** insgesamt ist in **Abbildung 11** in Form der bisherigen und der den Planungen bis 2017 zugrunde gelegten Veränderungsrate abgebildet.

Abb. 11: Entwicklung der sonstigen konsumtiven Einnahmen*
(Stadtstaat Bremen; Veränderungsrate in %)



3.3. Vermögensveräußerungen / Sonstige investive Einnahmen

Vermögensveräußerungen

Erlöse aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen (soweit in der Vermögensrechnung erfasst) und Kapitalrückzahlungen (Nr. 13 des Gruppierungsplanes der Haushalte) sind in den Eckdaten des Finanzplan-Zeitraumes nicht vorgesehen. Bremen hat bereits wiederholt und in verschiedenen Zusammenhängen - u. a. auch im Rahmen seiner Klage vor dem Bundesverfassungsgericht - dargestellt und begründet, dass die **Veräußerungspotenziale** des Landes und seiner Kommunen – mit Ausnahme derjenigen Vermögenswerte, deren Veräußerung längerfristig per Saldo eher nachteilige Wirkungen auf die bremischen Haushalte auslösen würden, - weitgehend **ausgeschöpft** sind. Zu beachten ist darüber hinaus, dass Vermögensveräußerungen bei der Berechnung zum relevanten strukturellen Defizit (vgl. 6.1.) als „**finanzielle**

Transaktionen“ herausgerechnet und nicht als haushaltsverbessernde Einnahmen berücksichtigt werden.

Sonstige investive Einnahmen

Zu den sonstigen investiven Einnahmen (außer Erlöse aus der Veräußerung von Beteiligungen und sonstigem Kapitalvermögen) zählen die Einnahme-Positionen der Obergruppen 33 (Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich) und 34 (Beiträge und sonstige Zuschüsse für Investitionen).

Tab. 9: Investive Einnahmen
Land und Stadtgemeinde Bremen; in Mio. €

	Ist	Ist	Anschl.	Entwurf		Planwerte	
	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Finanzplan 2011 / 2016 (Feb. 2012) 1)	114,5	83,7	81,1	91,4	90,9	91,3	
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	- 31,2	- 26,9	- 3,1	+ 12,8	- 0,6	+ 0,5	
Veränderungen im Aufstellungsverfahren 2012/2013:		1,8	1,8				
+ Beteiligung Bremerhavens an der Kulturförderung		0,7	0,7				
+ Ausbau Kinderbetreuung (KiföG)		0,9	1,0				
+ Sonstige Veränderungen		0,2	0,1				
= Sanierungsplanung (Sep. 2012)	114,5	85,4	82,9	91,4	90,9	91,3	
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	- 31,2	- 25,4	- 3,0	+ 10,3	- 0,6	+ 0,5	
Veränderungen im Aufstellungsverfahren 2014/2015:				3,1	5,8		
+ Bruttostellung BAföG-Darlehen (saldenneutral)				13,2	13,2		
+ Streichung Einnahmeerwartungen EFRE 2014/2020				-13,1	-13,1		
+ Auslaufen Bundeseinn. f. Kinderbetreuung (KiföG)				-0,5	-2,6		
+ Einnahmeerwartungen EFRE 2014/2020 neu					3,4		
+ Anpassungen (Überrollung der übr. Anschläge 2013)				3,9	4,4		
+ Sonstige Veränderungen				-0,3	0,5		
+ Veränderungen im Vollzug		15,9					
= Finanzplan 2012 / 2017 (Aug. 2013)	114,5	101,4	82,9	94,5	96,6	97,1	
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	- 31,2	- 11,5	- 18,2	+ 14,0	+ 2,2	+ 0,5	
03 Senat / Senatskanzlei / Kirchl. Ang.	0,2	0,0					
07 Inneres	0,1	0,5	0,0				
11 Justiz / Verfassung	0,0	0,0					
12 Sport		0,1					
21 Bildung	1,6	0,0					
22 Kultur	0,6	0,1	0,7	0,7	0,7		
24 Hochschulen / Forschung	14,9	13,4	13,4	26,6	26,6		
41 Soziales / Kinder / Jugend	3,8	3,3	2,6	2,1			
51 Gesundheit	0,1						
68 Umwelt / Bau / Verkehr	36,9	42,8	34,7	35,1	34,9		
71 Wirtschaft	29,4	27,9	20,8	19,4	23,6		
81 Häfen	10,7	10,7	10,7	10,7	10,7		
92 Allgemeine Finanzen	1,2	2,5					
93 Zentrale Finanzen	14,8						
96 IT-Ausgaben der FHB	0,0						

1) Einschließlich Konjunkturprogramm II (2009: 17,8 Mio. Euro; 2010: 55,8 Mio. Euro; 2011: 14,8 Mio. Euro)

Stand: 12. August 2013

Bei diesen Einnahmepositionen sind – ausgehend von der Finanzplanung 2011 / 2016 – für die Planwerte des Doppelhaushaltes 2014 / 2015 des Landes und der Stadt Bremen vor allem folgende Veränderungen zu berücksichtigen:

- In Folge der beschlossenen **Bruttoausweisung** der Gewährung von **BAföG-Darlehen** sind im Hochschul-Bereich Einnahmen vom Bund in Höhe von 13,195 Mio. € p. a. (65 % des Brutto-Ausgabebetrag von 20,3 Mio. € p. a.), aufstockend zu veranschlagen. Als durchlaufender Posten verursachen diese Mehreinnahmen eine Ausweitung der Investitionsausgaben in gleicher Höhe und wirken sich für den Finanzierungssaldo der Haushalte neutral aus.

- Die ursprünglich bereits für 2014 und mit deutlich höheren Beträgen erwarteten Einnahmen aus einem neu aufgelegten **EFRE-Programm 2014 / 2020** werden nach derzeitiger Einschätzung erst ab 2015 im Landeshaushalt kassenwirksam. Nach aktuellen Annahmen könnte der entsprechende Einnahmenbetrag 2015 dabei rd. 3,4 Mio. € betragen.
- Im Bereich Soziales, Kinder und Jugend wird im Haushaltsjahr 2014 noch eine Restrate für die **Kinderbetreuung aus KiFöG-Mitteln** in Höhe von rd. 2,1 Mio. € (einschließlich Bremerhaven-Anteil) erwartet. Die Mindereinnahmen gegenüber den bisherigen Annahmen betragen damit 0,5 Mio. € (2014) bzw. – nach Wegfall der Zahlungen - 2,6 Mio. € in den Folgejahren.

Tabelle 9 zeigt, dass sich die Ansätze der investiven Einnahmen ohne die saldenneutrale Bruttostellung der BAföG-Darlehen in den Jahren 2014 / 2015 und – aufgrund der marginalen Wachstumsannahmen – auch in den Restjahren des Planungszeitraumes in etwa auf dem Niveau der Anschläge des Jahres 2013 bewegen. Da dabei - gemessen an den Ist-Werten des Jahres 2012 - rd. 60 % der Gesamteinnahmen aus Zahlungen des Bundes bestehen und weitere 20 % durch Programme und Maßnahmen der EU bestimmt werden, sind hier allerdings im Vollzug der Haushalte und in der Fortschreibung der Planwerte nennenswerte Abweichungen von dieser Entwicklungslinie nicht auszuschließen.

Die Aufgliederung der Entwurfs- bzw. Planwerte **nach Produktplänen** verdeutlicht, dass die investiven Einnahmen des Planungszeitraumes praktisch ausschließlich auf die vier investitionsintensivsten Produktpläne des Landes und der Stadtgemeinde Bremen entfallen.

Tab. 10: Innerbremische Zuordnung der investiven Einnahmen
in Mio. €

	Ist	Ist	Anschl.	Entwurf		Planwerte	
	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Land Bremen	117,2	109,3	94,2	159,8	113,7		
- von der Stadt Bremen	8,1	12,4	12,5	66,4	18,2		
- von Bremerhaven	3,7	3,7	4,7	4,7	4,7	4,7	4,7
Stadt Bremen	59,4	96,2	83,7	49,6	46,7		
- vom Land Bremen	54,0	91,7	82,5	48,4	45,5		
- von Bremerhaven	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bremerhaven	18,3	25,2	15,6	11,5	11,5	11,2	11,1
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)						- 2,7	- 1,0
- vom Land Bremen	17,3	22,2	15,2	11,6	11,2	11,2	11,2
- von der Stadt Bremen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
=> Land und Stadt Bremen	114,5	101,4	82,9	94,5	96,6	97,1	97,6
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)						+ 0,5	+ 0,5
=> Stadtstaat Bremen	111,8	100,6	78,6	89,7	92,2	92,4	92,8
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	- 31,8	- 10,0	- 21,9	+ 14,1	+ 2,9	+ 0,2	+ 0,4

Stand: 12. August 2013

Durch die Einbeziehung Bremerhavens sinken die investiven **Einnahmeansätze des Stadtstaates** sogar noch unter die Ist- und Planwerte des Landes und der Stadtgemeinde Bremen (vgl. **Tabelle 10**). Entscheidend hierfür ist, dass die bei konsolidierter Betrachtung der Einzelhaushalte vorzunehmenden Bereinigungen in der Summe höher ausfallen als die einzubeziehenden Werte der Stadt Bremerhaven. Die investiven Einnahmen Bremerhavens werden im Durchschnitt zu rd. 96 % durch Zahlungen des Landes gebildet, die schwerpunktmäßig – z. T. durchgeleitete – Finanzhilfen (nach dem GVFG und für den ÖPNV) und Mitfinanzierungen (Ganztagsschulprogramme, wirtschaftsfördernde Maßnahmen, Ausbau von U3-Einrichtungen etc.) darstellen.

Senatorin für Finanzen, Referat 20

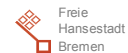
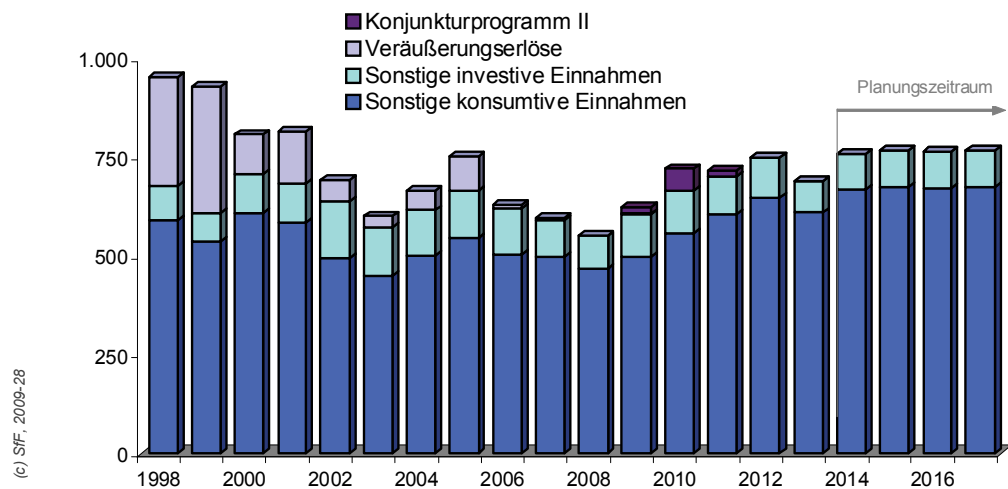


Abb. 12: Nicht-steuerabhängige Einnahmen *)

Stadtstaat Bremen; in Mio. €



*) Bis 2012: IST-Werte; 2013: Anschläge; 2014/2015: Entwürfe; ab 2016: Planwerte

In **Abbildung 12** sind die sonstigen, **nicht-steuerabhängigen Einnahmepositionen** der bremischen Haushalte auf der Zeitachse dargestellt. Deutlich wird auch hier insbesondere die – in Abhängigkeit von Bundes- und EU-Zahlungen sowie konjunkturellen Einflüssen, aber auch einzelnen Ein- und Ausgliederungseffekten – stark schwankende Entwicklung der sonstigen konsumtiven und investiven Einnahmen.

4. Ausgaben 2011/2016

4.1. Personalausgaben

Grundsätzlich beruhen die Planwerte für die Personalausgaben bis zum Jahr 2017 auf den im Jahr 2010 festgelegten Prämissen eines durchschnittlichen **Personalabbaus** von jährlich **1,5 % beim kernfinanzierten Personal** sowie einer Aufteilung dieser Einsparung auf:

- 1,2 % Personalabbau jährlich bzw. strukturell gleich wirkende Maßnahmen für den Personalbereich der Lehrerinnen und Lehrer sowie der Polizei,
- 1,6 % Personalabbau jährlich für bürgernahe personenbezogene Dienstleistungen sowie

- 2,6 % Personalabbau jährlich für die interne Verwaltung und senatorische Behörden.

Um die Aufgabenwahrnehmung trotz Einsparungsvorgaben in allen Dienststellen sicher zu stellen und insbesondere auch im Bildungsbereich die Inklusion und die Ganztagsbeschulung umzusetzen, wurden zum Doppelhaushalt 2014 / 2015 **Zielzahlanpassungen** durchgeführt. Diese Zielzahlanpassungen bereinigen die Ausgangswerte für die Jahre ab 2014. Der Grundsatz jährlicher Personaleinsparungen bleibt auch für die Bereiche bestehen, die eine einmalige Zielzahlanpassung erhalten haben.

Insgesamt wurden die Beschäftigungs-Zielzahlen im **Bildungsbereich** um rd. **190 Vollkräfte** angehoben. Davon stellen rd. 100 Vollkräfte eine Verlagerung aus anderen Aggregaten dar, die in den Vorjahren im Haushaltsvollzug vorgenommen wurde (z. B. Verstetigungen von Maßnahmen zur Verbesserung der Schulstruktur, die in den vorherigen Haushalten als temporäre Personalmittel verbucht wurden). Finanziert werden diese Anpassungen im Bildungsbereich durch eine Verlagerung von Mitteln innerhalb des Personalhaushaltes sowie durch Verlagerungen aus dem konsumtiven Haushalt.

Daneben wurden die Beschäftigungs-Zielzahlen bei **kleinen Produktplänen** bereinigt, sowie bei Produktplänen, die **strukturell** ihre Zielzahlen **nicht einhalten** konnten (z. B. durch zu geringe Fluktuation). Diese Anpassungen werden zum Teil ebenfalls durch Verlagerungen aus dem konsumtiven Haushalt finanziert, zu einem hohen Anteil werden aber auch Mittel, die innerhalb des Personalhaushaltes durch eine Verjüngung des Personalkörpers frei werden, hierfür genutzt.

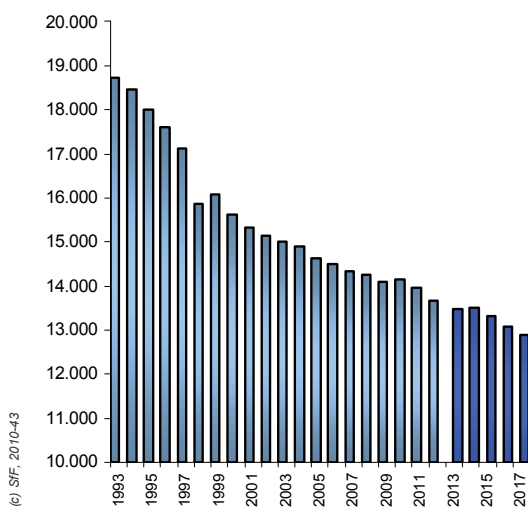
Diese Zielzahlanpassungen wurden ohne nennenswerte Auswirkungen auf den Konsolidierungspfad möglich, weil ein sinkender Altersdurchschnitt zu sinkenden Durchschnittskosten pro Beschäftigten führte. Dieser gewonnene Spielraum wurde zur Zielzahlanpassung genutzt.

Um die Kostensteigerungen im Bereich der Tarifentwicklung zu begrenzen wurde der **Tarifabschluss 2013 / 2014** (TV-L) auf Beamte und Versorgungsempfänger nur in **eingeschränktem Maße** übernommen. Diese Maßnahme stellt einen zentralen Beitrag des Personalhaushaltes zur Einhaltung des Konsolidierungskurses dar. Durch eine soziale Staffelung, die die Übernahme des Tarifergebnisses zeitlich streckte und auf Besoldungsgruppen bis A10 (vollständige Übernahme) bzw. A11 und A12 (1 % Steigerung) begrenzt, wurde erreicht, dass im Jahr 2013 keine Anpassung der Personalhaushalte erforderlich ist. Für die Jahre 2014 und 2015 wird es eine moderate Anpassung des Personaleckwertes sowie der konsumtiven Personalkostenzuschüsse durch die Tarifsteigerungen und Besoldungsanpassungen geben. Im Bereich des Personalhaushaltes beträgt die entsprechende Eckwertanhebung 5 Mio. € in 2014 und 9 Mio. € in 2015.

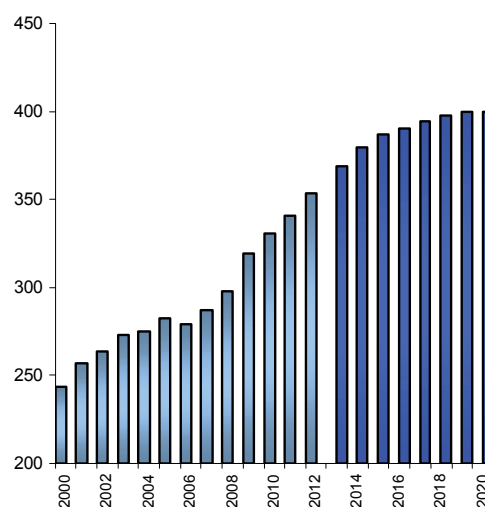
Für den Zeitraum bis 2017 bleiben die **Planungsparameter** auf der Basis der Haushalte 2014 / 2015 konstant. Entsprechend der Planungen aus dem Jahre 2010 sind dies folgende Vorgaben:

- Der seit Anfang der neunziger Jahre in Bremen stattfindende **Personalabbau** wird fortgesetzt, um die Kosten für das aktive Personal trotz Tarifsteigerungen und Besoldungserhöhungen nahezu konstant zu halten. Am Ende des mittelfristigen Planungszeitraumes soll die Beschäftigungszielzahl in der Kernverwaltung (einschließlich temporärer Personalmittel) rd. 12.900 Vollzeitkräfte betragen und damit rd. 1.250 Vollkräfte unter dem Ausgangsjahr 2010 liegen (vgl. **Abbildung 13**).
- Für **Tarif- und Besoldungserhöhungen** wird eine Vorsorge in Höhe von 1,5 % der Dienstbezüge und Versorgungsbezüge eingestellt.
- Bei den **Versorgungsbezügen** werden weiterhin abnehmende Zuwachsraten erwartet. Am Ende des Planungszeitraumes wird mit einem jährlichen Zuwachs von 1 % der Anzahl der Versorgungsempfänger gerechnet. Bis zum Jahr 2020 wird erwartet, dass die Zahl der Versorgungsempfänger nicht mehr steigt (vgl. **Abbildung 13**).

Abb. 13:
Beschäftigungsvolumen *



Versorgungsbezüge (in Mio. €)
Land und Stadtgemeinde Bremen



* (umgerechnet) Vollzeitkräfte (einschließlich PVM; ohne Refinanzierte); bis 2012: IST-Werte, ab 2013 Planwerte
Stand: jeweils Jahresende; rückwirkende Bereinigung von Ein- und Ausgliederungen

Für die Jahre 2015 – 2017 verbleiben Konsolidierungsnotwendigkeiten von rund 200 Stellen pro Jahr. Nicht zuletzt zur Unterstützung dieses Abbaus beginnt der Senat der Freien Hansestadt Bremen im Herbst 2013 einen Prozess zur Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung, der die Ausschöpfung aller noch verbliebenen Konsolidierungspotenziale in den bremischen Haushalten sicherstellen soll.

Aus den beschriebenen Rahmensetzungen und Beschlusslagen leiten sich die in der nachstehenden **Tabelle 11** zusammengefassten und bis 2015 den jeweiligen Produktplänen zugeordneten Personalausgaben der Haushalte des Landes und der Stadtgemeinde Bremen ab.

Tab. 11: Personalausgaben
Land und Stadtgemeinde Bremen; in Mio. €

	Ist 2011	Ist 2012	Anschl. 2013	Entwurf		Planwerte	
				2014	2015	2016	2017
Finanzplan 2011 / 2016 (Feb. 2012)	1161,2	1174,1	1185,7	1196,6	1208,6	1220,7	
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+ 1,9	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0	
Veränderungen im Aufstellungsverfahren 2012/2013:		6,1	7,0				
+ Erhöhung refinanzierter Personalausgaben		6,3	6,8				
+ Erhöhung Personalausgaben Bürgerschaft		1,4	1,5				
+ Verschlagung Altersteilzeitrücklagenentnahme		0,5	0,5				
- Verlagerung Fachdienste Arbeitsschutz zu Performa		-0,9	-0,9				
- Verlagerungen zu sonst. konsumtiven Ausgaben		-1,3	-0,8				
= Sanierungsplanung (Sep. 2012)	1161,2	1180,2	1192,7	1204,7	1216,7	1228,9	1241,2
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0
Veränderungen im Aufstellungsverfahren 2014/2015:				18,7	22,3		
+ Aufstockung aus Reservebetrag				3,0	3,0		
+ Aufstockung in Schwerpunktbereich (Ganztagsschulen)				3,5	3,5		
+ Tarifeffekte TvL 2013 / 2014				5,1	9,3		
+ Verlagerungen aus dem Sachhaushalt				3,3	3,3		
+ Erhöhung refinanzierter Personalausgaben				1,6	2,0		
+ Sonstige Veränderungen				2,2	1,2		
+ Veränderungen im Vollzug		2,5					
= Finanzplan 2012 / 2017 (Aug. 2013)	1161,2	1182,7	1192,7	1223,4	1239,0	1251,4	1263,9
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+ 1,9	+ 1,9	+ 0,8	+ 2,6	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,0
01 Bürgerschaft	11,3	11,9	12,0	12,1	13,3		
02 Rechnungshof	2,3	2,3	2,6	2,6	2,5		
03 Senat / Senatskanzlei / Kirchl. Ang.	7,9	8,2	7,8	7,9	7,8		
05 Bundes-/Europaangelegenheiten	1,5	2,7	2,5	2,8	2,7		
06 Datenschutz / Informationsfreiheit	0,8	0,8	0,6	0,8	0,8		
07 Inneres	158,2	160,4	157,7	159,7	156,6		
08 Gleichberechtigung der Frau	0,7	0,7	0,7	0,8	0,7		
09 Staatsgerichtshof	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0		
11 Justiz / Verfassung	65,0	64,6	65,3	64,4	64,0		
12 Sport	1,0	1,1	1,1	1,1	1,0		
21 Bildung	295,5	293,8	291,9	291,6	288,1		
22 Kultur	6,6	4,3	4,3	4,2	4,1		
24 Hochschulen / Forschung	2,6	2,7	2,2	2,2	2,1		
31 Arbeit	6,5	9,4	6,7	8,6	8,5		
41 Soziales / Kinder / Jugend	56,3	55,6	57,0	57,6	57,2		
51 Gesundheit	23,4	22,0	21,3	23,8	23,4		
68 Umwelt / Bau / Verkehr	50,6	48,9	46,2	46,3	45,5		
71 Wirtschaft	7,1	7,3	5,6	6,0	5,9		
81 Häfen	7,7	7,8	6,8	6,9	6,7		
91 Finanzen / Personal	73,3	73,5	69,6	72,9	67,5		
92 Allgemeine Finanzen	382,6	404,6	430,8	451,2	480,5		
93 Zentrale Finanzen		0,3					

Senatorin für Finanzen; Referat 20

Stand: 12. August 2013

Unter Einbeziehung der Stadt Bremerhaven ergeben sich für den **Stadtstaat Bremen** die in **Tabelle 12** abgebildeten Ist- und Planwerte.

Tab. 12: Innerbremische Zuordnung der Personalausgaben
in Mio. €

	Ist 2011	Ist 2012	Anschl. 2013	Entwurf		Planwerte	
				2014	2015	2016	2017
Land Bremen	568,9	580,4	578,4	594,5	600,7		
Stadt Bremen	592,3	602,3	614,3	628,9	638,3		
Bremerhaven	236,0	241,5	244,6	257,0	261,4	263,2	265,0
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)				+ 5,1	+ 1,7	+ 0,7	+ 0,7
=> Land und Stadt Bremen	1161,2	1182,7	1192,7	1223,4	1239,0	1251,4	1263,9
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)				+ 2,6	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,0
=> Stadtstaat Bremen	1397,2	1424,2	1437,3	1480,4	1500,4	1514,6	1529,0
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+ 1,9	+ 1,9	+ 0,9	+ 3,0	+ 1,4	+ 0,9	+ 0,9

Stand: 12. August 2013

Differenziert nach Gruppierungen stellt sich die Entwicklung der Personalausgaben in den bremischen Haushalten – zunächst begrenzt auf den Planungszeitraum bis 2015 – wie in **Tabelle 13** abgebildet dar. Im Haushaltsjahr 2012 entfielen demnach etwa zwei Drittel der bremischen Personalkosten auf **Aktivenbezüge**, knapp 29 % auf **Versorgungsbezüge**.

Tab. 13: Personalausgaben nach Ausgabebereichen
Land und Stadtgemeinde Bremen; in Mio. €

	Ist			Anschl.	Entwurf	
	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Land und Stadtgemeinde Bremen	1139,8	1161,2	1182,7	1192,7	1223,4	1239,0
Dienstbezüge	740,7	755,4	759,5	734,6	744,8	729,4
Versorgungsbezüge	338,7	342,0	355,9	365,8	373,7	379,3
Beihilfen, Unterstützungen	51,1	53,1	55,8	59,1	61,5	63,8
Sonstige Personalausgaben 1)	9,4	10,7	11,4	33,2	43,3	66,6
Bremerhaven	231,6	236,0	241,5	244,6	257,0	261,4
Dienstbezüge	171,7	174,5	178,1	178,4	185,4	185,0
Versorgungsbezüge	50,0	51,0	52,9	55,1	58,8	62,1
Beihilfen, Unterstützungen	9,4	10,0	10,0	10,1	10,3	10,6
Sonstige Personalausgaben	0,5	0,5	0,5	0,9	2,5	3,8
Stadtstaat Bremen	1371,5	1397,2	1424,2	1437,3	1480,4	1500,4
Dienstbezüge	912,4	929,9	937,6	913,0	930,2	914,4
Versorgungsbezüge	388,7	393,0	408,8	420,9	432,5	441,4
Beihilfen, Unterstützungen	60,5	63,2	65,8	69,2	71,8	74,3
Sonstige Personalausgaben 1)	9,9	11,2	12,0	34,2	45,8	70,4

1) Ab 2013: Einschließlich zunächst global gebuchter Beträge für Kernbereich und Ausbildung

Stand: 12. August 2013

4.2. Zinsausgaben

Die Zinsausgaben berechnen sich für den Finanzplanungszeitraum 2013/2017 aus den bereits eingegangenen vertraglichen Zinsverpflichtungen aus Krediten und Zinssicherungsgeschäften sowie aus den erwarteten Zahlungsverpflichtungen für die noch einzugehenden Kreditaufnahmen aus Neuverschuldung sowie Refinanzierungen / Prolongationen. Der durchschnittliche **Kalkulationszins bis 2017** beträgt **3,4 %** (Vorjahr: 3,6 %).

Die Auswirkungen der Finanzmarkt- bzw. Schuldenkrise sind nach wie vor an den Geld- und Kapitalmärkten zu beobachten, so dass auch in den nächsten Jahren nicht mit stark steigenden Zinsen zu rechnen ist. Im ersten Halbjahr 2013 hatte die EZB wiederholt betont, an der Niedrigzinspolitik noch geraume Zeit festzuhalten. Voraussetzung seitens der EZB ist es aber auch, dass die Inflationsrate niedrig bleibt und die EU-Staaten an ihrer Haushalts- und Schuldenkonsolidierung festhalten. Die Vorzeichen hierfür stehen gut. So einigten sich die EU-Länder auf das Europäische Semester, einer Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts mit einer Zurückführung der Verschuldung und darüber hinaus stimmten viele Länder dem sog. Fiskalpakt zu, der nur noch ein strukturelles Finanzierungsdefizit von 0,5 % des BIP in Zukunft zulässt.

Mittelfristig rechnet die Senatorin für Finanzen daher weiter mit sehr niedrigen Zinsen. Aus diesem Grund ist es geplant, den variabel verzinslichen Anteil zu erhöhen, um an den Zinsdifferenzen zwischen Geld- und Kapitalmarkt stärker zu partizipieren.

Der variable Anteil beträgt aktuell 10 %. Bis zum Ende des Jahres 2013 ist gemäß der in den zuständigen Gremien vorgestellten Zinsstrategie der Senatorin für Finanzen – je nach weiterer Marktentwicklung - ein Anteil von bis zu 30% vorgesehen.

Insgesamt ergeben sich damit für den Finanzplan-Zeitraum die in **Tabelle 14** dargestellten Zinsausgaben des Landes und der Stadt Bremen. Bestandteil der aufzuwendenden Zinszahlungen sind Ausgaben, die – im Wesentlichen im Zusammenhang mit der Abdeckung von Vorfinanzierungen – den **Eckwerten** einzelner Produktpläne **zugeordnet** und deren Beträge in Tabelle 14 ebenfalls ausgewiesen sind.

Tab. 14: Zinsausgaben
Land und Stadtgemeinde Bremen; in Mio. €

	Ist	Ist	Anschl.	Entwurf		Planwerte	
	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Finanzplan 2011 / 2016 (Feb. 2012)	574,7	622,7	644,4	646,7	680,8	690,8	
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	- 10,4	+ 8,4	+ 3,5	+ 0,4	+ 5,3	+ 1,5	
= Sanierungsplanung (Sep. 2012)	574,7	622,7	644,4	646,7	680,8	690,8	
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	- 10,4	+ 8,4	+ 3,5	+ 0,4	+ 5,3	+ 1,5	
+ Veränderungen im Aufstellungsverfahren 2014/2015:				-27,7	-52,8	-53,8	
+ Veränderungen im Vollzug		-26,3					
= Finanzplan 2012 / 2017 (Aug. 2013)	574,7	596,4	644,4	619,0	628,0	637,0	646,0
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	- 10,4	+ 3,8	+ 8,0	- 3,9	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,4
darunter Eckwert-relevante Zinsausgaben	23,2	37,5	34,8	33,1	31,3		
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	- 19,3	+ 61,3	- 7,2	- 4,7	- 5,6		
01 Bürgerschaft		0,087	0,077	0,067	0,057		
07 Inneres	0,010	0,046	0,128	0,097	0,072		
11 Justiz / Verfassung	0,006	0,005	0,005	0,004	0,003		
12 Sport		0,030	0,032	0,029	0,026		
21 Bildung		0,969	0,949	0,837	0,742		
22 Kultur		0,033	0,030	0,026	0,022		
24 Hochschulen / Forschung		3,847	1,781	1,518	1,245		
51 Gesundheit		0,181	0,225	0,157	0,145		
68 Umwelt / Bau / Verkehr	0,373	1,276	2,057	2,374	2,319		
71 Wirtschaft	1,840	1,614	1,663	1,315	0,705		
81 Häfen	20,995	29,336	27,771	26,670	25,915		
92 Allgemeine Finanzen		0,038	0,038	0,038	0,038		

Stand: 24. Juli 2013

Insgesamt und nach Gebietskörperschaften werden für den Stadtstaat Bremen damit im Finanzplan-Zeitraum aus aktueller Sicht die in der nachfolgenden Übersicht abgebildeten **Zinsausgabe-Entwicklungen** erwartet.

Tab. 15: Innerbremische Zuordnung der Zinsausgaben
in Mio. €

	Ist	Ist	Anschl.	Entwurf		Planwerte	
	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Land Bremen	334,4	338,6	372,6	358,5	373,4		
Stadt Bremen	240,3	257,8	271,8	260,5	254,6		
Bremerhaven	54,8	54,0	57,5	58,3	58,5	58,5	58,2
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)						- 0,0	- 0,4
=> Land und Stadt Bremen	574,7	596,4	644,4	619,0	628,0	637,0	646,0
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)						+ 1,4	+ 1,4
=> Stadtstaat Bremen	629,5	650,4	701,9	677,3	686,5	695,5	704,2
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	- 8,8	+ 3,3	+ 7,9	- 3,5	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,3

Stand: 15. Juli 2013

4.3. Sonstige konsumtive Ausgaben

Unter dem Begriff „Sonstige konsumtive Ausgaben“ sind die laufenden Aufwendungen zusammengefasst, die nicht den Personal- und Zinsausgaben zugerechnet werden. In den Haushalten des Stadtstaates entfallen – mit kontinuierlich steigender Tendenz - derzeit bereits knapp **53 % der Primärausgaben** auf diese Ausgabenkategorie, der vor allem

- Sozialleistungsausgaben,
- Zuweisungen an öffentliche Einrichtungen, Sondervermögen und Unternehmen,
- Sächliche Verwaltungsausgaben sowie
- Unterstützungszahlungen (BAföG, Wohngeld etc.) und Zuwendungen an soziale Einrichtungen zugeordnet sind.

Die betragsmäßig größte Kategorie der sonstigen laufenden Ausgaben bilden die **Sozialleistungen**, deren Anteil an den sonstigen konsumtiven Ausgaben am Ende des Finanzplan-Zeitraumes nach aktueller Einschätzung von 38,0 % (2010) auf 40,4 % gestiegen sein wird. Die Begrenzung des jährlichen Ausgabenanstiegs der Sozialleistungen auf eine mit 1,7 % angenommene Preissteigerungsrate stellt eine zentrale, in der Umsetzung allerdings mit erheblichen Risiken behaftete Zielsetzung für die vorgesehenen Eigenbeiträge des Landes zur Haushaltssanierung dar.

Tab. 16: Sozialleistungsausgaben
Land und Stadtgemeinde Bremen; in Mio. €

	Ist 2011	Ist 2012	Anschl. 2013	Entwurf		Planwerte	
	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Finanzplan 2011 / 2016 (Feb. 2012)	692,4	691,4	703,1	715,1	727,2	739,6	
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+ 3,9	- 0,2	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	
Veränderungen im Aufstellungsverfahren 2012/2013:		30,2	31,5				
+ Zuordnung der Bundesmittel für Bildung und Teilhabe		15,2	16,3				
+ Zuordnung der Mittelerrhöhung für Grundsicherung		14,7	15,0				
+ Sonstige Veränderungen		0,4	0,2				
= Sanierungsplanung (Sep. 2012)	692,4	721,6	734,6	747,1	759,8	772,8	785,9
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+ 3,9	+ 4,2	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7
Veränderungen im Aufstellungsverfahren 2014/2015:				25,0	29,3		
+ Risikovorsorge				10,0	10,0		
+ Mittelerrhöhung für Grundsicherung aufgrund v. Fallzahlerhöhungen				6,9	11,3		
+ Anteil Bremerhavens an erhöhter Grundsicherung				9,4	9,4		
+ Wegfall der Finanzierung für Schulsozialarbeiter				-2,4	-2,5		
+ Fortführung Stadtticket				0,8	0,8		
+ Sonstige Veränderungen				0,4	0,3		
+ Veränderungen im Vollzug		-0,5					
= Finanzplan 2012 / 2017 (Aug. 2013)	692,4	721,1	734,6	772,1	789,2	802,6	816,2
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+ 3,9	+ 4,1	+ 1,9	+ 5,1	+ 2,2	+ 1,7	+ 1,7

Stand: 22. August 2013

Bei vollständiger Herausrechnung der für Maßnahmen zur „Bildung und Teilhabe“ zusätzlich vereinnahmten Bundesmittel auf der Ausgabenseite der Haushalte halten die tatsächlichen Veränderungsdaten mit rd. 2,0 % (Ist 2012) und 1,7 % (Anschlag 2013) diese Vorgabe annähernd ein. Für die Haushaltsjahre 2014 und 2015 erfordern die absehbaren, in einigen Bereichen überproportional steigenden Bedarfe allerdings eine Aufstockung des Mittelrahmens. Zum einen wurden in Höhe von 10 Mio. € p. a. Mehr-

einnahmen aus den erhöhten Bundeszahlungen für die **Grundsicherung** für die Bildung einer gesonderten Risikovorsorge „Sozialleistungsausgaben“ eingesetzt, zum anderen die aufgrund der prognostizierten Fallzahlsteigerung erwarteten zusätzlichen Einnahmen für die Grundsicherung ebenfalls mit 6,9 Mio. € (2014) und 11,3 Mio. € (2015) auf der Ausgabenseite veranschlagt. Auch nach Bereinigung um die steigenden innerbremischen Erstattungen (Anteil Bremerhavens an der erhöhten Grundsicherung; 9,4 Mio. €) übersteigt die Zuwachsrate der Sozialleistungsausgaben somit im Ergebnis den Richtwert von 1,7 % vor allem im ersten Jahr der Haushaltsaufstellung deutlich (vgl. **Tabelle 16**).

Tab. 17: Innerbremische Zuordnung der Sozialleistungsausgaben
in Mio. €

	Ist 2011	Ist 2012	Anschl. 2013	Entwurf		Planwerte	
	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Land Bremen	297,1	332,0	337,0	386,2	396,3		
- an die Stadt Bremen	211,8	238,6	246,0	280,2	288,8		
- an Bremerhaven	65,3	69,4	70,2	77,1	78,2	79,0	79,8
Stadt Bremen	607,9	628,9	644,8	667,0	682,4		
- an das Land Bremen	0,7	1,2	1,1	1,2	1,2		
Bremerhaven	142,9	147,6	150,8	150,7	153,1	155,7	158,3
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)						+ 1,7	+ 1,7
=> Land und Stadt Bremen	692,4	721,1	734,6	771,8	788,8	802,3	815,9
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)						+ 1,7	+ 1,7
=> Stadtstaat Bremen	770,0	799,3	815,2	845,3	863,8	878,9	894,3
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+ 3,0	+ 3,8	+ 2,0	+ 3,7	+ 2,2	+ 1,8	+ 1,8

Stand: 12. August 2013

In **Tabelle 17** sind die differenzierten und konsolidierten Beträge der Sozialleistungsausgaben für die einzelnen Gebietskörperschaften des Stadtstaates ausgewiesen. In der **Stadt Bremerhaven** entfielen im Jahr 2012 **24,4 %** der Gesamtausgaben auf Sozialleistungen, in der **Stadt Bremen** sogar **26,4 %**.

Auch bei den **übrigen konsumtiven Ausgaben** sind in den Anfangsjahren der mittelfristigen Planungsperiode **Besonderheiten** zu berücksichtigen, die ein vorübergehendes Abweichen von der Zielsetzung erfordern, die Summe der aus dem Kernhaushalt geleisteten Personalkostenerstattungen und die übrigen, nicht durch gesetzliche oder sonstige Vorgaben verpflichteten konsumtiven Ausgaben dauerhaft konstant zu halten:

- Aufgrund **unvermeidbarer Mehrausgaben** in gesetzlich verpflichteten bzw. aus inhaltlichen Erfordernissen heraus nicht zu beschränkenden Ausgabenkategorien ist die Bereitstellung zusätzlicher Mittel erforderlich, mit denen eine Kompensation dieser Bedarfe durch unrealistische, im Vollzug nicht umzusetzende Einschnitte bei den übrigen Ausgabepositionen verhindert wird. Zu den unabweisbaren Mehrausgaben zählen dabei insbesondere
 - Aufwendungen für das **KTH-Ausbauprogramm**,
 - Strukturhilfen und Personalkostenerstattungen für die **Stadt Bremerhaven**,

- von den Ministerpräsidenten der Länder verabredete Mittelaufstockungen für die **überregionale Forschungsförderung** und
- Verstärkungen im Bereich der **IT-Verfahren**.

Trotz der Aufstockungsbeträge von rd. **57 Mio. €** (2014) und gut **60 Mio. €** (2015 ff.) muss bei allen **übrigen konsumtiven Ausgaben** eine Kürzung um **- 1,5 % p. a.** erfolgen.

- Durch teilweise Nutzung der durch eigene steuergesetzliche Beschlüsse (Grund-erwerbsteuer-Erhöhung; Gewerbesteuer-Hebesatz) gewonnenen Spielräume werden mit **3 Mio. €** (2014) bzw. **5 Mio. €** (2015 ff.) zusätzliche Ausgabenschwerpunkte im Bereich der **Kinderförderung** gesetzt.
- Für im Aufstellungsverfahren absehbare, aber noch nicht konkret bezifferbare **Risiken im Vollzug** der Haushalte werden Mittel in Höhe von **5,6 Mio. € p. a.** eingestellt.
- Mehreinnahmen des Landes aus der Erhöhung des Mittelrahmens für den **Hochschulpakt** durchlaufen als konsumtive Mehrausgaben die Haushalte im Planungszeitraum **saldenneutral**.

Die **Herleitung der Finanzplanwerte** der sonstigen konsumtiven Ausgaben und deren Zuordnung auf die **Ressorteckwerte** in den Haushaltsjahren 2014 / 2015 sind in **Tabelle 18** zusammengefasst. Dabei ist Folgendes zu beachten:

- Die ausgewiesenen Eckwerte der Produktpläne umfassen nicht die – am Ende der Tabelle als Gesamtbeträge dargestellte - **Schuldentilgung** des Landes **an den öffentlichen Bereich** (Bundes- und Gemeindedarlehen), die nahezu vollständig im Produktplan des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr zugeordnet ist und bei der Berechnung des strukturellen Defizits als **finanzielle Transaktion** unberücksichtigt bleibt.
- Mit einem Mittelvolumen von 30 Mio. € (2012) und 20 Mio. € (2013) wurde bei der Aufstellung der Haushalte 2012 / 2013 ein **Sonderprogramm zur (Vor-) Finanzierung struktureller Entlastungen** („UVI“) aufgelegt. Die konsumtiven Anteile dieses Programms in Höhe von 5,4 Mio. € (2012) bzw. 5,1 Mio. € (2013) sind dem Produktplan 93 (Zentrale Finanzen) zugeordnet.
- Die vom Bund geleisteten Konsolidierungshilfen und deren anteilige Weiterleitung an den Haushalt der Stadt Bremerhaven werden zwar innerhalb der Haushalte gebucht, dürfen jedoch nicht in die Gesamtbilanz der Haushalte im Hinblick auf die einzuhaltenden Sanierungsschritte des Stadtstaates einfließen. Die in Tabelle 18 ausgewiesenen sonstigen konsumtiven Ausgaben des Landes und der Stadtgemeinde Bremen enthalten daher auch nicht die Zahlungen der **Konsolidierungshilfenanteile an Bremerhaven**.

Tab. 18: Sonstige konsumtive Ausgaben (ohne Sozialleistungsausgaben)

Land und Stadtgemeinde Bremen; in Mio. €

	Ist 2011	Ist 2012	Anschl. 2013	Entwurf 2014	Entwurf 2015	Planwerte 2016	Planwerte 2017
Finanzplan 2011 / 2016 (Feb. 2012)	1393,1	1398,3	1406,4	1403,7	1407,8	1412,3	
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+ 2,6	+ 0,4	+ 0,6	- 0,2	+ 0,3	+ 1,7	
Veränderungen im Aufstellungsverfahren 2012/2013:		17,8	26,2				
+ Zuordn. d. Mittel für Bildung u. Teilhabe zu Sozialleistungen		-15,2	-16,3				
+ Zuführungen an das SV Hafen (aus Investitionen)		29,0	28,1				
+ Mehrausgaben Wissenschaft (u. a. Hochschulpakt 2020)		1,3	7,1				
+ Globale Mehrausgaben für Personalkostenzuschüsse		3,9	7,8				
+ Sonstige Veränderungen		-1,3	-0,5				
= Sanierungsplanung (Sep. 2012)	1393,1	1416,0	1432,6	1419,9	1428,0	1434,1	1444,8
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+ 2,6	+ 1,6	+ 1,2	- 0,9	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,7
Veränderungen im Aufstellungsverfahren 2014/2015:				69,5	75,0	75,0	75,0
+ Schwerpunktbereich "Kinderbetreuung"				3,0	5,0	5,0	5,0
+ Mehrausgaben zur Minderung der Abbaurate				27,0	27,0	27,0	27,0
+ Reduz. der Abbauverpfl. der restl. Ausg. auf - 1,5 % p. a.				30,1	33,5	33,5	33,5
+ Risikovorsorge (für sonstige Bereiche)				5,6	5,6	5,6	5,6
+ Mehrausgaben Wissenschaft (Mehreinnahmen Hochschulpakt)				13,1	10,9	10,9	10,9
+ Umbuchung BAföG-Anteile Wissenschaft (zu investiven Ausgaben)				-3,0	-3,0	-3,0	-3,0
+ Minderausgaben Arbeit (EU-Mindereinnahmen)				-8,1	-8,7	-8,7	-8,7
+ Sonstige Veränderungen				1,9	4,7	4,7	4,7
+ Veränderungen im Vollzug		39,6					
= Finanzplan 2012 / 2017 (Aug. 2013) 1)	1393,1	1455,6	1437,7	1489,4	1503,0	1509,2	1519,8
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+ 2,6	+ 4,5	- 1,2	+ 3,6	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,7
+ Sozialleistungsausgaben	692,4	721,1	734,6	772,1	789,2	802,6	816,2
= Zusammen	2085,6	2176,7	2172,4	2261,5	2292,2	2311,7	2336,0
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+ 3,0	+ 4,4	- 0,2	+ 4,1	+ 1,4	+ 0,9	+ 1,1
einschließlich Sozialleistungsausgaben:							
01 Bürgerschaft	7,5	7,5	7,8	7,7	7,6	7,5	7,4
02 Rechnungshof	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
03 Senat / Senatskanzlei / Kirchl. Ang.	5,2	4,9	4,5	4,5	4,6	4,5	4,5
05 Bundes-/Europaangelegenheiten	1,7	2,7	2,7	2,8	2,8	2,7	2,7
06 Datenschutz / Informationsfreiheit	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
07 Inneres	78,3	72,5	67,3	68,6	69,2	68,1	67,1
08 Gleichberechtigung der Frau	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
09 Staatsgerichtshof	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
11 Justiz / Verfassung	44,2	44,9	42,1	45,0	45,2	44,5	43,8
12 Sport	11,7	13,5	10,7	11,6	11,9	11,7	11,5
21 Bildung	264,8	258,1	253,3	255,8	258,7	254,9	251,0
22 Kultur	71,3	72,2	70,8	70,9	70,4	69,4	68,3
24 Hochschulen / Forschung	308,6	316,3	294,0	314,2	313,4	308,7	304,0
31 Arbeit	33,0	29,5	33,7	26,6	25,8	25,4	25,0
41 Soziales / Kinder / Jugend	847,4	882,6	895,5	950,7	969,7	980,4	991,4
51 Gesundheit	14,2	13,8	13,2	13,5	13,4	13,2	13,0
68 Umwelt / Bau / Verkehr	117,9	109,1	151,6	150,8	149,1	146,8	144,6
71 Wirtschaft	30,1	29,0	30,4	28,6	28,2	27,8	27,4
81 Häfen	4,0	31,9	31,4	31,1	30,7	30,2	29,7
91 Finanzen / Personal	20,4	21,0	15,7	15,9	15,7	15,5	15,2
92 Allgemeine Finanzen	84,4	110,8	78,3	79,9	85,5	84,2	82,9
93 Zentrale Finanzen	113,6	122,6	133,8	139,1	145,8	143,6	141,5
96 IT-Ausgaben der FHB	25,5	26,5	30,0	38,5	39,1	38,6	38,0
Differenz zum Rahmen						28,6	61,3
+ Tilgungen an öffentlichen Bereich (Ogr. 58)	1,2	7,0	5,0	4,9	4,9	4,9	4,9

Stand: 22. August 2013

1) Ohne Anteil Bremerhavens an Konsolidierungshilfen (31,109 Mio. Euro); einschließlich Tilgungen an öffentlichen Bereich (Ogr. 58)

Die in Tabelle 18 ausgewiesenen ressortbezogenen **Werte** für die Jahre **2016 und 2017** stellen ein aus heutiger Sicht realistisches Szenario für die Entwicklung der konsumtiven Budgets auf Ressortebene dar. Sie basieren auf der Annahme, dass in den Jahren 2016 und 2017 – zur Sicherung von Vorabdotierungen bzw. Schwerpunktsetzungen und zur Einhaltung des Sanierungspfades insgesamt - ein Rückgang der sonstigen konsumtiven Ausgaben (ohne Sozialleistungen) um 1,5 % pro Jahr erforderlich sein wird. Ausgabenminderungen in dieser Größenordnung entsprechen der für die Jahre 2014 / 2015 nach Abzug der Vorabdotierungen zugrunde gelegten Veränderungsrate.

Die sich dabei ergebenden rechnerischen Differenzen zur globalen Fortschreibung der sonstigen konsumtiven Ausgaben im Rahmen der Finanzplanung, die ggf. auch zur Fi-

finanzierung von Vorabdotierungen und Schwerpunktsetzungen genutzt werden können, betragen knapp 30 Mio. € für 2016 und gut 60 Mio. € für 2017. Da Ausweitungen des Rahmens zu vermeiden sind und ein Ausblick auf die Folgejahre des Konsolidierungszeitraumes erwarten lässt, dass schon in den Haushalten 2016 / 2017 zusätzliche Reduktionen gegenüber dem hier vorgelegten Rahmen notwendig sein könnten, sollten die produktplan-bezogenen Werte dieser Projektion als realistische Ausgangsgrößen betrachtet werden. Nach aktueller Einschätzung ist nicht auszuschließen, dass bei der Aufstellung der Haushalte 2016 / 2017 eine weitere Unterschreitung dieser Ausgangswerte erforderlich sein wird.

Tab. 19: Innerbremische Zuordnung der Sonstigen konsumtiven Ausgaben
ohne Sozialleistungsausgaben und Konsolidierungshilfen; in Mio. €

	Ist	Ist	Anschl.	Entwurf		Planwerte	
	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Land Bremen	1585,3	1620,7	1604,0	1708,8	1751,0		
- an die Stadt Bremen	727,2	746,1	755,0	816,5	847,9		
- an Bremerhaven	248,6	251,8	256,7	273,8	283,9	291,6	296,2
Stadt Bremen	614,0	657,7	664,5	671,2	674,0		
- an das Land Bremen	79,0	76,7	75,8	73,8	73,8		
- an Bremerhaven	0,0	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1
Bremerhaven	97,2	99,0	89,2	102,4	103,4	100,8	100,9
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)						- 2,5	+ 0,0
- an das Land Bremen	3,2	3,4	2,9	3,4	3,4	3,4	3,3
- an die Stadt Bremen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
=> Land und Stadt Bremen	1393,1	1455,6	1437,7	1489,7	1503,4	1509,5	1520,1
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)						+ 0,4	+ 0,7
=> Stadtstaat Bremen	1238,5	1299,4	1267,3	1314,8	1319,4	1315,2	1321,5
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+ 1,7	+ 4,9	- 2,5	+ 3,7	+ 0,4	- 0,3	+ 0,5

Stand: 12. August 2013

In **Tabelle 19** sind die Eckdaten des Landes und der Stadtgemeinde Bremen (ohne Sozialleistungsausgaben) mit den entsprechenden Planwerten der Stadt Bremerhaven zum **Stadtstaat-Ergebnis** zusammengefasst.

Dass die Ist- und Planwerte des Stadtstaates geringer als die Werte des Landes und der Stadtgemeinde Bremen ausfallen, ist auf die **hohen Bereinigungsbeträge** zwischen den Einzelhaushalten zurückzuführen, die **Personalkostenerstattungen** des Landes an Bremerhaven als konsumtive Ausgaben berücksichtigen, die in Bremerhaven als Personalausgaben haushaltswirksam werden.

Zu beachten ist, dass die Mittelfrist-Planung für den **Haushalt der Stadt Bremerhaven** in den Jahren 2014 bis 2017 noch **Globale Minderausgaben** aufweist, die im Zuge des weiteren Haushaltsaufstellungsverfahrens aufzulösen sind (vgl. 5.2.). Obwohl die konkrete Auflösung dabei auch über andere Einnahme- und Ausgabepositionen erfolgen kann, ist davon auszugehen, dass die zu realisierenden Haushaltsverbesserungen vorrangig bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben erfolgen werden.

4.4. Investitionsausgaben

Die Entwicklung und das Niveau der Investitionsausgaben in den bremischen Haushalten wurden und werden durch verschiedene Einflussfaktoren in erheblichem Umfang verzerrt. Zu den **Besonderheiten** am aktuellen Rand zählen dabei vor allem

- der deutliche Rückgang des Investitionsniveaus 2012 aufgrund des ausgelaufenen **Konjunkturprogramms II**,
- die am Verwendungszweck entsprechender **Zuschüsse an das Sondervermögen „Hafen“** orientierte Verlagerung investiver Anschläge zu konsumtiven Ausgabenpositionen im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2012 / 2013,
- die ab 2014 entfallende Zuordnung investiver Anteile des für die Jahre 2012 und 2013 aufgelegten Sonderprogramms zur (Vor-) **Finanzierung struktureller Entlastungen („UVI“)**,

Tab. 20: Investitionsausgaben
Land und Stadtgemeinde Bremen; in Mio. €

	Ist	Ist	Anschl.	Entwurf		Planwerte	
	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Finanzplan 2011 / 2016 (Feb. 2012)	485,0	460,3	467,9	468,9	443,7	428,2	
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	-20,4	-5,1	+1,7	+0,2	-5,4	-3,5	
Veränderungen im Aufstellungsverfahren 2012/2013:		-4,9	-14,2				
+ Zuführungen an das SV Hafen (zu Sonst. kons. Ausgaben)		-29,0	-28,1				
+ (Vor-) Finanzierung struktureller Entlastungen (Land)		12,5	9,6				
+ (Vor-) Finanzierung struktureller Entlastungen (Stadt)		11,3	5,1				
+ Sonstige Veränderungen		0,3	-0,7				
= Sanierungsplanung (Sep. 2012)	485,0	455,4	453,7	421,9	418,2	416,3	409,9
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	-20,4	-6,1	-0,4	-7,0	-0,9	-0,4	-1,6
Veränderungen im Aufstellungsverfahren 2014/2015:				25,6	24,7	24,7	24,7
+ Mit-Finanzierung OTB (aus Erlösen; saldenneutral)				10,0	10,0	10,0	10,0
+ Bruttostellung BAföG-Darlehen (saldenneutral)				13,2	13,2	13,2	13,2
+ Umbuchung BAföG-Anteile Wissenschaft (von konsumtiven Ausgaben)				3,0	3,0	3,0	3,0
+ Sonstige Veränderungen				-0,6	-1,6	-1,6	-1,6
+ Veränderungen im Vollzug		11,6					
= Finanzplan 2012 / 2017 (Aug. 2013)	485,0	467,0	453,7	447,5	442,8	441,0	434,5
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	-20,4	-3,7	-2,9	-1,4	-1,0	-0,4	-1,5
01 Bürgerschaft	0,3	0,7	0,4	0,4	0,4		
02 Rechnungshof		0,0	0,0	0,0	0,1		
03 Senat / Senatskanzlei / Kirchl. Ang.	2,2	2,8	2,7	2,6	2,6		
05 Bundes-/Europaangelegenheiten	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1		
06 Datenschutz / Informationsfreiheit	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0		
07 Inneres	7,6	8,5	5,6	6,9	6,3		
08 Gleichberechtigung der Frau	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0		
11 Justiz / Verfassung	5,5	10,2	7,3	7,4	7,3		
12 Sport	3,2	3,1	2,6	6,1	6,2		
21 Bildung	23,7	24,3	28,0	23,6	22,7		
22 Kultur	7,9	5,8	9,2	8,7	8,8		
24 Hochschulen / Forschung	41,3	37,5	42,8	60,7	60,7		
31 Arbeit	0,8	1,2	1,0	1,9	1,6		
41 Soziales / Kinder / Jugend	8,1	13,6	14,9	9,2	8,7		
51 Gesundheit	27,1	27,0	27,1	36,9	36,9		
68 Umwelt / Bau / Verkehr	100,7	103,2	106,4	91,5	91,7		
71 Wirtschaft	95,9	90,2	85,4	73,2	69,0		
81 Häfen	86,6	69,4	78,4	82,0	80,8		
91 Finanzen / Personal	0,7	0,7	0,5	0,5	0,5		
92 Allgemeine Finanzen	51,0	38,2	25,8	28,3	28,5		
93 Zentrale Finanzen	15,5	25,5	10,9	-2,3	0,8		
96 IT-Ausgaben der FHB	7,1	5,1	4,6	9,9	9,2		
dar. Tilgungen an Sondervermögen	58,2	74,5	62,1	53,3	45,9	44,4	42,6
=> Investitionen ohne Tilgungen	426,8	392,6	391,6	394,2	396,9	396,5	391,9
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	-21,2	-8,0	-0,2	+0,6	+0,7	-0,1	-1,2

Senatorin für Finanzen, Referat 20

Fortschreibung
zur
Haushaltsaufstellung
2016 / 2017

Stand: 12. August 2013

- die bei der Aufstellung der Haushalte 2014 / 2015 erstmals zu berücksichtigenden, aufgrund korrespondierender Mehreinnahmen für die Haushalte **saldenneutralen Mehrausgaben** aus der Bruttoausweisung von BAföG-Darlehen und der (Mit-) Finanzierung des Offshore Terminals Bremerhaven (OTB) aus Erlösen sowie
- die anhaltende Ausweisung von **Tilgungsbeträgen** für abgeschlossene – außerhaushaltsmäßig finanzierte – Investitionsvorhaben innerhalb der investiven Eckwerte.

In dieser Zuordnung und Abgrenzung ergeben sich für die Investitionsausgaben des Landes und der Stadt Bremen in den Jahren des aktuell aufzustellenden Doppelhaushaltes Anschlagwerte von knapp 448 Mio. € (2014) bzw. 443 Mio. € (2015), die für die Restjahre des Finanzplan-Zeitraumes mit der Zielsetzung fortgeschrieben wurden, das nach Abzug der hier eingerechneten Tilgungsbeträge für **laufende Vorhaben** zur Verfügung stehende Mittelvolumen annähernd **konstant** zu halten.

Tabelle 20 stellt die beschriebenen Zusammenhänge zusammenfassend dar und dokumentiert eine weitgehende (nominale) **Konstanz** des ohne Tilgungen an Sondervermögen bestehenden investiven Mittelrahmens im Zeitraum **2012 / 2017** bei etwa **395 Mio. € p. a.**

Im Rahmen der Eckwert-Vorbereitungen für die Haushalte 2014 / 2015 wurde vorgeesehen, Ausgaben für **kleine Unterhaltungs- und Beschaffungsmaßnahmen** mit Vorrang zu finanzieren und orientiert am bestehenden bzw. absehbaren Bedarf **Investitionsschwerpunkte** zu setzen. Gesondert berücksichtigt wurden dabei insbesondere Mittelbedarfe für die Sanierung von **Bädern** und **Hochschuleinrichtungen**, Aus- und Umbaumaßnahmen bei den **Krankenhäusern** und im **Justizbereich** sowie (energetische) **Sanierungsmaßnahmen** an öffentlichen Gebäuden und für die Errichtung des **Offshore-Terminals Bremerhaven**. Mit diesen Schwerpunktsetzungen wurden die in Tabelle 20 ausgewiesenen **Eckwerte** der Produktpläne gebildet.

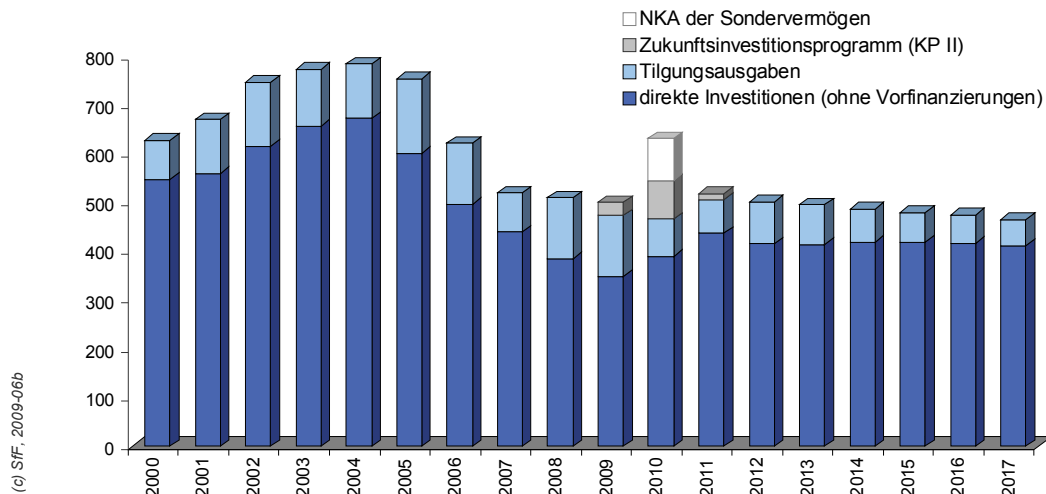
Tab. 21: Innerbremische Zuordnung der Investitionsausgaben
in Mio. €

	Ist 2011	Ist 2012	Anschl. 2013	Entwurf 2014	Entwurf 2015	Planwerte 2016	Planwerte 2017
Land Bremen	284,3	337,9	327,8	310,3	303,9		
- an die Stadt Bremen	54,0	91,7	82,5	48,4	45,5		
- an Bremerhaven	17,3	22,2	15,2	11,6	11,2	11,2	11,2
Stadt Bremen	262,8	233,2	220,9	252,0	202,6		
- an das Land Bremen	8,1	12,4	12,5	66,4	18,2		
- an Bremerhaven	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bremerhaven	54,8	60,7	60,9	55,8	52,8	49,4	45,8
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)						- 6,6	- 7,2
- an das Land Bremen	3,7	3,7	4,7	4,7	4,7	4,7	4,7
- an die Stadt Bremen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
=> Land und Stadt Bremen	485,0	467,0	453,7	447,5	442,8	441,0	434,5
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)						- 0,4	- 1,5
=> Stadtstaat Bremen	518,8	501,8	494,7	486,9	479,8	474,5	464,4
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	- 20,7	- 3,3	- 1,4	- 1,6	- 1,5	- 1,1	- 2,1

Stand: 12. August 2013

In **Tabelle 21** wird aus den Einzelergebnissen der bremischen Haushalte und unter Berücksichtigung der innerbremischen Verrechnungen und Erstattungen die Mittelfrist-Planung der **Investitionsausgaben** für den **Stadtstaat Bremen** entwickelt.

Abb. 14: Investitionsausgaben des Stadtstaates Bremen in Mio. €



* Bis 2010: Finanzierung über NKA der Sondervermögen (2010: Ausweis für Vergleich mit Folgejahren)

Abbildung 14 zeigt Niveau und Struktur der bremischen Investitionsausgaben im längerfristigen **Zeitablauf**. Erkennbar sind,

- der plangemäße Abbau des Ausgabenniveaus nach Auslaufen der **Investitions-sonderprogramme** im Jahr 2004
- die aufstockenden Effekte des **Zukunftsinvestitionsprogramms** (KP II) in den Jahren 2009 bis 2011,
- der relativ deutliche Rückgang der Investitionsausgaben 2011 bei Berücksichtigung der für 2010 nachrichtlich ausgewiesenen (**Vor-**) **Finanzierungen über Sondervermögen** sowie
- die **im weiteren Planungszeitraum** leicht abnehmende Tendenz der investiven Ausgaben, die aufgrund der allmählich abnehmenden Tilgungsanteile bis 2017 allerdings einem relativ konstantem Niveau der in den jeweiligen Haushaltsjahren tatsächlich zur Verfügung stehenden Investitionsausgaben entspricht.

Eine **maßnahmen-bezogene Abbildung der bremischen Investitionsplanungen**, die auch die in den Sondervermögen aus Zuschüssen des Kernhaushaltes finanzierten Investitionsvorhaben darstellt, ist der Finanzplanung als **Anlage** beigelegt.

5. Gesamtrahmen 2012 / 2017

5.1. Land und Stadtgemeinde Bremen

Für die Haushalte des Landes und der Stadtgemeinde Bremen ergeben die vorstehend abgeleiteten und begründeten Einzelentwicklungen auf Einnahme- und Ausgabeseite die in der nachfolgenden Tabelle dokumentierten **Gesamtergebnisse**.

Tab.22: Finanzrahmen 2012 / 2017

Land und Stadt Bremen; in Mio. €

	Ist			Anschlag	Entwurf		Planwerte	
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Kernhaushalt								
Steuerabhängige Einnahmen	2.515	2.941	2.989	3.103	3.222	3.352	3.472	3.593
- Steuereinnahmen 1)	1.942	2.205	2.189	2.314	2.406	2.504	2.595	2.687
- Länderfinanzausgleich (LFA) 2)	370	508	568	546	573	597	619	641
- Bundesergänzungszuweisungen (BEZ)	203	228	232	242	242	250	257	264
Sonstige konsumtive Einnahmen	511	554	597	566	624	630	627	630
- Einnahmen vom Bund	161	211	238	220	277	280		
- Einnahmen von der EU	24	5	3	16	8	8		
- Verwaltungseinnahmen	118	122	123	117	117	119		
- Einnahmen aus wirtschaftl. Tätigkeit	55	67	63	66	76	77		
- Übrige Einnahmen	153	149	169	146	147	147		
Investive Einnahmen	166	114	101	83	95	97	97	98
- Veräußerung von Vermögen / Beteiligungen	0	1	0	0	0	0		
- Übrige Einnahmen	166	113	101	83	95	97		
Bereinigte Einnahmen	3.193	3.610	3.687	3.752	3.941	4.078	4.196	4.320
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		+ 13,1 %	+ 2,1 %	+ 1,7 %	+ 5,0 %	+ 3,5 %	+ 2,9 %	+ 3,0 %
Personalausgaben	1.140	1.161	1.183	1.193	1.223	1.239	1.251	1.264
- Dienstbezüge	741	755	760	735	745	729		
- Versorgungsbezüge	339	342	356	366	374	379		
- Beihilfen, Unterstützungen	51	53	56	59	61	64		
- Übrige Ausgaben 3)	9	11	11	33	43	67		
Zinsausgaben	642	575	596	644	619	628	637	646
- für Kapitaldienstfinanzierungen (eckw.rel.)	29	23	37	35	33	31		
- Übrige Ausgaben	613	551	559	610	586	597		
Sozialleistungsausgaben	666	692	721	735	772	789	802	816
Sonstige konsumtive Ausgaben 4)	1.358	1.393	1.456	1.438	1.490	1.503	1.509	1.520
- Sächliche Verwaltungsausgaben	302	302	306	311	326	322		
- Zusch. f. lfd. Zw. an öffentl. Unternehmen	103	101	99	104	105	105		
- Zusch. f. lfd. Zw. an private Unternehmen	12	14	9	6	6	6		
- Zusch. f. lfd. Zw. an soz. o. ä. Einrichtungen	147	151	165	155	165	166		
- Sonst. Zusch. f. lfd. Zw. im Inland	282	303	316	280	287	289		
- Übrige Ausgaben	511	522	562	582	601	616		
Investitionsausgaben 5)	609	485	467	454	448	443	441	435
- Tilgungsausgaben an Sondervermögen	67	58	74	62	53	46	44	43
- Übrige Ausgaben	542	427	393	392	394	397	397	392
Bereinigte Ausgaben	4.414	4.306	4.423	4.463	4.551	4.602	4.641	4.680
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		- 2,4 %	+ 2,7 %	+ 0,9 %	+ 2,0 %	+ 1,1 %	+ 0,8 %	+ 0,8 %
Primärausgaben	3.773	3.732	3.826	3.819	3.932	3.974	4.004	4.034
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		- 1,1 %	+ 2,5 %	- 0,2 %	+ 3,0 %	+ 1,1 %	+ 0,8 %	+ 0,8 %
Finanzierungssaldo	-1.222	-696	-736	-712	-611	-524	-445	-361
Primärsaldo	-580	-121	-139	-67	8	104	192	285
Konsolidierungshilfen 6)		179	269	269	269	269	269	269
Schuldenstand 7)	16.679	17.234	17.939	18.382	18.723	18.979	19.155	19.247

1) Ab 2014: Einschließlich Effekte der Erhöhung der Grunderwerbsteuer um 0,5 %-Punkte (8,1 Mio. Euro (2014); 8,5 Mio. Euro (2015); 9,0 Mio. Euro (2016); 9,4 Mio. Euro (2017))

2) Ab 2014: Einschließlich erhöhte LFA-Einnahmen nach Zensus-Ergebnissen (+ 16 Mio. Euro p. a.)

3) Ab 2013: Einschließlich zunächst global gebuchter Beträge für Kernbereich und Ausbildung

4) 2010: Hinzurechnung Zahlungen an Versorgungsanstalt (38,2 Mio. Euro) 5) 2010: Einschließlich Nettokreditaufnahme der Sondervermögen (115,318 Mio. Euro)

6) Abzüglich Anteile Bremerhavens 7) Stand Jahresende; einschließlich Sondervermögen, ab 2013: ohne Tilgungen in Sondervermögen

Stand: 14. August 2013

Die wesentlichen Entwicklungen und Aspekte des Finanzplan-Zeitraumes lassen sich vor diesem Hintergrund wie folgt zusammenfassen:

- Mit den vorgesehenen jahresdurchschnittlichen Zuwachsraten der **Gesamteinnahmen (3,22 %)** und der **Gesamtausgaben (1,14 %)** würde sich das **Finanzierungsdefizit** der Haushalte in den fünf Jahren des Planungszeitraumes gegenüber 2012 in etwa **halbieren**. Im Endjahr der Finanzplanung würden das Land und die Stadt Bremen damit noch eine Haushaltslücke von rd. **361 Mio. €** aufweisen.
- Unter Berücksichtigung der Bereinigungsfaktoren ist in der Planungsperiode zwar auch für das **strukturelle Defizit** ein deutlicher Abbau zu verzeichnen (vgl. **Tabelle 23**). Der Abstand zu den Maximalwerten der zulässigen Neuverschuldung verringert sich allerdings gegenüber dem Ist-Ergebnis des Jahres 2012 um rd. 160 Mio. € auf **26 Mio. €**.

Tab.23: Finanzrahmen 2012 / 2017
Land und Stadt Bremen; in Mio. €

Umrechnung auf strukturelles Defizit	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Finanzierungssaldo Kernhaushalt	-1.222	-696	-736	-712	-611	-524	-445	-361
Differenz steuerabhängige Einnahmen 1) (Regionalisierung / brem. Schätzung (nach KFA))				81	-15	-15	-15	-16
Konjunkturbereinigung	107	-196	-67	39	36	26	12	0
Saldo der finanziellen Transaktionen	-6	3	6	5	16	17	17	17
Tilgungseinnahmen BKF		43	85	68	53	50	52	50
Bereinigungen	101	-150	24	193	91	77	66	50
Strukturelles Defizit	-1.121	-846	-711	-518	-520	-447	-380	-310
Zulässiges strukturelles Defizit	-1.121	-1.009	-897	-785	-673	-561	-448	-336
Differenz	0	163	185	266	153	114	69	26

1) Ex post: Bestandteil der Konjunkturbereinigung

Stand: 14. August 2013

Auch im Hinblick auf die Anforderungen der Restjahre des Konsolidierungszeitraumes (vgl. 6.3.) besteht damit bei anstehenden Fortschreibungen der Finanzplanung und den daraus abzuleitenden Einzelhaushalten noch erheblicher **Handlungsbedarf**.

- Die für den Zeitraum 2012 / 2017 geplante Entwicklung der **Primärausgaben** ergibt eine Steigerungsrate von **1,06 % p. a.**, die allerdings auch durch überproportionale Ausgabenzuwächse bei den – für den Stadtstaat insgesamt neutralen – **Zahlungen an die Stadt Bremerhaven** (u. a. Strukturhilfen) geprägt ist. Selbst dieser geringe Anstieg ist nur möglich aufgrund einer deutlichen Zunahme von Ausgaben, die **mit Mehreinnahmen in Verbindung** stehen und damit weitgehend saldenneutralen sind (Grundsicherung, Hochschulbau, OTB-Finanzierung, Bruttostellung BAföG etc.)
- Der **Schuldenstand** des Landes und der Stadtgemeinde steigt gegenüber 2012 bis 2017 **um weitere 1,3 Mrd. € auf gut 19,2 Mrd. €**. Trotz günstiger Kreditmarktkonditionen werden im Endjahr des Planungszeitraumes knapp **14 % der Ausgaben für Zinszahlungen** aufzuwenden sein.

5.2. Bremerhaven

In die unter 5.3. dargestellten Stadtstaaten-Werte sind die nachfolgenden Finanzplan-Ansätze der Stadtgemeinde Bremerhaven eingegangen. Die Planwerte der Seestadt bilden den Berechnungsstand der Haushalte vom Juli 2013, d. h. vor Aufnahme der Beratungen in der Stadtbürgerschaft, ab.

Tab.24: Finanzrahmen 2012 / 2017
Bremerhaven; in Mio. €

	Ist			Anschlag	Entwurf		Planwerte	
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Kernhaushalt								
Steuerabhängige Einnahmen	187	207	214	220	229	236	243	250
- Steuereinnahmen	85	96	99	103	105	109	113	117
- Schlüsselzuweisungen 1)	67	76	79	82	87	91	94	97
- Ergänzungszuweisungen	35	35	35	35	36	36	36	36
Sonstige konsumtive Einnahmen 2)	239	256	260	255	274	282	288	290
- Verwaltungseinnahmen	19	20	22	18	19	19	19	19
- Einnahmen aus wirtschaftl. Tätigkeit	13	15	13	14	13	13	13	13
- Strukturhilfen					7	10	13	13
- Personalkostenerstattungen Polizei	34	34	34	35	35	35	36	36
- Personalkostenerstattungen Lehrkräfte	92	94	93	94	100	103	104	105
- Erstattungen Sozialleistungen Sozialamt	45	47	51	52	60	61	62	63
- Erstattungen Kosten der Unterkunft	9	15	15	15	14	14	14	15
- Sonstige konsumtive Einnahmen vom Land	11	12	13	14	11	12	11	11
- Übrige Einnahmen	16	17	19	14	15	15	15	15
Investive Einnahmen	31	18	25	16	11	12	11	11
- Veräußerung von Vermögen / Beteiligungen	0	0	0	0	0	0	0	0
- Investive Einnahmen vom Land	30	17	22	15	11	11	11	11
- Übrige Einnahmen	1	1	3	0	0	0	0	0
Bereinigte Einnahmen 2)	457	481	499	491	514	529	542	551
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		+ 5,1 %	+ 3,8 %	- 1,6 %	+ 4,7 %	+ 2,9 %	+ 2,3 %	+ 1,8 %
Personalausgaben	232	236	241	245	257	261	263	265
- Dienstbezüge	172	174	178	178	185	185		
- Versorgungsbezüge	50	51	53	55	59	62	63	64
- Beihilfen, Unterstützungen	9	10	10	10	10	11		
- Übrige Ausgaben	1	1	1	1	2	4		
Zinsausgaben	49	55	54	58	58	58	58	58
Sozialleistungsausgaben	139	143	148	151	151	153	156	158
Sonstige konsumtive Ausgaben	100	97	99	89	102	103	101	101
- Sächliche Verwaltungsausgaben	32	30	32	29	30	31	30	30
- Zusch. f. lfd. Zw. an öffentl. Unternehmen	46	43	39	34	45	46	44	44
- Zusch. f. lfd. Zw. an private Unternehmen	0	0	0	0	0	0	0	0
- Zusch. f. lfd. Zw. an soz. o. ä. Einrichtungen	13	13	15	16	17	17	17	17
- Sonst. Zusch. f. lfd. Zw. im Inland	2	4	4	4	4	4	4	4
- Übrige Ausgaben	7	8	9	7	6	6	6	6
Investitionsausgaben 3)	79	55	61	61	56	53	49	46
- Tilgungsausgaben an Sondervermögen		11	13	19	15	15	13	11
- Übrige Ausgaben		43	48	42	41	37	36	35
Globale Minderausgaben					-14	-18	-20	-28
Bereinigte Ausgaben	598	586	603	603	610	611	607	601
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		- 2,0 %	+ 2,9 %	+ 0,1 %	+ 1,1 %	+ 0,2 %	- 0,6 %	- 1,1 %
Primärausgaben	549	531	549	545	551	553	549	542
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		- 3,3 %	+ 3,3 %	- 0,6 %	+ 1,1 %	+ 0,2 %	- 0,7 %	- 1,2 %
Finanzierungssaldo	-140	-105	-104	-112	-95	-82	-65	-49
Primärsaldo	-92	-50	-50	-54	-37	-23	-7	9
Konsolidierungshilfen		21	31	31	31	31	31	31
Schuldenstand 4)	1.201	1.280	1.316	1.396	1.460	1.511	1.545	1.563

1) Ab 2014: Einschließlich Anteile an erhöhten LFA-Einnahmen nach Zensus-Ergebnissen (0,5 Mio. Euro p. a.) und erhöhter Grunderwerbsteuer (0,3 Mio. Euro p. a.)

2) Ohne Konsolidierungshilfen 3) 2010: Einschließlich Nettotilgung der Sondervermögen (6,272 Mio. Euro)

4) Stand Jahresende; einschließlich Sondervermögen, ab 2013: ohne Tilgungen in Sondervermögen

Stand: 30. Juli 2013

Zu beachten ist, dass die Planungen der Stadt Bremerhaven für die Jahre 2014 (14,4 Mio. €), 2015 (18,3 Mio. €), 2016 (20,5 Mio. €) und 2017 (27,7 Mio. €) noch im Zuge der weiteren Haushaltsberatungen 2014 / 2015 aufzulösende **globale Minder-**

ausgaben enthalten, die auch in der Zusammenfassung der Finanzplanungen zum konsolidierten Stadtstaat-Ergebnis zu berücksichtigen sind. Die vollständige Auflösung dieser globalen Minderausgaben ist nach aktuellem Planungsstand für jedes einzelne Haushaltsjahr der Finanzplan-Periode Voraussetzung für die Einhaltung der gemäß innerbremischer Sanierungsvereinbarung von der Stadt einzuhaltenden Defizitobergrenzen.

5.3. Stadtstaat Bremen

Tab. 25: Finanzrahmen 2012 / 2017
Stadtstaat Bremen; in Mio. €

	Ist			Anschl.	Entwurf		Planwerte	
	2010	2011	2012		2013	2014	2015	2016
Kernhaushalt								
Steuerabhängige Einnahmen	2.600	3.037	3.088	3.206	3.327	3.461	3.585	3.709
- Steuereinnahmen 1)	2.027	2.301	2.288	2.417	2.512	2.614	2.708	2.804
- Länderfinanzausgleich (LFA) 2)	370	508	568	546	573	597	619	641
- Bundesergänzungszuweisungen (BEZ)	203	228	232	242	242	250	257	264
Sonstige konsumtive Einnahmen	555	604	647	609	668	673	670	674
- Einnahmen vom Bund	161	211	238	220	277	280		
- Einnahmen von der EU	24	5	3	16	8	8		
- Verwaltungseinnahmen	137	142	145	135	136	138		
- Einnahmen aus wirtschaftl. Tätigkeit	67	82	76	80	90	90		
- Übrige Einnahmen	166	163	184	158	158	157		
Investive Einnahmen	164	112	101	79	90	92	92	93
- Veräußerung von Vermögen / Beteiligungen	0	1	0	0	0	0		
- Übrige Einnahmen	164	111	101	79	90	92		
Bereinigte Einnahmen	3.319	3.753	3.836	3.893	4.084	4.226	4.347	4.476
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		+ 13,1 %	+ 2,2 %	+ 1,5 %	+ 4,9 %	+ 3,5 %	+ 2,9 %	+ 3,0 %
Personalausgaben	1.371	1.397	1.424	1.437	1.480	1.500	1.515	1.529
- Dienstbezüge	912	930	938	913	930	914		
- Versorgungsbezüge	389	393	409	421	433	441		
- Beihilfen, Unterstützungen	60	63	66	69	72	74		
- Übrige Ausgaben 3)	10	11	12	34	46	70		
Zinsausgaben	690	629	650	702	677	686	695	704
Sozialleistungsausgaben	748	770	799	815	845	864	879	894
Sonstige konsumtive Ausgaben 4)	1.218	1.239	1.299	1.267	1.315	1.319	1.315	1.321
- Sächliche Verwaltungsausgaben	334	332	338	340	356	353		
- Zusch. f. lfd. Zw. an öffentl. Unternehmen	149	144	138	138	150	150		
- Zusch. f. lfd. Zw. an private Unternehmen	12	14	9	6	6	6		
- Zusch. f. lfd. Zw. an soz. o. ä. Einrichtungen	160	164	180	171	182	183		
- Sonst. Zusch. f. lfd. Zw. im Inland	283	307	320	284	291	292		
- Übrige Ausgaben	279	278	315	329	330	335		
Investitionsausgaben 5)	654	519	502	495	487	480	474	464
- Tilgungsausgaben an Sondervermögen		70	87	81	69	61	58	54
- Übrige Ausgaben		449	415	414	418	419	417	411
Globale Minderausgaben Bremerhaven					-14	-18	-20	-28
Bereinigte Ausgaben	4.681	4.554	4.675	4.716	4.790	4.832	4.858	4.886
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		- 2,7 %	+ 2,7 %	+ 0,9 %	+ 1,6 %	+ 0,9 %	+ 0,6 %	+ 0,6 %
Primärausgaben	3.991	3.925	4.025	4.014	4.113	4.145	4.163	4.181
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		- 1,7 %	+ 2,5 %	- 0,3 %	+ 2,5 %	+ 0,8 %	+ 0,4 %	+ 0,5 %
Finanzierungssaldo	-1.362	-801	-839	-823	-706	-606	-511	-410
Primärsaldo	-672	-172	-189	-122	-29	81	185	295
Konsolidierungshilfen		200	300	300	300	300	300	300
Schuldenstand 6)	17.688	18.514	19.255	19.778	20.184	20.490	20.701	20.810

1) Ab 2014: Einschließlich Effekte der Erhöhung der Grunderwerbsteuer um 0,5 %-Punkte (8,1 Mio. Euro (2014); 8,5 Mio. Euro (2015); 9,0 Mio. Euro (2016); 9,4 Mio. Euro (2017))

2) Ab 2014: Einschließlich erhöhte LFA-Einnahmen nach Zensus-Ergebnissen (+ 16 Mio. Euro p. a.)

3) Ab 2013: Einschließlich zunächst global gebuchter Beträge für Kernbereich und Ausbildung

4) 2010: Hinzurechnung Zahlungen an Versorgungsanstalt (38,2 Mio. Euro) 5) 2010: Einschließlich Nettokreditaufnahme der Sondervermögen (109,046 Mio. Euro)

6) Stand Jahresende; einschließlich Sondervermögen, ab 2013: ohne Tilgungen in Sondervermögen

Stand: 14. August 2013

Die Konsequenzen der vorstehend beschriebenen Rahmensetzungen für das Land und die Stadtgemeinde Bremen und des aktuellen Beschlussstandes der Stadt Bre-

merhaven für den konsolidierten Finanzrahmen des **Stadtstaates Bremen** sind in der **Tabelle 25** zusammengefasst. Die Eckdaten des Stadtstaates bilden die **maßgebliche Betrachtungsebene** zur Beurteilung der bremischen Haushalte und des Erfolges der zu ihrer Konsolidierung unternommenen Eigenanstrengungen bzw. geleisteten Sanierungshilfen.

Die **wesentlichen Aspekte** der Haushaltsentwicklung des Stadtstaates im Finanzplan-Zeitraum lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die **Gesamteinnahmen** der bremischen Haushalte steigen bei Realisierung der Planwerte im Zeitraum 2012 / 2017 um rd. **640 Mio. €** bzw. um durchschnittlich knapp 128 Mio. € pro Jahr. Bereinigt um Effekte der Erhöhung des Gewerbesteuer-Hebesatzes und der Grunderwerbsteuer sowie der Zensus-Ergebnisse beträgt die dabei – nach den Projektionen des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ – zugrunde gelegte Zuwachsrate der **steuerabhängigen Einnahmen 3,52 % p. a.** (Vergleichswerte: 2002 / 2012: + 2,9 % p. a.; 1992 / 2012: + 1,3 % p. a.).
- Auf der **Ausgabenseite** ergeben die getroffenen Vorgaben und Annahmen im Planungszeitraum ein Plus von rd. **210 Mio. €**, das zu etwa einem Viertel auf steigende Zinsausgaben zurückzuführen ist. Im Jahresdurchschnitt erhöhen sich die Gesamtausgaben der bremischen Haushalte – einschließlich der Ausgaben auf Basis erhöhter Drittmittel-Zuflüsse in den Aufstellungsjahren 2014 / 2015 – damit um rd. 42 Mio. € bzw. **0,89 %**.

Der Anstieg der **Primärausgaben** beträgt in der Finanzplan-Periode jahresdurchschnittlich **0,77 %**. Bei diesem Mittelwert ist allerdings zu beachten, dass nach dem stärkeren Anstieg bis 2015 in den folgenden Haushalten 2016 und 2017 bei den Primärausgaben nur noch ein Zuwachs von **0,44 % p. a.** vorgesehen ist.

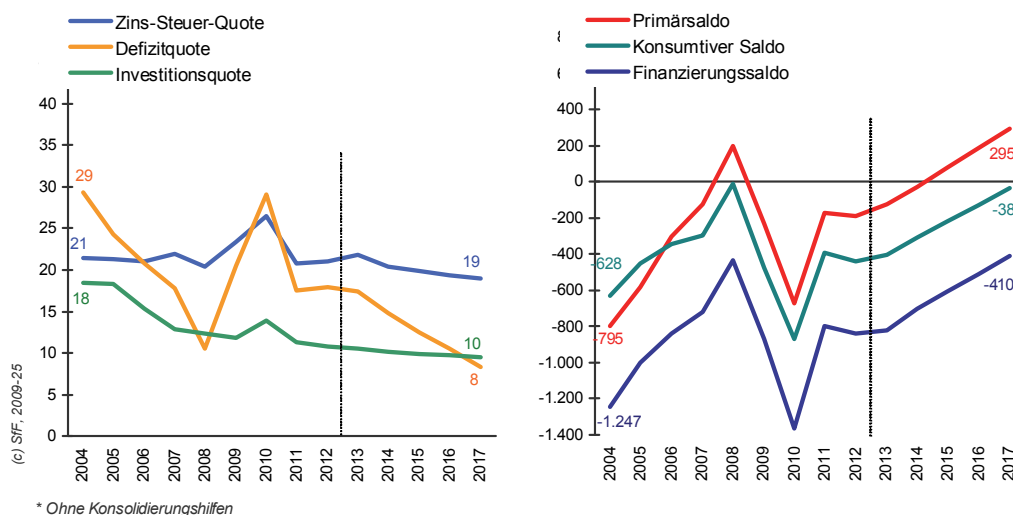
Bei Annahme einer durchschnittlichen Tarif- bzw. Preissteigerungsrate von 1,7 % entspricht dieser Anstieg über den Gesamtzeitraum der Planung einem **realen Leistungsabbau** um rd. **4,5 %**. Zu beachten ist dabei allerdings, dass rückläufige Tilgungsausgaben für abgeschlossene Investitionsvorhaben im Planungszeitraum zu einer Entlastung um rd. 33 Mio. € führen.

- Der **Finanzierungssaldo** des Stadtstaates würde mit dieser Einnahme- und Ausgabeentwicklung über den Gesamtzeitraum der Finanzplan-Periode gegenüber dem Basiswert 2012 um rd. **430 Mio. €** abgebaut (vgl. **Abbildung 15**) und damit im Jahr 2017 den niedrigsten Wert seit 1990 erreichen. Die **Defizitquote** der Haushalte würde im Endjahr der Planung mit **8,4 %** erstmals wieder die 10 %-Marke unterschreiten.

Aufgrund der vorgesehenen Begrenzungen bei den Primärausgaben ergibt sich für den **Primärsaldo** im Zeitraum 2012 / 2017 sogar eine Verbesserung um rd. **484 Mio. €**. Die Erreichung eines **positiven Primärsaldos** wäre aufgrund der eingetretenen Veränderungen gegenüber der Finanzplanung 2011 / 2016 nunmehr allerdings erst im Jahr **2015** zu erwarten.

Nahezu wieder ausgeglichen wäre mit Umsetzung der vorliegenden Finanzplanung im Jahr 2017 das **konsumtive Defizit** der bremischen Haushalte. Ein negativer konsumtiver Saldo entspricht einer Überschreitung der Nettoinvestitionen durch die Nettokreditaufnahme und damit einer Verletzung von § 18 der Landeshaushaltsordnung, die durch die extreme Haushaltsnotlage des Landes begründet ist.

Abb. 15: Quoten (in %) und Salden (in Mio. Euro) (Stadtstaat Bremen) *)



- Der **Schuldenstand** der bremischen Haushalte steigt bis 2017 – trotz gegen gerechneter Konsolidierungshilfen - gegenüber 2012 um weitere knapp **1,6 Mrd. €** (+ 8,1 %) auf **20,8 Mrd. €** (31.400 € pro (aktuellem) Einwohner).

Die **Zins-Steuer-Quote** des Stadtstaates erreicht 2017 mit **19,0 %** einen Wert, der trotz positiver Steuereinnahme-Erwartungen und der durch Kapitalmarktlage und Konsolidierungshilfen entlasteten Zinsausgaben nur um rd. 2 %-Punkte unter dem Niveau des Jahres 2012 liegt. Die **Zinslastquote** verzeichnet im Planungszeitraum einen gleichmäßig über **14 %** liegenden Wert, die **Investitionsquote** sinkt bei nominal etwa konstanten Ansätzen der laufenden Investitionsausgaben und rückläufigen Tilgungsausgaben über den gesamten Planungszeitraum noch leicht ab und erreicht 2017 einen Stand von rd. **9,5 %**.

- Die Umrechnung der Finanzplanwerte der bremischen Kernhaushalte in das **strukturelle Defizit** des Stadtstaates zeigt, dass sich der im Haushaltsjahr 2012 noch bei knapp 200 Mio. € liegende Abstand zur zulässigen Obergrenze der Neuverschuldung trotz der getroffenen Annahmen zur Steuereinnahme-Entwicklung, entlastender Zinseffekte und erheblich gedrosselter Zuwachsraten der Primärausgaben in der Planungsperiode deutlich verringert. Innerhalb des Fünf-Jahres-Zeitraumes 2012 / 2017 sinkt die **Differenz zu den Maximalwerten** des strukturellen Defizits, die die Orientierungswerte des Sanierungspfades markieren und das entscheidende Kriterium für die Gewährung der Konsolidierungshilfen darstellen, um **172 Mio. €** auf nur noch **27 Mio. €**.

Tab.26: Finanzrahmen 2012 / 2017
 Stadtstaat Bremen; in Mio. €

Quoten	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Zins-Steuer-Quote (in %)	26,5	20,7	21,1	21,9	20,4	19,8	19,4	19,0
Zinslastquote (in %)	14,7	13,8	13,9	14,9	14,1	14,2	14,3	14,4
Defizitquote (in %)	29,1	17,6	17,9	17,5	14,7	12,5	10,5	8,4

Umrechnung auf strukturelles Defizit	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Finanzierungssaldo Kernhaushalt	-1.362	-801	-839	-823	-706	-606	-511	-410
Differenz steuerabhängige Einnahmen 1) (Regionalisierung / brem. Schätzung (nach KFA))				82	-16	-16	-16	-17
Konjunkturbereinigung	114	-202	-68	41	39	27	12	0
Saldo der finanziellen Transaktionen	-5	2	5	5	16	17	17	17
Tilgungseinnahmen BKF		55	98	88	69	66	66	61
Bereinigungen	109	-145	35	216	108	93	79	61
Strukturelles Defizit	-1.254	-946	-804	-608	-598	-512	-432	-349
Zulässiges strukturelles Defizit	-1.254	-1.128	-1.003	-877	-752	-627	-501	-376
Differenz	0	182	199	270	154	115	70	27

1) Ex post: Bestandteil der Konjunkturbereinigung

Stand: 14. August 2013

Diese Entwicklung muss zur Einhaltung des Konsolidierungskurses von Bremen durch weitere **Eigenbeiträge** zur Haushaltssanierung begleitet werden:

- Einerseits stellen die ausgesprochen geringen rechnerischen Abstände gegen Ende des Finanzplan-Zeitraumes ein hohes Risiko dar, weil Spielräume zur Kompensation rahmenverschlechternder Einflüsse praktisch nicht mehr bestehen.
- Andererseits ist ohne weitere Gegensteuerungsmaßnahmen absehbar, dass sich der in den Jahren 2014 bis 2017 ablesbare Trend zum Zurückbleiben des geplanten Defizitabbaus gegenüber den vorgegebenen Abbauschritten um rd. 40 Mio. € pro Jahr – trotz anhaltend restriktiver Ausgabenplanung und optimistischer Einnahmeerwartungen – in den Restjahren des Konsolidierungszeitraumes in etwa gleicher Größenordnung fortsetzen würde (vgl. 6.3.).

Der daraus ableitbare Handlungsbedarf muss sich in fortgesetzten und nicht nachlassenden Sanierungsanstrengungen des Stadtstaates niederschlagen, die spätestens **mit Aufstellung der Haushalte 2016 / 2017 wirksam** werden müssen. Die vom Senat eingesetzte Arbeitsgruppe zur Ermittlung weiterer Optionen für den Abbau des strukturellen Defizits der Haushalte soll hierzu entscheidende Beiträge leisten.

5.4. Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben

(Gemeinsames Schema des Finanzplanungsrates)

FINANZPLANSTATISTIK bis 2017 gem. Schema des Finanzplanungsrates
Bereich: BREMEN STADTSTAAT, in Mio. €

22.08.2013

Fpl.- Pos. Nr.	Fpl.- Kennz.	Bezeichnung	Gruppierung Bund/Länder	Anschlag 2013	Entwurf		Planwerte	
					2014	2015	2016	2017
I.) AUSGABEN BREMEN STADTSTAAT								
1		Ausgaben der lfd. Rechnung (Ziff. 11 - 15)		4.198,1	4.279,2	4.324,8	4.399,2	4.444,0
11	510	Personalausgaben	4	1.437,3	1.480,4	1.500,4	1.514,6	1.529,0
12		Laufender Sachaufwand		737,8	757,5	760,7	779,0	786,7
121	521	Sächliche Verwaltungsausgaben	51 bis 54	339,7	356,2	353,0	361,4	365,0
				51	149,0	156,8	160,1	161,7
				52	26,4	24,4	25,0	25,3
				53	164,2	174,7	172,2	178,1
				54	0,0	0,0	0,0	0,0
122	522	Militär. Beschaff., Anlagen usw.	55	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
123	523	Erstattungen an andere Bereiche	67	283,2	288,1	293,3	300,3	303,3
124	524	Sonst. Zuschüsse für lfd. Zwecke	686	115,0	113,2	114,4	117,2	118,4
13		Zinsausgaben		701,9	677,3	686,5	695,5	704,2
131		an öffentlichen Bereich		37,5	35,8	33,9	34,3	34,8
1311	531	an Bund	561	1,0	1,5	1,5	1,5	1,5
1312	532	an Sondervermögen	564	36,5	34,3	32,3	32,7	33,2
1313	533	an sonstigen öffentlichen Bereich	562, 563, 567	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
				562	0,1	0,1	0,1	0,1
				563	0,0	0,0	0,0	0,0
				567	0,0	0,0	0,0	0,0
132		an andere Bereiche		664,4	641,5	652,6	661,2	669,5
1321	535	für Ausgleichsforderungen	573	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1322	536	für Kreditmarktmittel	571, 575, 576	664,4	641,5	652,6	661,2	669,5
				571	48,7	47,9	47,2	47,8
				575	611,1	592,3	605,0	612,9
				576	4,7	1,3	1,0	1,1
1323	537	an Sozialversicherungsträger	572	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
14		Lfd. Zuweis.+ Zuschüsse -ohne Schuldendiensthilfen-		1.319,1	1.362,2	1.375,4	1.408,4	1.422,4
141		an öffentlichen Bereich		160,9	163,4	162,5	166,4	168,0
1411	541	an Bund	611, 631	1,2	1,1	1,1	1,1	1,1
				611	0,0	0,0	0,0	0,0
				631	1,2	1,1	1,1	1,1
1412	542	Länderfinanzausgleich	612	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1413	543	sonstige an Länder	632	6,8	8,0	8,0	8,2	8,3
1414	544	Allg. Finanzausweis. an Gemeinden/Gv.	613	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1415	545	sonstige an Gemeinden/Gv.	633	5,2	9,2	9,4	9,6	9,7
1416	546	an Sondervermögen	614, 634	122,5	122,4	121,1	124,0	125,2
				614	0,0	0,0	0,0	0,0
				634	122,5	122,4	121,1	125,2
1417	547	an Zweckverbände	617, 637	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
				617	0,0	0,0	0,0	0,0
				637	0,4	0,4	0,4	0,4
1418	548	an Sozialversicherungsträger	616, 636	24,9	22,4	22,6	23,1	23,3
				616	0,0	0,0	0,0	0,0
				636	24,9	22,4	23,1	23,3
142		an andere Bereiche		1.158,2	1.198,8	1.212,9	1.242,0	1.254,3
1422	552	sonst. an Unternehmen + öff. Einricht.	682, 683, 685	427,8	446,9	448,5	459,3	463,8
				682	137,8	149,6	150,2	153,3
				683	6,3	6,2	6,3	6,4
				685	283,6	291,2	292,2	302,1
1423	553	Renten, Unterstützungen u.ä.	681	559,5	569,4	581,5	595,5	601,4
1424	554	an soziale u. ähnliche Einrichtungen	684	170,9	182,3	182,8	187,2	189,0
1425	555	an Ausland	687, 688	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1
				687	0,0	0,1	0,1	0,1
				688	0,0	0,0	0,0	0,0
15		Schuldendiensthilfen		2,0	1,8	1,7	1,8	1,8
151		an öffentlichen Bereich		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1511	561	an Länder	622	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1512	562	an Gemeinden/Gv.	623	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1513	563	an sonstigen öffentlichen Bereich	621, 624, 626, 627	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
				621	0,0	0,0	0,0	0,0
				624	0,0	0,0	0,0	0,0
				626	0,0	0,0	0,0	0,0
				627	0,0	0,0	0,0	0,0
152		an andere Bereiche		2,0	1,8	1,7	1,8	1,8
1521	564	an Unternehmen u. sonst. öff. Einricht.	661, 662, 664	1,9	1,7	1,6	1,7	1,7
				661	1,7	1,6	1,5	1,5
				662	0,2	0,1	0,1	0,1
				664	0,0	0,0	0,0	0,0
1522	565	an Sonstige im Inland	663	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
1523	566	an Ausland	666	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Fpl.- Pos. Nr.	Fpl.- Kennz.	Bezeichnung	Gruppierung Bund/Länder	Anschlag 2013	Entwurf		Planwerte	
					2014	2015	2016	2017
2		Ausgaben der Kapitalrechnung (Ziff. 21 - 25)		499,8	491,2	484,7	479,4	469,4
21		Sachinvestitionen		66,8	59,0	58,6	57,9	56,6
211	611	Baumaßnahmen	7	42,9	31,9	33,1	32,7	32,0
212	612	Erwerb von unbeweglichen Sachen	82	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
213	613	Erwerb von beweglichen Sachen	81	23,3	26,4	24,8	24,5	24,0
22		Vermögensübertragungen		421,3	405,8	399,8	395,1	386,4
221		Zuweisungen für Investitionen an öff. Bereich		174,0	177,7	177,9	175,9	171,9
2211	621	an Länder	882	0,5	0,6	0,6	0,6	0,6
2212	622	an Gemeinden/Gv.	883	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
2213	623	an Zweckverbände	887	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2214	624	an sonstigen öffentlichen Bereich	881, 884, 886, 888	173,3	176,9	177,0	175,0	171,1
				881	2,8	0,3	2,8	2,7
				884	158,0	158,4	154,5	149,4
				886	0,0	0,0	0,0	0,0
				888	12,5	18,2	19,7	19,1
222		Zuweis. für Investitionen an andere Bereiche	89	247,2	227,9	221,7	219,2	214,3
223		Sonstige Vermögensübertragungen		0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
2231	626	an Länder	692	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2232	627	an Gemeinden/Gv.	693	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2233	628	an Bund	691	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2234	629	an andere Bereiche	697, 698, 699	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
				697	0,0	0,0	0,0	0,0
				698	0,1	0,1	0,1	0,1
				699	0,0	0,0	0,0	0,0
23		Darlehen		6,6	21,6	21,6	21,6	21,6
231		an öffentlichen Bereich		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2311	631	an Länder	852	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2312	632	an Gemeinden/Gv.	853	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2313	633	an Zweckverbände	857	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2314	634	an sonstigen öffentlichen Bereich	851, 854, 856	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
				851	0,0	0,0	0,0	0,0
				854	0,0	0,0	0,0	0,0
				856	0,0	0,0	0,0	0,0
232		an andere Bereiche		6,6	21,6	21,6	21,6	21,6
2321	635	an Sonstige im Inland	861 - 863, 87	6,6	21,6	21,6	21,6	21,6
				861	0,0	0,0	0,0	0,0
				862	0,0	0,0	0,0	0,0
				863	4,5	20,4	20,4	20,4
				87	2,1	1,2	1,2	1,2
2322	636	an Ausland	866	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
24		Erwerb von Beteiligungen u.ä.	83	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
25		Schuldentilgung an öffentlichen Bereich		5,0	4,9	4,9	4,9	4,9
251	651	an Bund	581	5,0	4,9	4,9	4,9	4,9
252	652	an Sondervermögen	584	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
253	653	an sonstigen öffentlichen Bereich	582, 583, 587	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
				582	0,0	0,0	0,0	0,0
				583	0,0	0,0	0,0	0,0
				587	0,0	0,0	0,0	0,0
3		Globale Mehr- und Minderausgaben	97	18,6	19,9	22,1	-20,5	-27,7
700		nicht ressortbezogen	971, 972	0,0	-14,4	-18,3	-20,5	-27,7
				971	0,0	-14,4	-18,3	-20,5
				972	0,0	0,0	0,0	0,0
700		ressortbezogen	973, 974	18,6	34,3	40,4	0,0	0,0
				973	18,7	35,1	41,6	0,0
				974	-0,1	-0,8	-1,2	0,0
4		Bereinigte Ausgaben (Ziff. 1 bis 3, ohne besondere Finanzierungsvorgänge)		4.716,4	4.790,3	4.831,6	4.858,2	4.885,7
5		Besondere Finanzierungsvorgänge		8.552,2	8.232,7	7.686,3	7.565,9	7.571,9
51		Tilgungsausgaben an Kreditmarkt		8.536,5	8.214,1	7.667,7	7.547,3	7.553,3
511	811	für Kreditmarktmittel	595	8.527,9	8.179,1	7.457,2	7.547,3	7.553,3
512	812	für Ausgleichsforderungen	593	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
513	813	an Sozialversicherungsträger	592	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
514	814	an Sonstige	591, 596	8,5	35,0	210,6	0,0	0,0
				591	8,5	35,0	6,6	0,0
				596	0,0	204,0	0,0	0,0
52		Zuführungen an Rücklagen	91	15,7	18,6	18,6	18,6	18,6
53		Deckung von Vorjahresfehlbeträgen	96	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
6		Zu- und Absetzungen		1.333,3	1.444,3	1.433,3	1.447,6	1.462,1
61		./. Schätzungen für Leertitel		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
62		./. Sonderhaushalte		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
63		./. Bruttostellungen		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
64		Verrechnungen u.ä. Summe ohne 985/987	98	1.333,3	1.444,3	1.433,3	1.447,6	1.462,1
				980	10,6	8,2	8,3	0,0
				981	0,0	0,0	0,0	0,0
				982	0,0	0,0	0,0	0,0
				984	1.233,3	1.294,7	1.331,8	1.331,8
				986	89,4	141,4	93,2	93,2
7		Gesamtausgaben - brutto (=Abschlußsumme der Haushalte)		14.601,9	14.467,3	13.951,2	13.871,7	13.919,7

Fpl.- Pos. Nr.	Fpl.- Kennz.	Bezeichnung	Gruppierung Bund/Länder	Anschlag 2013	Entwurf		Planwerte	
					2014	2015	2016	2017
II.) EINNAHMEN BREMEN STADTSTAAT 1)								
1		Einnahmen der lfd. Rechnung		3.807,4	3.983,6	4.123,5	4.244,9	4.373,2
11		Steuern und EU-Eigenmittel 2)	011 - 089	2.417,3	2.511,8	2.613,6	2.708,4	2.804,0
	01			1.501,8	1.570,0	1.642,9	1.702,4	1.762,5
	02			0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	03			0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	04			0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	05			103,1	134,5	135,8	140,7	145,7
	06			23,0	19,0	19,0	19,7	20,4
	07			775,5	770,5	797,7	826,7	855,9
	08			14,0	17,9	18,2	18,9	19,5
12		Steuerähnliche Abgaben (ohne Münzeinn.)	09 (ohne 092)	4,4	3,8	3,7	3,7	3,8
13		Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	12	79,6	89,5	90,0	89,6	90,2
14		Zinseinnahmen		45,9	45,9	45,9	45,7	46,0
141		vom öffentlichen Bereich		2,6	2,6	2,6	2,6	2,6
1411	041	von Ländern	152	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1412	042	von Gemeinden/Gv.	153	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1413	043	von Zweckverbänden	157	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1414	044	vom sonstigen öffentlichen Bereich	151, 154, 156	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6
			151	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			154	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6
			156	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
142		von anderen Bereichen	16	43,4	43,3	43,3	43,1	43,4
15		Lfd. Zuweis. u. Zuschüsse -ohne Schuldendiensthilfen-		1.151,8	1.225,6	1.261,6	1.289,1	1.320,3
151		vom öffentlichen Bereich		1.063,8	1.147,6	1.183,0	1.210,8	1.241,6
1511	051	vom Bund (BEZ, KFZ-St.-Ausgleich und Konso.-hilfe)	211	297,8	297,8	305,8	312,8	319,8
1511	051	vom Bund	231	167,8	224,1	227,2	226,2	227,6
1512	052	Länderfinanzausgleich	212	546,0	573,0	597,0	619,0	641,0
1513	053	sonstige von Ländern	232	7,0	6,7	6,9	6,9	6,9
1514	054	von Gemeinden/Gv.	213, 233	8,7	8,4	8,3	8,3	8,3
			213	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			233	8,7	8,4	8,3	8,3	8,3
1515	055	von Zweckverbänden	217, 237	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
			217	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			237	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
1516	056	von Sozialversicherungsträgern	216, 235, 236	33,0	34,2	34,3	34,2	34,4
			216	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			235	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			236	33,0	34,2	34,3	34,2	34,4
1517	057	vom sonstigen öffentlichen Bereich	214, 234	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0
			214	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			234	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0
152	058	von anderen Bereichen	112, 27, 28	88,0	78,0	78,6	78,3	78,7
			112	42,2	42,8	43,2	43,0	43,3
			27	17,0	8,3	8,1	8,1	8,1
			28	28,9	26,9	27,3	27,2	27,3
16		Schuldendiensthilfen u. Erstatt. von Verw.ausgaben		15,2	14,2	14,1	14,0	14,1
161		Schuldendiensthilfen vom öffentlichen Bereich		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1611	061	vom Bund	221	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1612	062	von Ländern	222	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1613	063	vom sonstigen öffentlichen Bereich	223 bis 227	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			223	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			224	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			225	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			226	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			227	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
162		Schuldendiensth.+ Erstatt. v. Verw.ausg. v. and. Ber.	26	15,2	14,2	14,1	14,0	14,1
17		Sonstige Einnahmen der lfd. Rechnung		93,1	92,8	94,8	94,4	95,0
171	071	Gebühren, sonstige Entgelte	111	77,8	79,6	81,6	81,2	81,7
172	072	Sonstige Einnahmen	119	15,3	13,2	13,2	13,1	13,2
2		Einnahmen der Kapitalrechnung (Ziff. 21 - 25)		85,6	100,8	102,4	102,5	102,9
21		Veräußerung von Sachvermögen	131, 132	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			131	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			132	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Fpl.- Pos. Nr.	Fpl.- Kennz.	Bezeichnung	Gruppierung Bund/Länder	Anschlag 2013	Entwurf		Planwerte	
					2014	2015	2016	2017
22		Vermögensübertragungen		78,8	90,5	92,6	92,8	93,1
221		Zuweisungen für Investitionen vom öffentl. Bereich		62,6	75,8	74,0	74,1	74,4
2211	120	vom Bund	331	59,9	73,6	73,9	74,0	74,3
2212	121	von Ländern	332	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
2213	122	von Gemeinden/Gv.	333	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2214	123	von Sozialversicherungsträgern	336	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2215	124	vom sonstigen öffentl. Bereich	334, 337	2,6	2,1	0,0	0,0	0,0
			334	2,6	2,1	0,0	0,0	0,0
			337	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
222		Zuschüsse für Invest. von anderen Bereichen	34	16,0	14,4	18,4	18,4	18,5
223		Sonstige Vermögensübertragungen		0,3	0,3	0,3	0,3	0,2
2231	126	vom Bund	291	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2232	127	von Ländern	292	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2233	128	von Gemeinden/Gv.	293	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2234	129	von anderen Bereichen	297 bis 299	0,3	0,3	0,3	0,3	0,2
			297	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			298	0,3	0,3	0,3	0,3	0,2
			299	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
23		Darlehensrückflüsse		6,8	10,3	9,7	9,7	9,7
231		vom öffentlichen Bereich		0,0	3,0	3,0	3,0	3,0
2311	131	von Ländern	172	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2312	132	von Gemeinden/Gv.	173	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2313	133	von Zweckverbänden	177	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2314	134	vom sonstigen öffentlichen Bereich	171, 174, 176	0,0	3,0	3,0	3,0	3,0
			171	0,0	3,0	3,0	3,0	3,0
			174	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			176	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
232		von anderen Bereichen		6,8	7,3	6,7	6,7	6,7
2321	135	von Sonstigen im Inland	141, 181, 182	6,8	7,3	6,7	6,7	6,7
			141	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5
			181	0,4	0,8	0,3	0,3	0,3
			182	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9
2322	136	vom Ausland	146, 186	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			146	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			186	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
24		Veräußerung von Beteiligungen u. dgl.	133, 134	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			133	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			134	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
25		Schuldenaufnahme beim öffentlichen Bereich		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
251	151	vom Bund	311	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
252	152	von Ländern	312	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
253	153	von Gemeinden/Gv.	313	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
254	154	vom sonstigen öffentlichen Bereich	314, 317	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			314	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			317	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
3		Globale Mehr- u. Mindereinnahmen	37	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
200		nicht ressortbezogen	371, 372	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			371	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			372	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
200		ressortbezogen	373, 374	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			373	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
			374	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
4		Bereinigte Einnahmen (Ziff. 1 bis 3, ohne besondere Finanzierungsvorgänge)		3.893,0	4.084,3	4.225,9	4.347,4	4.476,1
5		Besondere Finanzierungsvorgänge		9.075,7	8.638,7	7.992,0	7.776,6	7.681,5
51		Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	32	9.065,2	8.624,8	7.978,8	7.763,5	7.668,3
52		Entnahme aus Rücklagen	35	10,5	13,8	13,2	13,2	13,2
53		Überschüsse aus Vorjahren	36	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
54		Münzeinnahmen	092	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
6		Zu- und Absetzungen		1.333,3	1.444,3	1.433,3	1.447,6	1.462,1
61		./. Schätzung für Leertitel		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
62		./. Sonderhaushalte		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
63		./. Bruttostellungen		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
64		Verrechnungen u.ä. Summe ohne 385/387	38	1.333,3	1.444,3	1.433,3	1.447,6	1.462,1
			380	10,6	8,2	8,3		
			381	0,0	0,0	0,0		
			382	0,0	0,0	0,0		
			384	1.233,3	1.294,7	1.331,8		
			386	89,4	141,4	93,2		
		Konsolidierungshilfe (nicht in Ber. Einn. enthalten)	211	300,0	300,0	300,0	300,0	300,0
7		Gesamteinnahmen - brutto - (=Abschlußsumme der Haushalte)		14.601,9	14.467,3	13.951,2	13.871,7	13.919,7

6. Konsolidierungszeitraum 2010 / 2020

Aufsetzend auf die vorstehende Finanzplanung 2012 / 2017 wird im Folgenden ein aktualisierter Ausblick auf den möglichen Fortgang der bremischen Haushaltssanierung bis zum Endjahr des vorgeschriebenen schrittweisen Abbaus der Neuverschuldung gegeben. Zentrales Kriterium für die bis 2020 in zehn Jahrestanchen zu leistenden Konsolidierungsschritte ist dabei das **strukturelle Defizit** der Haushalte, während die den Anforderungen der Sanierung entsprechende Steuerung über die **Finanzierungssalden** des Kernhaushaltes erfolgt.

Die zwischen diesen Betrachtungsebenen zu berücksichtigenden **Umrechnungs- bzw. Bereinigungsfaktoren** sind entweder extern bestimmt (Konjunkturbereinigung; Differenzen zur Regionalisierung der Steuerschätzungen) oder stellen unmittelbare Ableitungen aus den Eckwerten der Kernhaushalte dar (finanzielle Transaktionen). Und auch die Einbeziehung weiterer Bereiche des Sektors „Staat“ ist für Bremen **nicht unmittelbar steuerungsrelevant**, weil unter diesem Aspekt nur Tilgungseinnahmen des Bremer Kapitaldienstfonds einbezogen werden, die Ausgabepositionen im Kernhaushalt in gleicher Höhe kompensieren.

Die nachfolgenden Modellrechnungen zum bremischen Sanierungspfad orientieren sich vor diesem Hintergrund an folgendem Muster:

- Einleitend werden die in der vorhergehenden Finanzplanung zugrunde gelegten Einnahme- und Ausgabeentwicklungen der Kernhaushalte des Stadtstaates, deren vollständige Einhaltung bis 2017 dabei unterstellt wird, modellmäßig bis 2020 fortgeschrieben und auf die jeweiligen **strukturellen Defizite der Planungsjahre** umgerechnet .
- Hieraus ergeben sich die der aktuellen Planung entsprechenden **Ergebnisse des Abbaupfades bis 2020** sowie die **Relationen** dieser Planwerte zu den vorgeschriebenen **Maximalwerten** des strukturellen Defizits.
- Abschließend werden auf dieser Grundlage die Perspektiven und notwendigen Rahmensetzungen für die Gestaltung der Haushalte bis zum **Endjahr des Konsolidierungszeitraumes** betrachtet.

6.1. Projektion der Kernhaushalte bis 2020

Grundlage der Finanzplanung 2012 / 2017 sind Annahmen und Setzungen zur Einnahme- und Ausgabeentwicklung, die bereits Anfang 2010 zur plangemäßen Gewährleistung des erforderlichen Defizitabbaus der Haushalte getroffen wurden, sowie Anpassungen dieser Grundannahmen an zwischenzeitlich veränderte Ausgangslagen und Anforderungen. Bei der Fortschreibung der Finanzplan-Werte für die Jahre 2018 bis 2020, d. h. bis zum Ende des Konsolidierungszeitraumes, wird unterstellt, dass

- die in die bremischen Haushalte fließenden **steuerabhängigen Einnahmen** in den Restjahren des Konsolidierungszeitraumes um knapp 3,5 % pro Jahr steigen

und damit weiterhin die für die Vorjahre in den Steuerschätzungen prognostizierten Wachstumsraten aufweisen,

- alle übrigen **konsumtiven und investiven Einnahmen** auch dauerhaft nur noch ein marginales nominales Wachstum von etwa 0,5 % p. a. erreichen,
- es auf der Ausgabenseite gelingt, die jährliche Zuwachsrate bei
 - den **Personalausgaben** (einschließlich Versorgung) auf 1,0 %,
 - den **Sozialleistungen** auf 1,7 % sowie bei
 - den **Sonstigen konsumtiven Ausgaben** auf ebenfalls 1,0 % zu begrenzen und
- eine Konstanthaltung der nicht für Tilgungsausgaben vorzusehenden **Investitionsausgaben** zu gewährleisten.

Damit wird für die Projektion angenommen, dass in den Jahren 2018 bis 2020

- eine Fortsetzung der schon in der Mittelfrist-Planung erwarteten **positiven Steuereinnahme-Entwicklung** zu verzeichnen sein wird,
- nennenswerte Verschlechterungen gegenüber den **unterstellten Zinskonditionen** nicht eintreten und
- eine Begrenzung des **Primärausgaben-Anstiegs** auf **1,05 % p. a.** gelingt.

Tab.27: Finanzrahmen 2012 / 2020

Stadtstaat Bremen; in Mio. €

	Ist			Anschl. 2013	Entwurf		Planwerte		Projektion		
	2010	2011	2012		2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Kernhaushalt											
Steuerabhängige Einnahmen	2.600	3.037	3.088	3.206	3.327	3.461	3.585	3.709	3.838	3.970	4.108
Sonstige konsumtive Einnahmen	555	604	647	609	668	673	670	674	677	681	684
Investive Einnahmen	164	112	101	79	90	92	92	93	93	94	94
Bereinigte Einnahmen	3.319	3.753	3.836	3.893	4.084	4.226	4.347	4.476	4.608	4.745	4.886
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		+ 13,1 %	+ 2,2 %	+ 1,5 %	+ 4,9 %	+ 3,5 %	+ 2,9 %	+ 3,0 %	+ 3,0 %	+ 3,0 %	+ 3,0 %
Personalausgaben	1.371	1.397	1.424	1.437	1.480	1.500	1.515	1.529			
Zinsausgaben	690	629	650	702	677	686	695	704	714	725	736
Sozialleistungsausgaben	748	770	799	815	846	864	879	895			
Sonstige konsumtive Ausgaben	1.218	1.239	1.299	1.267	1.314	1.319	1.315	1.321			
Investitionsausgaben	654	519	502	495	487	480	474	464			
- Tilgungsausgaben an Sondervermögen		70	87	81	69	61	58	54			
- Übrige Ausgaben		449	415	414	418	419	417	411			
Globale Minderausgaben Bremerhaven					-14	-18	-20	-28			
Bereinigte Ausgaben	4.681	4.554	4.675	4.716	4.790	4.832	4.858	4.886	4.946	4.997	5.050
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		- 2,7 %	+ 2,7 %	+ 0,9 %	+ 1,6 %	+ 0,9 %	+ 0,6 %	+ 0,6 %	+ 1,2 %	+ 1,0 %	+ 1,1 %
Primärausgaben	3.991	3.925	4.025	4.014	4.113	4.145	4.163	4.181	4.232	4.272	4.314
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		- 1,7 %	+ 2,5 %	- 0,3 %	+ 2,5 %	+ 0,8 %	+ 0,4 %	+ 0,5 %	+ 1,2 %	+ 0,9 %	+ 1,0 %
Finanzierungssaldo	-1.362	-801	-839	-823	-706	-606	-511	-410	-338	-252	-164
Primärsaldo	-672	-172	-189	-122	-29	81	185	295	376	473	572
Konsolidierungshilfen		200	300	300	300	300	300	300	300	300	100
Schuldenstand	17.688	18.514	19.255	19.778	20.184	20.490	20.701	20.811	20.848	20.800	20.864

Stand: 14. August 2013

Die sich hieraus ergebenden Plan- und Prognosedaten für den Gesamtzeitraum der Haushaltssanierung sind in **Tabelle 27** zusammengefasst. Im Endjahr des Konsolidierungszeitraumes würden die Kernhaushalte des Stadtstaates demnach ein **Finanzie-**

rungsdefizit von **164 Mio. €** sowie einen **Schuldenstand** von knapp **20,9 Mrd. €** aufweisen.

6.2. Ableitung des strukturellen Defizits

Zur Ermittlung des unter Konsolidierungs-Gesichtspunkten relevanten strukturellen Defizits ist es erforderlich, aufsetzend auf der Finanzierungslücke des Kernhaushaltes die nachfolgend beschriebenen **Anpassungen bzw. Bereinigungen** vorzunehmen.

Differenz steuerabhängiger Einnahmen

Während die in den Haushalten des Stadtstaates veranschlagten bzw. geplanten steuerabhängigen Einnahmen auf **eigenen Auswertungen der Steuerschätzungen** basieren, die aktuellere Entwicklungen, vom Bundesdurchschnitt abweichende Sondereffekte und – soweit möglich – vor allem die z. T. beträchtlichen Differenzen zwischen Ansprüchen und Kassenwirksamkeit des bundesstaatlichen Finanzausgleichs berücksichtigen, setzen die Berechnungen zum strukturellen Defizit bei den Einnahmeansätzen ausschließlich auf den unmittelbaren **Regionalisierungsergebnissen** der jeweiligen Steuerschätzungen auf.

Hieraus folgt einerseits, dass bei der Berechnung des strukturellen Defizits aus den Finanzierungssalden des Kernhaushaltes die **Differenzbeträge** zwischen Regionalisierung und bremischer Schätzung auf Basis der Prognosen des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ als **Bereinigungen** zu berücksichtigen sind. Andererseits wird deutlich, dass für die Berechnung der tatsächlich realisierten Abbauschritte des strukturellen Defizits ausschließlich die unmittelbaren Regionalisierungsergebnisse maßgeblich sind, die über prozentuale Anteile der einzelnen Steuerarten (im jeweils abgeschlossenen Zeitraum von 12 Monaten) die Prognosewerte der Steuerschätzungen rein rechnerisch auf die Länder und Gemeinden des Bundesgebietes verteilen. **Unterjährige steuerabhängige Mehr- oder Mindereinnahmen** gegenüber diesen Planwerten sind damit für die Einhaltung der Neuverschuldungsgrenzen ebenso **irrelevant** wie die für die Anschlagbildung maßgeblichen **bremischen Schätzungen**.

In **Tabelle 28** sind die **Umrechnungsbeträge** zwischen den im Kernhaushalt veranschlagten bzw. vorgesehenen Ansätzen der steuerabhängigen Einnahmen in der aktuellen Finanzplanung 2012 / 2017 und den Berechnungsgrundlagen des strukturellen Defizits (Regionalisierungen) abgeleitet und dargestellt. Die Übersicht zeigt, dass die Anschlag- bzw. Planwerte der Jahre 2014 bis 2017 leicht über den Ergebnissen der Regionalisierungen liegen und daher bei den Berechnungen zum strukturellen Defizit entsprechend zu reduzieren sind. Die Effekte der Grunderwerbsteuer-Erhöhung und der Zensus-Ergebnisse sind dabei durch die Hinzurechnung zu den Regionalisierungswerten, die bei der Fortschreibung der Steuerschätzungen nachvollzogen werden muss, eliminiert.

Tab. 28: Haushaltsmäßige Umsetzungen und Regionalisierungen der Steuerschätzungen
Stadtstaat Bremen; in Mio. €

	Ist		Anschl.	Planwerte			
	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Ist / Anschläge / Planung							
Berechnungsstand	Ist-Werte	Ist-Werte	Nov. 2011	Mai 2013	Mai 2013	Mai 2013	Mai 2013
Steuereinnahmen Land Bremen	1547,7	1567,6	1627,9	1723,5	1797,6	1865,1	1933,1
Steuereinnahmen Stadt Bremen	657,6	608,2	686,5	682,9	706,7	730,3	754,1
Steuereinnahmen Stadt Bremerhaven 1)	95,8	99,1	103,0	105,4	109,2	112,9	116,7
Länderfinanzausgleich	508,0	581,2	546,0	573,0	597,0	619,0	641,0
Bundesergänzungszuweisungen 2)	167,8	172,0	182,0	182,0	190,0	197,0	204,0
Steuerabhängige Einnahmen insgesamt	2976,9	3028,1	3145,3	3266,8	3400,6	3524,4	3649,0
Ergebnisse der Regionalisierung							
Berechnungsstand	Nov. 2010	Mai 2011	Mai 2012	Mai 2013	Mai 2013	Mai 2013	Mai 2014
Steuereinnahmen Land Bremen	1417,0	1545,0	1652,0	1713,0	1787,0	1854,0	1921,0
Steuereinnahmen bremische Gemeinden	727,0	722,0	814,0	757,0	784,0	811,0	838,0
Länderfinanzausgleich	451,0	496,0	564,0	557,0	581,0	603,0	625,0
Allgemeine Bundesergänzungszuweisungen	147,0	162,0	183,0	182,0	190,0	197,0	204,0
Zusammen	2742,0	2925,0	3213,0	3209,0	3342,0	3465,0	3588,0
+ Sonstige Gemeindesteuern Stadt Bremen 3)	9,5	12,2	11,5	13,9	14,2	14,4	14,7
+ Sonstige Gemeindesteuern Bremerhaven 4)	2,7	3,6	2,5	4,0	4,1	4,1	4,2
+ Effekte Erhöhung Grunderwerbsteuer 5)				8,1	8,5	9,0	9,4
+ Effekte Zensus 5)				16,0	16,0	16,0	16,0
Steuerabhängige Einnahmen insgesamt	2754,2	2940,8	3227,0	3251,0	3384,7	3508,5	3632,3
Differenz zu Ist / Anschlägen / Planung	-222,7	-87,3	81,7	-15,9	-15,9	-15,8	-16,7

1) Anschlag 2013: ohne Tourismussteuer 2) Ohne Sonderbedarfs-BEZ (60,332 Mio. Euro)

3) Hundeabgabe, Vergnügungsteuer, Zweitwohnungsteuer und - in den Anschlägen 2013 - Tourismussteuer (von Regionalisierung nicht erfasst)

4) Hundeabgabe und Vergnügungsteuer (von Regionalisierung nicht erfasst) 5) Noch nicht in Regionalisierungsergebnissen erfasst

Stand: 15. August 2013

Konjunkturbereinigung

Gemäß Art. 109 (3) GG konnten Bund und Länder für die Berechnungen ihrer Konsolidierungspfade Regelungen treffen, die in Auf- und Abschwungphasen eine symmetrische Berücksichtigung der **Auswirkungen einer von einer Normallage abweichenden konjunkturellen Entwicklung** vorsehen. Es wurde vereinbart, dass die hierfür zu berücksichtigenden Konjunkturkomponenten unmittelbar aus gesamtwirtschaftlichen **Produktionslücken** (Differenz von Produktionspotenzial und tatsächlicher bzw. erwarteter BIP-Entwicklung) abgeleitet werden.

Das dabei bereits zur Ermittlung des strukturellen Defizits im Basisjahr 2010 angewandte Verfahren zur (Ex ante-) Konjunkturbereinigung ist auch für die Planung und Aufstellung der weiteren Haushalte im Konsolidierungszeitraum heranzuziehen. Konkret wird dabei aus den prognostizierten bundesweiten Produktionslücken über sogenannte „**Budgetsensitivitäten**“ (Auswirkungen der Produktionslücken auf das Steueraufkommen der Länder und Gemeinden) und den hierauf entfallenden **bremischen Anteil** errechnet, in welcher Größenordnung die aus den Steuerschätzungen ableitbaren Einnahmeansätze der bremischen Haushalte vom jeweils unter den Bedingungen einer konjunkturellen Normallage zu erwartenden Einnahmeniveau abweichen.

In **Tabelle 29** sind die nach diesem Berechnungsverfahren abgeleiteten Konjunkturkomponenten, die im Planungsprozess als entlastendes Element bei der Ausweisung des strukturellen Defizits zu berücksichtigen sind, zusammenfassend dargestellt. Zu beachten sind dabei insbesondere folgende Aspekte:

Tab. 29: Konjunkturbereinigung
in Mio. €

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Berechnungsstand	Mai 2011	Mai 2012	Mai 2013	Mai 2013	Mai 2013	Mai 2013
Nominales Produktionspotenzial (Bundesgebiet)	2694600	2737400	2813700	2890700	2968300	3049800
Nominales Bruttoinlandsprodukt (Bundesgebiet)	2677100	2714500	2791400	2875000	2961100	3049800
Rundungsdifferenz	-100	100				
=> Produktionslücke	17400	23000	22300	15700	7200	0
Konjunkturkomponente Länder	2198	2905	2817	1983	909	0
Budgetsensitivität	0,126303	0,126303	0,126303	0,126303	0,126303	0,126303
Konjunkturkomponente Gemeinden	716	947	918	646	296	0
Budgetsensitivität	0,041154	0,041154	0,041154	0,041154	0,041154	0,041154
Konjunkturkomp. Bremen (Landessteuern)	24	32	31	22	10	0
Anteil an Ländergesamtheit (in %)	1,077045	1,105919	1,085122	1,085122	1,085122	1,085122
Konjunkturkomp. Bremen (Gemeindesteuern)	7	9	8	6	3	0
Anteil an Ländergesamtheit (in %)	0,938273	0,983891	0,866667	0,866667	0,866667	0,866667
Ex ante-Konjunkturkomponente	30,4	41,4	38,5	27,1	12,4	0,0

- Die aus entsprechenden Aufbereitungen des Bundes zu entnehmenden Produktionslücken für den Planungszeitraum 2012 / 2017 weisen **unterschiedliche Berechnungsstände** auf. Die sich verändernden Berechnungsstände begründen **Unplausibilitäten** in der Entwicklung der Konjunkturkomponenten, die sich derzeit vor allem in den 2013 ansteigenden Ausgleichsbeträgen widerspiegeln.
- Grundlage der Einschätzungen zur konjunkturellen Entwicklung ist die Annahme, dass bestehende Produktionslücken bzw. –überschüsse in der Regel im Verlaufe eines mittelfristigen Planungszeitraumes abgebaut werden. Auch aktuell wird dementsprechend für das derzeitige **Endjahr der Mittelfrist-Planung** eine **konjunkturelle Normallage**, d. h. kein zu berücksichtigender Ausgleichsbetrag unterstellt. Die in Tabelle 29 für die davorliegenden Jahre ausgewiesenen **Konjunkturkomponenten** stellen Beträge dar, die bis 2014 verbindlich sowie für die Folgejahre mit vorläufigem Charakter bei der Ermittlung der strukturellen Defizite den **Finanzierungsdefiziten** der Kernhaushalte **gegen zu rechnen** sind.
- Es zeigt sich, dass die im Berechnungsverfahren für das strukturelle Defizit praktizierte konjunkturelle Bereinigung aufgrund ihrer unmittelbaren Kopplung an gesamtwirtschaftliche Faktoren Entwicklungen nur mit **erheblichen Verzögerungen** abbildet und dabei **massive Schwankungen** im originären Steueraufkommen nur **marginal kompensiert**.

Finanzielle Transaktionen

Gemäß § 1 (2) der Verwaltungsvereinbarung zum Gesetz zur Gewährung von Konsolidierungshilfen werden die Einnahmen und Ausgaben des Kernhaushaltes bei der Ermittlung des strukturellen Defizits um „finanzielle Transaktionen“ bereinigt. Zu den finanziellen Transaktionen zählen dabei **Ausgaben** für

- den Erwerb von Beteiligungen,
- Tilgungen an den öffentlichen Bereich und
- Darlehensvergaben

sowie **Einnahmen** aus

- Veräußerungen von Beteiligungen,
- Schuldenaufnahmen beim öffentlichen Bereich und
- Darlehensrückflüssen.

Mit der Herausnahme dieser Positionen reduziert sich die Abbildung des Kernhaushaltes in einem ersten Schritt auf die Einnahmen-Ausgaben-Relationen der **unmittelbaren öffentlichen Aufgabenwahrnehmung** U. a. bedeutet dies, dass auch der Erwerb von Beteiligungen sowie eventuelle Vermögensveräußerungen – mit Ausnahme möglicher Zinseffekte – keinen unmittelbaren Einfluss auf das strukturelle Defizit der Haushalte haben.

Tab.30: Finanzielle Transaktionen
Stadtstaat Bremen; in Mio. €

Einnahme-/ Ausgabe-Positionen	Ist	Anschl.	Entwurf		Planwerte		Projektion		
	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Finanzielle Transaktionen	5,1	4,9	16,2	16,7	16,7	16,7	16,7	16,7	16,7
- Einnahmen	6,310	6,767	10,282	9,747	9,749	9,738	9,738	9,738	9,738
- Veräußerung von Beteiligungen (Gr. 133, 134)	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
- Schuldenaufnahme öffentlicher Bereich (Gr. 31)	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
- Darlehensrückflüsse (Gr. 14, 17, 18)	6,310	6,767	10,282	9,747	9,749	9,738	9,738	9,738	9,738
- Ausgaben	11,391	11,645	26,486	26,412	26,412	26,412	26,412	26,412	26,412
- Erwerb von Beteiligungen (Gr. 83)	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
- Tilgungen an öffentlichen Bereich (Gr. 58)	6,975	5,000	4,925	4,851	4,851	4,851	4,851	4,851	4,851
- Darlehen (Gr. 85 - 87)	4,415	6,645	21,561	21,561	21,561	21,561	21,561	21,561	21,561

In **Tabelle 30** sind die für den Finanzplan-Zeitraum geplanten bzw. für den weiteren Konsolidierungszeitraum fortgeschriebenen Beträge der finanziellen Transaktionen der Haushalte des Stadtstaates Bremen abgebildet. Da die Ausgaben für finanzielle Transaktionen dabei die entsprechenden Einnahmen übersteigen, **vermindert** sich in Höhe der Differenz der **Konsolidierungsdruck** auf die übrigen Bereiche des Kernhaushaltes.

Neutralisierung der Tilgungsausgaben

Mit dem Ersatz der bis 2010 über Kreditaufnahmen der Sondervermögen außerhaushaltsmäßig (vor-) finanzierten Investitionen durch im Kernhaushalt veranschlagte Zuweisungen entfallen die bisher mit eigener Kreditermächtigung ausgestatteten Sondervermögen aus dem für den Konsolidierungskurs relevanten Berichtskreis. Zugleich entfällt damit allerdings auch die Möglichkeit, die bisher über diese Sondervermögen geleisteten **Tilgungen für (vor-) finanzierte Investitionen** den hierfür im Kernhaushalt bestehenden **Ausgabepositionen** gegen zu rechnen.

Seit 2011 werden daher – nach entsprechender Vereinbarung mit dem Bund – die im Haushalt zu veranschlagenden Tilgungen ausschließlich über den **Bremer Kapitaldienstfonds** (BKF) abgewickelt. Die dort geleisteten Nettotilgungen werden durch Einbeziehung des BKF in die Berechnungen des strukturellen Defizits mit dem Finanzierungsdefizit des Kernhaushaltes saldiert.

Hieraus folgt einerseits, dass bei Planung und Aufstellung der Haushalte die im Kernhaushalt für derartige Tilgungszahlungen vorgesehenen Positionen betragsmäßig jeweils den im BKF für dasselbe Haushaltsjahr zugrunde gelegten Einnahmeerwartungen entsprechen müssen. Andererseits bedeutet die Neutralisierung dieser Positionen, dass die Einnahmen des BKF für Tilgungen zu einer **rechnerischen Verbesserung des Gesamtdefizits** der Haushalte in der vorgesehenen Größenordnung führen.

Tab. 31: Nettotilgungen im BKF
in Mio. €

	Planwerte							
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
aus Einnahmen von Sondervermögen								
Hafen (Stadt)	28,7	29,6	29,6	30,1	28,2	31,0	31,3	34,0
Immobilien und Technik (Stadt)	12,2	12,2	12,3	12,5	12,7	12,9	13,1	12,4
Immobilien und Technik (Land)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gewerbeflächen (Stadt)	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Überseestadt (Stadt)	9,0							
WB Seestadt Immobilien (Brhv.)	2,1	2,1	2,2	2,3	2,4	2,5	2,6	2,7
WB StadtFinanz (Brhv.)	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
BEAN (Brhv.)	17,5	12,7	12,8	10,6	8,2	5,3	3,7	3,7
Zusammen	70,1	57,3	57,6	56,2	52,3	52,4	51,4	53,7
aus Einnahmen von Ressorts	19,8	11,4	8,0	9,5	8,3	8,1	5,7	0,4
Insgesamt	89,9	68,7	65,6	65,8	60,5	60,5	57,1	54,1
davon								
Land und Stadtgem. Bremen	70,1	53,5	50,3	52,5	49,5	52,4	50,4	47,2
Bremerhaven	19,9	15,2	15,4	13,3	11,0	8,2	6,7	6,8

Stand: 24. Juli 2013

In **Tabelle 31** sind die Tilgungseinnahmen des BKF, die dementsprechend bei der Ableitung des strukturellen Defizits zu berücksichtigen sind, nach derzeitigem Planungsstand abgebildet.

6.3. Konsolidierungspfad bis 2020

Die Umrechnung der fortgeschriebenen Finanzplan-Werte in die jeweiligen strukturellen Defizite der Haushalte und deren Abweichung von den noch zulässigen Maximalwerten der Neuverschuldung (vgl. **Tabelle 32**) zeigt, dass sich die bereits im Finanzplan-Zeitraum feststellbare **Verringerung der Sicherheitsabstände** zu den bestehenden Obergrenzen um durchschnittlich rd. **40 Mio. € p. a.** mit den getroffenen Annahmen zur Projektion der Kernhaushalte und ohne zusätzliche Gegensteuerungsmaßnahmen unverändert fortsetzen würde.

Tab. 32: Finanzrahmen 2012 / 2020
Stadtstaat Bremen; in Mio. €

Umr. auf strukturelles Defizit	Ist			Anschl.	Entwurf		Planwerte		Projektion		
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Finanzierungssaldo Kernhaushalt	-1.362	-801	-839	-823	-706	-606	-511	-410	-338	-252	-164
Differenz steuerabhängige Einnahmen 1) (Regionalisierung / brem. Schätzung (nach KFA))				82	-16	-16	-16	-17	-17	-17	-17
Konjunkturbereinigung	114	-202	-68	41	39	27	12	0	0	0	0
Saldo der finanziellen Transaktionen	-5	2	5	5	16	17	17	17	17	17	17
Tilgungseinnahmen BKF		55	98	88	69	66	66	61	61	57	54
Bereinigungen	109	-145	35	216	108	93	79	61	61	57	54
Strukturelles Defizit	-1.254	-946	-804	-608	-598	-512	-432	-349	-277	-195	-110
Zulässiges strukturelles Defizit	-1.254	-1.128	-1.003	-877	-752	-627	-501	-376	-251	-125	0
Differenz	0	182	199	270	154	115	70	27	-26	-69	-110

1) Ex post: Bestandteil der Konjunkturbereinigung

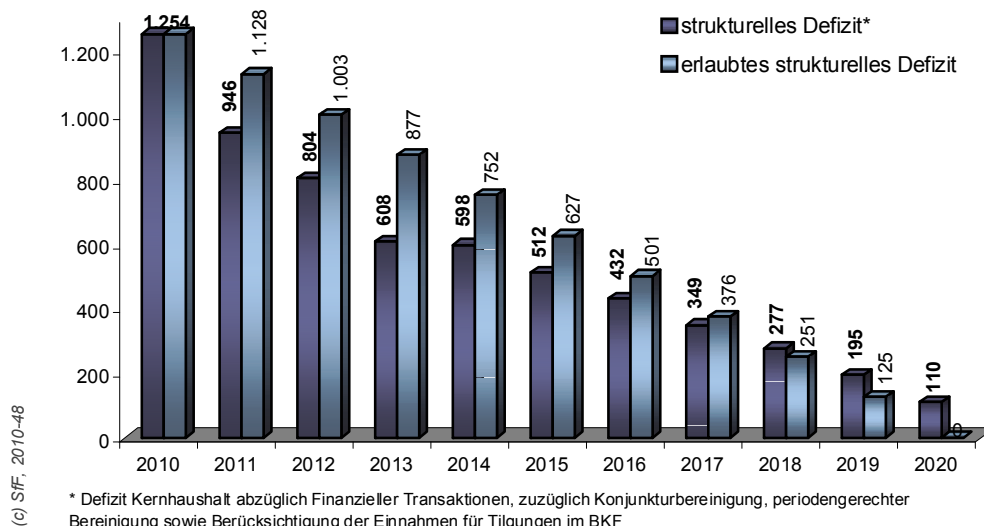
Stand: 14. August 2013

Im Jahr **2018** wäre unter diesen Vorzeichen erstmals eine **Überschreitung** der zulässigen Neuverschuldung zu verzeichnen, **im Endjahr** eine negative Abweichung von rd. **110 Mio. €**.

Senatorin für Finanzen, Referat 20



Abb. 16: Defizit des Stadtstaates Bremen
in Mio. €



Dieser drohenden Entwicklung ist rechtzeitig und mit weiteren Konsolidierungsbemühungen des Landes **gegenzusteuern**. Auf Grundlage der angelaufenen nochmaligen **aufgabenkritischen Durchleuchtung** der Haushalte auf eventuell noch verbliebene Konsolidierungspotenziale müssen weitere Sanierungsmaßnahmen identifiziert und umgesetzt werden, die zur Schließung der ansonsten unvermeidlichen Lücke zwischen zulässigem und tatsächlichem strukturellem Defizit der bremischen Haushalte im Endjahr des Konsolidierungszeitraumes beitragen können.

Die Realisierung entsprechender Effektivierungen, Einsparungen und Einnahmeverbesserungen setzt – vor dem Hintergrund der bereits durchgeführten bzw. eingeleiteten Maßnahmen und der nachweislich in Bremen unterdurchschnittlichen Gestaltungsspielräume – ein **gemeinsames Entscheiden, Handeln und Mittragen** voraus. Dabei ist eine möglichst frühzeitige Wirksamkeit der Entlastungseffekte erforderlich, um eine zu starke Verlagerung des Sanierungsdrucks auf die Restjahre des Konsolidierungszeitraumes zu verhindern:

- Greifen die verstärkten Maßnahmen zur Konsolidierung der Haushalte erst **nach Ablauf der aktuellen mittelfristigen Planungsperiode**, die noch mit einer Einhaltung der Obergrenze des strukturellen Defizits abschließt, müsste die Zuwachsrate der **Primärausgaben** – aus heutiger Sicht und mit ansonsten unveränderten Rahmenbedingungen – im Zeitraum **2017 / 2020** auf **0,18 % p. a.** begrenzt werden.
- Wenn es gelingt, zusätzliche Maßnahmen zur Einnahmeverbesserung und / oder Ausgabenbegrenzung **früher** zu realisieren, könnte – aufsetzend auf den aktuell vorliegenden Eckwerten des Jahres 2015 – nach derzeitigem Berechnungsstand eine durchschnittliche **Primärausgaben-Steigerung** um **+ 0,28 % p. a.** im Fünf-Jahres-Zeitraum **2015 / 2020** als Maßstab für die Erreichbarkeit ausgeglichener Haushalte im Jahr 2020 gelten.

Zusammenfassend ist festzustellen:

- Die **Einhaltung des Konsolidierungskurses** bis zum Endjahr des Defizitabbaus stellt für die Haushalte der Freien Hansestadt Bremen eine **Herausforderung** dar, die nur eine restriktive Gestaltung der Haushalte einzuhalten und damit sowie aufgrund drohender Veränderungen in den Rahmenbedingungen auch risikobehaftet ist.
- Die Probleme der Freien Hansestadt Bremen bestehen nicht allein darin, bis 2020 aus einer extremen Haushaltsnotlage und mit nur noch begrenztem Konsolidierungspotenzial die notwendigen Schritte zum Defizitabbau zu bewältigen. Erforderlich ist es, den **strukturellen Ausgleich** der Haushalte auch **nach 2020** aus eigener Kraft und ohne weitere zinsentlastende Effekte von Konsolidierungshilfen **weiterhin zu gewährleisten**.

Trotz erfolgreicher Einhaltung des Konsolidierungspfades wird der Schuldenstand 2020 bei rd. 20,9 Mrd. € und die Zins-Steuer-Quote bei 19,6 % liegen. Ein struktureller Haushaltsausgleich auch nach Auslaufen der Konsolidierungshilfen setzt deshalb neben unveränderten sonstigen Rahmenbedingungen vor allem voraus, dass im Rahmen der Neuordnung der bundesstaatlichen Finanzordnung eine **Lösung für die bremischen Altschulden** sowie eine **Regelung zur aufgabenadäquaten Finanzausstattung** für Bremen als Stadtstaat gefunden wird.

Anlagen: Maßnahmenbezogene Investitionsplanung

Anlage 1: Investitionen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen
in der Gliederung nach **Produktplänen**
einschl. Zusammenfassung nach **Schwerpunktbereichen:**

- **Tilgung bestehender Kapitaldienstfinanzierungen**
- **Kleine Unterhalt.- u. Beschaffungsmaßn. (Gruppen 700-719, 811/812)**
- **EU-, Bundes-, Landesprogramme**
- **Zuwendungen/Zuschüsse an Sondervermögen/Gesellschaften**
- **Sonstige (Einzel-) Maßnahmen**

Anlage 2: Investitionen der Stadtgemeinde Bremerhaven
in der Gliederung nach **Ausschussbereichen**
einschl. Zusammenfassung nach **Schwerpunktbereichen:**

- **Eigengesellschaften und Wirtschaftsbetriebe**
- **Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen, Komplementärfinanzierungen**
- **Vertragliche bzw. vergleichbare Verpflichtungen**
- **Kapitaldienstfinanzierungen**
- **Sonstige Investitionen**

Erläuterungen zur mittelfristigen maßnahmen-bezogenen Investitionsplanung 2012 / 2015 des Landes und der Stadtgemeinde Bremen (gemäß Anlage 1)

Der Senat hat in seiner Sitzung am 09. April 2013 die Rahmensetzungen des aus den Anforderungen des Konsolidierungspfades bis 2020 abgeleiteten Finanzrahmens 2012 – 2017 für das weitere Verfahren zur Aufstellung der Haushalte 2014 / 2015 zur Kenntnis genommen. Er hat auf dieser Grundlage **produktplanbezogene Eckwerte** für die **investiven Einnahmen und Ausgaben 2014 / 2015** beschlossen (dazu Hinweis auf **Tabelle 9 „Investive Einnahmen“**, Seite 32, sowie **Tabelle 20 „Investive Ausgaben“**, Seite 45; Darstellung der produktplan-bezogenen Investitionsansätze).

Die Ressorts haben im Rahmen der Haushaltsaufstellung **2014 / 2015** ihre diesbezüglichen Eckwerte inzwischen **auf Einzelmaßnahmen konkretisiert**. Dabei wurden auch Ansätze zwischen verschiedenen Produktplänen verschoben sowie Eckwert-Austausche zwischen konsumtiven und investiven Ansätzen vorgenommen.

Beispielsweise wurde im Produktplan 21 **Bildung** der investive Eckwert um 2,316 Mio. € (2014) bzw. 3,074 Mio. € (2015) zu Gunsten von Mehrbedarfen bei den konsumtiven Ausgaben **unterschritten** (u.a. zur Deckung von Energiekosten).

Im Produktplan 22 **Kultur** wurden zur Ausfinanzierung der Kosten für die Sanierung / Modernisierung des **Deutschen Schiffahrtsmuseums** (bremischer Anteil 4,200 Mio. € p.a.) 0,733 Mio. € p.a. einnahmeerhöhend veranschlagt. In gleicher Höhe erfolgte eine Aufstockung des investiven Ausgabeansatzes. Es handelt sich um einen saldenneutralen Vorgang.

Durch die **Auflösung** des **Sonderhaushalts BAföG** und der damit verbundenen Bruttodarstellung im kameralen Haushalt ist es ab dem Haushaltsjahr 2014 erforderlich, im Produktplan 24 **Hochschulen und Forschung** gegenüber den Vorjahren konsumtive Einnahmen infolge der Veranschlagung der Darlehensrückflüsse im Höhe von 3,0 Mio. € p.a. zu veranschlagen. Diese Einnahme minderte bislang die investive Zuführung an das Sondervermögen aus dem Landeshaushalt. In Höhe der jetzt veranschlagten Einnahmen wurde der investive Ausgabeeckwert angehoben. Der Saldo von Einnahmen und Ausgaben verändert sich dadurch nicht.

Im Produktplan 31 **Arbeit** wurden innerhalb der **Ausgleichsabgabe** Mittel in Höhe von 0,618 Mio. € (2014) bzw. 0,750 Mio. € (2015) von den konsumtiven Ausgaben zu den Investitionen **umgeschichtet**.

Im Produktplan 68 **Umwelt, Bau und Verkehr** wurden (Drittmittel-) Mehreinnahmen und Mehrausgaben in Höhe von 0,399 Mio. € (2014) bzw. 0,276 Mio. € (2015) berücksichtigt (durchzuleitende Stadtumbauittel vom Bund sowie Mittel gemäß Brem.ÖPNVG-Gesetz; saldenneutraler Vorgang).

Im Produktplan 71 **Wirtschaft** wurden für die **EU-Programme** „EFRE“ 2007 – 2013 (auslaufend) und 2014 – 2020 niedrigere investive Einnahmen in Höhe von 1,454 Mio. € (2014) bzw. 0,556 Mio. € (2015) veranschlagt. Die damit in Zusammenhang stehenden Ausgabenveränderungen sind produktplan-übergreifend berücksichtigt (saldenneutraler Vorgang).

Durch diese Veränderungen weichen die in **Anlage 1** ausgewiesenen Investitionsansätze von den Eckwertbeschlüssen des Senats vom 09. April 2013 ab; insgesamt ergeben sich

über alle Produktpläne allerdings nur saldierte Veränderungen von **2,984 Mio. € (2014)** bzw. **2,791 Mio. € (2015)**.

In den nachfolgenden differenzierten Produktplan-Ansätzen sind sämtliche Investitionen maßnahmenbezogen dargestellt und jeweils nach Schwerpunktbereichen

- **Tilgung bestehender Kapitaldienstfinanzierungen**
- **Kleine Unterhaltungs- und Beschaffungsmaßn. (Gruppen 700-719, 811/812)**
- **EU-, Bundes-, Landesprogramme**
- **Zuwendungen/Zuschüsse an Sondervermögen/Gesellschaften**
- **Sonstige (Einzel-) Maßnahmen**

zusammengefasst ausgewiesen.

Lediglich die Ansätze für Kleine Unterhaltungs- und Beschaffungsmaßn. (Gruppen 700-719, 811/812) sind aufgrund der Vielzahl kleinerer Einzelpositionen als Summenzeile ausgewiesen; auch hier sind die Ansätze pro Produktplan haushaltsstellenscharf hinterlegt.

In den jeweiligen differenzierten Produktplan-Ansätzen sind auch die veranschlagten investiven Mittel für **Zuweisungen an Eigenbetriebe, sonstige Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten öffentlichen Rechts** enthalten. Die diesbezüglichen differenzierten **Wirtschaftspläne 2014 / 2015** werden der Bremischen Bürgerschaft zur formalen Beschlussfassung in einem **gesonderten Papier** vorgelegt.

Die investiven **Planwerte** für die **Jahre 2016** und **2017** gemäß vorgeh. **Tabellen 9** und **20** sind als **vorläufige Ansätze** für das weitere Anpassungs- und Fortschreibungsverfahren zu betrachten; sie sind das Ergebnis einer pauschalen Fortschreibung und sind im Zuge zukünftiger Fortentwicklung u. U. geänderten Rahmen- und Prioritätensetzungen anzupassen.

Im weiteren Verfahren der maßnahmen-bezogenen Investitionsfortschreibung für die Jahre 2016 ff. sind dabei u.a. die bereits **feststehenden Prioritäten** für die Abfinanzierung von Kapitaldienstfinanzierungen (**53,301 Mio. € (2014)** bzw. **45,836 Mio. € (2015)**) sowie die Vorbelastungen durch erteilte Verpflichtungsermächtigungen (aktuell **209,643 Mio. € (2014)** bzw. **160,663 Mio. € (2015)** **mit Vorrang zu berücksichtigen**.

INVESTITIONSPROGRAMM 2012/2015
Anlage 1
Gesamtübersicht

Stand: 20.08.2013

Investive Einnahmen und Ausgaben - in Tsd. € -	IST	IST	Anschlag	Entwurf	
	2011	2012	2013	2014	2015
Investive Einnahmen	114.493	101.376	82.912	94.536	96.639
Investive Ausgaben	484.958	467.037	459.104	452.277	444.474
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	58.159	74.452	62.100	53.301	45.836
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	29.562	31.674	26.089	30.521	28.349
EU-, Bundes-, Landesprogramme	101.649	114.884	123.723	135.071	135.952
Zuwend./Zusch. an Sondervermö./Gesellschaften	192.576	140.127	154.384	152.050	146.041
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	103.012	105.900	92.808	81.334	88.296
Netto-Investitionen:	370.466	365.660	376.193	357.741	347.834
Globale Minderausgabe			-5.381	-4.764	-1.651
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	28.953	37.687	33.755	31.632	29.791
nachr.: inv. VE-Vorbelastungen insgesamt				209.643	160.663

INVESTITIONSPROGRAMM 2012/2015

Produktplan 01 Bürgerschaft

Stand: 20.08.2013

Investive Einnahmen und Ausgaben - in Tsd. € -	IST	IST	Anschlag	Entwurf	
	2011	2012	2013	2014	2015
Investive Einnahmen	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	278	745	430	445	449
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	196	269	279	289	299
0010.89310-0 Zuschüsse für die Sanierung des Hauses der Bürgerschaft (Tilgung Projekt 0207 S SVIT, Investitionen über Mieten refinanziert)	196	269	279	289	299
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	83	476	151	156	150
EU-, Bundes-, Landesprogramme	0	0	0	0	0
Zuwend./Zusch. an Sondervermö./Gesellschaften	0	0	0	0	0
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	0	0	0	0	0
Netto-Investitionen:	278	745	430	445	449
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	0	87	77	67	57
0010.56201-5 Zinszuschüsse für Instandsetzungsdarlehen für das Haus der Bürgerschaft		87	77	67	57
nachr.: inv. VE-Vorbelastungen insgesamt					

INVESTITIONSPROGRAMM 2012/2015

Produktplan 02 Rechnungshof

Stand: 20.08.2013

Investive Einnahmen und Ausgaben - in Tsd. € -	IST	IST	Anschlag	Entwurf	
	2011	2012	2013	2014	2015
Investive Einnahmen	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	0	4	12	12	134
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	0	0	0	0	0
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	0	4	12	12	134
EU-, Bundes-, Landesprogramme	0	0	0	0	0
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften	0	0	0	0	0
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	0	0	0	0	0
Netto-Investitionen:	0	4	12	12	134
nachr.: inv. VE-Vorbelastungen insgesamt					

INVESTITIONSPROGRAMM 2012/2015

Produktplan 03 Senat, Senatskanzlei, Kirchl. Angelegenh.

Stand: 20.08.2013

Investive Einnahmen und Ausgaben - in Tsd. € -	IST	IST	Anschlag	Entwurf	
	2011	2012	2013	2014	2015
Investive Einnahmen	151	34	0	0	0
3025.33101-9 Zuwendung des Bundes zur Förderung von Investitionen in nationale UNESCO-Welterbe	141	0	0		
3025.34201-0 Von Dritten für investive Maßnahmen in der UNESCO-Welterbestätte Bremer Rathaus	10	34			
Investive Ausgaben	2.170	2.777	2.740	2.600	2.600
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	0	0	0	0	0
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	105	126	131	134	135
EU-, Bundes-, Landesprogramme	1.818	1.880	2.449	2.305	2.305
3041.89390-6 Impulsgelder für lebenswerte Städte	950	989	1.055	949	949
0020.98515-1 An Hst. 6782/385 15, Impulsgelder für lebenswerte Städte	353	375	375	337	337
3041.79999-3 Globalmittel für orts- und stadtteilbezogene Maßnahmen			1.019	1.019	1.019
3041.89311-6 Investitionszuschüsse an Vereine, Verbände u. dgl. (stadtteilbezogene Maßnahmen)	515	516			
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften	0	0	0	0	0
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	247	771	160	161	160
3020.73602-9 Bau einer Trauerhalle auf dem jüdischen Friedhof	18	571			
3025.79010-2 Restaurierungs-, Sanierungs- und Sicherheitsmaßnahmen im Rathaus	23	48	110	51	110
3025.790 19-6 Maßnahmen zur Förderung und Erhaltung der UNESCO-Weltkulturerbe	206	34			
0257.89316-2 Investive Maßnahmen für das Projekt Gedenkstätte U-Boot Bunker 'Valentin'		118	50	110	50
Netto-Investitionen:	2.019	2.743	2.740	2.600	2.600
nachr.: inv. VE-Vorbelastungen insgesamt					

INVESTITIONSPROGRAMM 2012/2015

Produktplan 05 Bundes- / Europaangelegenheiten

Stand: 20.08.2013

Investive Einnahmen und Ausgaben - in Tsd. € -	IST	IST	Anschlag	Entwurf	
	2011	2012	2013	2014	2015
Investive Einnahmen	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	62	72	80	80	78
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	0	0	0	0	0
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	62	72	80	80	78
EU-, Bundes-, Landesprogramme	0	0	0	0	0
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften	0	0	0	0	0
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	0	0	0	0	0
Netto-Investitionen:	62	72	80	80	78
nachr.: inv. VE-Vorbelastungen insgesamt					

INVESTITIONSPROGRAMM 2012/2015

Produktplan 06 Datenschutz / Informationsfreiheit

Stand: 20.08.2013

Investive Einnahmen und Ausgaben - in Tsd. € -	IST	IST	Anschlag	Entwurf	
	2011	2012	2013	2014	2015
Investive Einnahmen	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	1	1	13	14	13
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	0	0	0	0	0
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	1	1	13	14	13
EU-, Bundes-, Landesprogramme	0	0	0	0	0
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften	0	0	0	0	0
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	0	0	0	0	0
Netto-Investitionen:	1	1	13	14	13
nachr.: inv. VE-Vorbelastungen insgesamt					

INVESTITIONSPROGRAMM 2012/2015

Produktplan 07 Inneres

Stand: 20.08.2013

Investive Einnahmen und Ausgaben - in Tsd. € -	IST	IST	Anschlag	Entwurf	
	2011	2012	2013	2014	2015
Investive Einnahmen	146	501	0	0	0
0034.13200-3 Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	5	5			
0034.13201-1 Erlös aus dem Verkauf von Kraftfahrzeugen		405			
0038.13200-8 Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	3				
3032.13201-3 Erlöse aus dem Verkauf von Kraftfahrzeugen	1				
3051.13200-8 Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	0				
3054.13201-7 Erlös aus dem Verkauf von Kraftfahrzeugen	19	5			
3054.13202-5 Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	2	1			
3054.13203-3 Erlös aus dem Verkauf von Rettungsdienstfahrzeugen	90	58			
3054.34210-0 Zuweisung der ÖVB für den Erwerb von Geräten	27	27			
Investive Ausgaben	7.563	8.548	5.589	6.855	6.301
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	1.992	1.688	1.556	1.207	805
0034.88411-0 An beauftragte Dritte für die Logistiksäule (Tilgung) Projekt 9927-L	161	132			
0034.89113-3 An das Sondervermögen Immobilien und Technik (investive Miete) - Anteil Tilgung Projekt 0203 S SVIT Polizei -	1.068	853	818	587	256
VE				587	256
3054.89110-4 An das Sondervermögen Immobilien und Technik (investive Miete) - Anteil Tilgung Projekt 0202 S SVIT Feuerwehr -	764	703	738	620	549
VE				620	549
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	4.876	6.214	3.404	4.457	3.805
EU-, Bundes-, Landesprogramme	0	0	0	0	0
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften	0	0	0	500	1.000
3054.88411-6 An SVIT für den Neubau eines Gerätehauses für die Freiwillige				500	1.000
VE				500	1.000
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	695	647	629	691	691
0034.86301-6 Darlehen an Bedienstete für den Rechtsschutz	11	15	12	15	15
3051.86301-0 Darlehen an Bedienstete für den Rechtsschutz	1	3	1	1	1
0031.98522-6 An Hst. 6110/38501, Kostenerstattung für investive Ausgaben der Polizei	584	568	536	536	536
0034.82311-1 Erwerb vorfinanzierter Anlagen im Rahmen von Energiesparcontracting	89	61	76	139	139
VE				64	64
3054.79031-6 Herstellung von Feuerlöschbrunnen	10		4		
Netto-Investitionen:	7.417	8.047	5.589	6.855	6.301
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	10	46	128	97	72
0034.56400-0 Zinsen für Projekte 9926-L und 9927-L Logistikzentrum und Logistikzentrum (Mehrkosten)	10	6			
3054.56410-3 Zinsen an das Sondervermögen Immobilien und Technik	185	19	65	50	37
0034.56410-8 Zinsausgaben an Sondervermögen	158	22	63	47	35
nachr.: inv. VE-Vorbelastungen insgesamt				1.770	1.869

INVESTITIONSPROGRAMM 2012/2015

Produktplan 08 Gleichberechtigung der Frau

Stand: 20.08.2013

Investive Einnahmen und Ausgaben - in Tsd. € -	IST	IST	Anschlag	Entwurf	
	2011	2012	2013	2014	2015
Investive Einnahmen	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	3	3	4	4	4
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	0	0	0	0	0
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	3	3	4	4	4
EU-, Bundes-, Landesprogramme	0	0	0	0	0
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften	0	0	0	0	0
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	0	0	0	0	0
Netto-Investitionen:	3	3	4	4	4
nachr.: VE-Vorbelastungen insgesamt					

INVESTITIONSPROGRAMM 2012/2015

Produktplan 11 Justiz

Stand: 20.08.2013

Investive Einnahmen und Ausgaben - in Tsd. € -	IST	IST	Anschlag	Entwurf	
	2011	2012	2013	2014	2015
Investive Einnahmen	40	2	0	0	0
0120.13210-5 Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	40	2	0	0	0
Investive Ausgaben	5.497	10.152	7.317	7.367	7.298
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	15	15	15	15	15
0132.88403-0 An das Sondervermögen Immobilien und Technik, Tilgung auf Sanierungskredite	15	15	15	15	15
VE				15	15
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	586	1.153	1.670	1.325	1.059
EU-, Bundes-, Landesprogramme	0	0	0	0	0
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften	4.895	8.852	5.542	5.927	6.124
0120.89111-1 An das Sondervermögen Immobilien und Technik für Sanierung der Anstaltsgebäude einschl. Sicherungsmaßnahmen	4.874	8.150	5.023	5.032	5.054
VE				5.032	5.054
0131.89111-3 An das Sondervermögen Immobilien und Technik für Sicherungsmaßnahmen im Gebäude des Landgerichts		36			
0131.89113-0 An das Sondervermögen Immobilien und Technik für den Bau eines barrierefreien Zugangs zum Gerichtshaus Domsheide 16	21	138			
0131.89114-8 An das Sondervermögen Immobilien und Technik für den Einbau einer akustischen Brandalarmierungsanlage		10	110		
0132.89115-0 An das Sondervermögen Immobilien und Technik für Sicherungsmaßnahmen im Gebäude des Amtsgerichts Bremen		180	244	300	40
0134.89115-7 An das Sondervermögen Immobilien und Technik für Sicherungsmaßnahmen im Gebäude des Amtsgerichts Blumenthal		53	50	50	20
0132.89116-8 An das Sondervermögen Immobilien und Technik für die Herrichtung von Archivräumen			100		
0134.89117-3 An das Sondervermögen Immobilien und Technik für die Barrierefreiheit des Amtsgerichts Blumenthal			15	40	
0120.89114-6 An das Sondervermögen Immobilien und Technik für die Umgestaltung und Erweiterung der offenen Anstalt				500	1.000
0120.89113-8 An das Sondervermögen Immobilien und Technik		285		5	10
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	1	132	90	100	100
0111.79010-8 Sicherungsmaßnahmen im Diensgebäude der Staatsanwaltschaft		10			
0132.79011-6 Sicherungsmaßnahmen im Gebäude des Amtsgerichts Bremen		20	10	20	20
0120.79042-0 Behebung einer Grundwasserverunreinigung auf dem Gelände der JVA Oslebshausen		77	80	80	80
0132.86301-6 Darlehen an Bedienstete für den Rechtsschutz	1				
0101.89211-5 Zuschüsse an Förderwerk Bremen GmbH für Investitionen		25			
Netto-Investitionen:	5.456	10.151	7.317	7.367	7.298
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	0	5	5	4	3
0132.56403-5 An das Sondervermögen Immobilien und Technik, Zinsen auf Sanierungskredite		5	5	4	3
nachr.: VE-Vorbelastungen insgesamt				5.047	5.069

INVESTITIONSPROGRAMM 2012/2015

Produktplan 12 Sport

Stand: 20.08.2013

Investive Einnahmen und Ausgaben - in Tsd. € -	IST	IST	Anschatz	Entwurf	
	2011	2012	2013	2014	2015
Investive Einnahmen	0	67	0	0	0
3191.34200-2 Von Dritten für die Sanierung von Sportstätten		67			
Investive Ausgaben	3.153	3.092	2.561	6.129	6.168
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	60	63	66	69	72
3191.88403-4 An das Sondervermögen Immobilien und Technik, Tilgung auf Sanierungskredite -Projekte 0207 S und 0208 S SVIT-	60	63	66	69	72
VE				64	67
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	16	11	13	13	13
EU-, Bundes-, Landesprogramme	0	0	0	0	0
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften	1.162	826	798	4.098	4.098
3191.89110-3 Zuschuss an die Bremer Bäder GmbH für Investitionen	888	826	798	798	798
3191.89210-0 Zuschuss an die Bremer Bäder GmbH zur Darlehenstilgung	25				
3191.89111-1 Zuschuss an die Bremer Bäder GmbH für den Neubau des Herbert-Ritze-Bades				3.300	3.300
3191.88440-9 An SVIT für den Neubau einer Begegnungsstätte und einer Bewegungshalle auf der BSA Marßel	249				
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	1.914	2.192	1.685	1.950	1.986
3191.89220-7 Zuschuss zur Infrastruktur für Sporthäfen	170	41	124	120	120
3191.89221-5 Zuschuss zur Infrastruktur für Badeseen		105	40	240	240
3191.73912-3 Sanierung von städtischen Sportstätten	994	937		1.050	1.050
3191.73919-0 Herrichtung des Sportplatzes Jacobsberg zu einem Kunstrasenplatz	47	100	100		
3191.73923-9 Erweiterung Umkleidegebäude Sportanlage Rablinghausen		210			
3192.73925-9 Sanierung von verpachteten Sportanlagen	47	54			
3191.89313-0 Zuschüsse an Vereine für die Sanierung von städtischen Sportanlagen	524	720	1.402	522	557
3191.89318-1 Zuschuss für den Bremer Hockey-Club zum Neubau einer Mehrzweckhalle auf dem Vereinsgelände einschl. Verlagerung der Tennisplätze	117				
3191.89316-5 Zuschuss für Investitionen zur Herrichtung der Jugendbildungsstätte Lidice-Haus	15	15	15	15	15
VE				15	15
3191.73915-8 Kosten für baufachtechnische Prüfungen	0	1	3	3	3
3191.86365-7 Darlehen an Sportvereine		8			
Netto-Investitionen:	3.153	3.092	2.561	6.129	6.168
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	33	30	32	29	26
3191.56400-5 Zinsausgaben an Sondervermögen	33	30	32	29	26
nachr.: VE-Vorbelastungen insgesamt				79	82

INVESTITIONSPROGRAMM 2012/2015

Produktplan 21 Bildung

Stand: 20.08.2013

Investive Einnahmen und Ausgaben - in Tsd. €-	IST	IST	Anschatg	Entwurf	
	2011	2012	2013	2014	2015
Investive Einnahmen	1.600	1	0	0	0
0230.13211-9 Erlös aus dem Verkauf unbrauchbarer und entbehrlicher Gegenstände		0			
3215.33401-4 Vom Sondervermögen Immobilien und Technik für Umbaumaßnahmen Oberschule Am Barkhof	1.600				
Investive Ausgaben	23.703	24.312	28.001	23.564	22.656
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	3.726	3.321	3.453	3.278	3.155
3239.89350-2 An das Sondervermögen investive Miete (mobile Schulausstattung) - Tilgung für Projekt 0201 S SVIT-	1.493	926	993	798	604
VE				798	604
3239.88403-1 An das Sondervermögen Immobilien und Technik, Tilgung auf Sanierungskredite -anteilige Tilgung Projekt 0208 S SVIT-	1.730	1.892	1.958	1.977	2.048
VE				1.976	2.048
3215.82315-5 Mietkaufraten für Neubau und Sanierung SZ Rockwinkel im PPP-Verfahren (Tilgung)	503		503		
3218.82315-6 Mietkaufraten für Neubau und Sanierung Oberschule		503		503	503
KI. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	11.941	10.725	12.039	10.468	10.687
Investive Schulbudgets	3.247	3.047	3.139	2.739	2.339
Programm "Mobile Schulausstattung"	1.821	1.699	1.800	1.300	1.000
Investive Ausg. Behörde und LIS	87	253	266	150	150
ADV-Ausstattung/Neue Medien	1.708	2.172	1.724	1.624	1.624
nutzerspezifische Baumaßnahmen	3.237	2.663	2.710	2.519	2.500
sonstige Maßnahmen	1.841	892	2.400	2.136	3.074
EU-, Bundes-, Landesprogramme	0	0	0	0	0
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften	0	0	0	0	0
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	8.036	10.266	12.509	9.818	8.814
Investive Mieten an SVIT	792	858	739	739	739
3239.88409-0 Investive Mieten an Sondervermögen Immobilien und Technik	792	858	739	739	739
Ganztagsschulen in Bremen	3.000	4.000	3.000	500	400
3210.72200-8 Umbaumaßnahmen zur Einrichtung von Ganztagsschulen im Grundschulbereich	2.000	2.500	2.000	500	400
3215.72200-6 Umbaumaßnahmen zur Einrichtung von Ganztagsschulen in der Sekundarstufe I	1.000				
3218.72200-7 Umbaumaßnahmen zur Einrichtung von Ganztagsschulen		1.500	1.000		
Ganztagsschulen in Bremerhaven	1.000	950	850	0	0
0201.98514-5 An Hst. 6205/385 04 für das Ganztagsschulprogramm	1.000	950	850		
schulstrukturelle Baumaßnahmen	2.935	1.131	1.500	220	650
3217.72232-1 Umbaumaßnahmen Gymnasium Horn (schulstrukturelle Änderungen)				220	650
VE				220	650
3214.72233-9 Umbaumaßnahme IS Leibnizplatz			220		
3210.72223-7 Einrichtung eines Quartiersbildungszentrums am Standort Grundschule Robinsbalje	100	22			
3210.72226-1 Baumaßnahme Grundschule Buntentorsteinweg		8			
3210.72233-4 Umbaumaßnahme Grundschule Oberneuland	300	400	321		
3210.72234-2 Umbaumaßnahmen an der Grundschule Paul-Singer-Straße		326			
3210.72235-0 Umbaumaßnahmen an der Grundschule Osterhop			429		
3210.72236-9 Um- und Erweiterungsmaßnahmen an der Grundschule St. Magnus			530		
3215.72215-4 Errichtung eines Quartiersbildungszentrums Gröpelingen	800				
3218.72215-5 Errichtung eines Quartiersbildungszentrums Gröpelingen		376			
3215.89401-0 Zuschuss für die Umbaumaßnahme Oberschule Am Barkhof	1.300				
3239.72210-4 Umbau und Erweiterung des FÖZ Vegesacker Straße	435				
sonstige Einzelmaßnahmen	309	3.327	6.420	8.359	7.025
3216.72371-5 Neuordnung weiterer Ausbildungsberufe			150	150	150
3216.72233-6 Umbaumaßnahmen SZ Bördestraße	259				
3239.89310-3 Investitionszuschüsse an Schullandheimvereine	51	51	50	50	50
3218.72220-1 Um- und Erweiterungsbauten an der Oberschule Kurt-Schumacher-Allee		300	1.170	1.600	1.500

INVESTITIONSPROGRAMM 2012/2015

Produktplan 21 Bildung

Stand: 20.08.2013

Investive Einnahmen und Ausgaben - in Tsd. €-	IST	IST	Anschatz	Entwurf	
	2011	2012	2013	2014	2015
3218.72221-0 Um- und Erweiterungsbauten an der Wilhelm-Olbers-Oberschule		200	900	1.500	1.000
3218.72222-8 Um- und Erweiterungsbauten an der Oberschule im Park		450	1.300	1.500	1.000
3218.72223-6 Um- und Erweiterungsbauten an der Neuen Oberschule Gröpelingen		1.251	250	1.047	1.047
VE				1.047	1.047
3218.72233-3 Umbaumaßnahme Oberschule Leibnizplatz		674			
3218.72224-4 Neubau der Oberschule Ohlenhof		400	2.600	1.700	1.700
3218.72226-0 Um- und Erweiterungsbauten an der Oberschule an der Egge				637	403
3215.88411-1 An SVIT für den Erwerb vorfinanzierter Anlagen im Rahmen des					
VE				503	503
3216.88411-5 An SVIT für den Erwerb vorfinanzierter Anlagen im Rahmen des				117	117
3218.88411-2 An SVIT für den Erwerb vorfinanzierter Anlagen im Rahmen des				58	58
Netto-Investitionen:	22.103	24.311	28.001	23.564	22.656
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	2.844	969	949	837	742
Projekt 0207 S Investive Miete SVIT	1.778				
3239.56403-7 An das Sondervermögen Immobilien und Technik, Zinsen auf Sanierungskredite	906	737	734	639	561
3218.56415-0 Mietkaufraten für Neubau und Sanierung Oberschule Rockwinkel im PPP-Verfahren (Zinsen)	160	232	215	198	181
nachr.: VE-Vorbelastungen insgesamt				4.545	4.852

INVESTITIONSPROGRAMM 2012/2015

Produktplan 22 Kultur

Stand: 20.08.2013

Investive Einnahmen und Ausgaben - in Tsd. € -	IST	IST	Ansschlag	vorl. Ressortanmeld.	
	2011	2012	2013	2014	2015
Investive Einnahmen	568	85	733	733	733
0261.33111-0 Bundeszuschuss nach der Rahmenvereinbarung Forschungsförderung (Investitionen)	239				
0261.33211-6 Länderzuschüsse nach der Zusatzvereinbarung Forschungsförderung (Investitionen)	24				
0261.33110-1 Vom Bund für den Erweiterungsbau	200				
0256.34210-3 Von der Stiftung 'Wohnliche Stadt' aus dem Spielbankabgabeanteil	65	85			
3288.34210-4 Von der Stiftung 'Wohnliche Stadt' aus dem Spielbankabgabeanteil	40				
0251.38712-5 Von Hst. 6321/987 02 für die Beteiligung Bremerhavens an der Kulturförderung (investiv)			733	733	733
Investive Ausgaben	7.857	5.836	9.179	8.676	8.821
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	83	87	90	94	98
3289.88403-2 An das Sondervermögen Immobilien und Technik, Tilgung auf Sanierungskredit (Übersee-Museum)	83	87	90	94	98
VE				94	98
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	162	106	67	79	90
Gr. 700 Kleinere Um- u. Erw.bauten	70	52	40	40	42
Gr. 719 Herst. v. Fernmeldeanl.	0	0	0	0	0
Gr. 811 Erwerb v. Fahrzeugen	0	0	0	0	0
Gr. 812 EDV u. Inventar	93	53	27	39	48
EU-, Bundes-, Landesprogramme	812	115	4.301	4.337	4.343
0261.89311-8 Verwendung der Zuschüsse des Bundes und der Länder für Investitionen	325				
0261.89312-6 Zuschuss an die Stiftung Deutsches Schifffahrtsmuseum für die Neugestaltung der Ausstellung im Scharoun-Bau	200				
0261.89313-4 Zuschuss an die Stiftung Deutsches Schifffahrtsmuseum für Planungskosten Werkstattgebäude	112				
0261.89380-0 Zuschuss an die Stiftung Deutsches Schifffahrtsmuseum für Investitionen	175				
0251.89335-7 Forschungsprogramm- NS-verfolgungsbedingt entzogenes Kulturgut				20	20
0251.89330-6 Zuschuss für die Erweiterung/Sanierung des Deutschen Schifffahrtsmuseums			4.200	4.200	4.200
VE					1.019
0251.89331-4 Zuschuss an die Stiftung Deutsches Schifffahrtsmuseum für Investitionen		115	101	117	123
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften	2.626	3.956	3.087	1.764	1.664
3271.89110-4 Zuschuss an die Theater der Freien Hansestadt Bremen GmbH für	360	360	360	360	360
VE				360	360
3271.89114-7 Zuschuss an die Theater der Freien Hansestadt Bremen GmbH für	85	85	85	85	85
VE				85	85
3271.89115-5 Zuschuss an die Bremer Theater Grundstücks GmbH & Co. KG für	548	250	1.100	600	400
3271.89117-1 An das Sondervermögen Immobilien und Technik für Sanierungen im	200	810			
3289.89110-1 An das Sondervermögen Immobilien und Technik für	450	751	565		
3288.79040-9 Bauliche Maßnahmen in Bürgerhäusern und Bürger- und Gemein-	10	41	150	0	100
3288.88410-1 An das Sondervermögen Immobilien und Technik für die Sanierung des	270	940	108		
3289.89372-4 Zuschuss an den Eigenbetrieb Bremer Volkshochschule für	180	172	172	172	172
VE				161	
3289.89373-2 Zuschuss an den Eigenbetrieb Stadtbibliothek Bremen für Investitionen	498	498	498	498	498
VE				387	
3289.89374-0 Zuschuss an den Eigenbetrieb Musikschule Bremen für Investitionen	24	49	49	49	49
VE				45	
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	4.174	1.573	1.634	2.402	2.626
Theater	0	0	0	0	0
Museen	3.730	1.226	1.214	1.214	1.214
3289.89370-8 Zuschuss an die Stiftung Übersee-Museum Bremen für Investitionen	833	833	833	833	833

INVESTITIONSPROGRAMM 2012/2015

Produktplan 22 Kultur

Stand: 20.08.2013

Investive Einnahmen und Ausgaben - in Tsd. €-	IST	IST	Anschatg	vorl. Ressortanmeld.	
	2011	2012	2013	2014	2015
VE				776	776
3289.89371-6 Zuschuss an die Stiftung Focke-Museum Bremen für Investitionen	390	381	381	381	381
VE				381	
3270.89320-0 Zuschuss an den Kunstverein für den Erweiterungsbau	2.507	12			
Bürgerhäuser	0	0	0	0	0
Kulturzentren	154	109	150	100	100
3288.89320-8 Zuschuss an die Einrichtungen der freien Kulturarbeit für Investitionen	154	109	150	100	100
Volkshochschule	0	0	0	0	0
Stadtbibliothek	0	0	0	0	0
Sonstige	290	238	270	1.088	1.312
0256.89316-9 Zuwendungen an Dritte aus Mitteln der Stiftung 'Wohnliche Stadt'	85	103			
3288.79010-7 Kunst im öffentlichen Raum (Baumaßnahmen)	25	40	30	30	30
3288.89321-6 Zuschuss an das Kommunalkino e.V. für Baumaßnahmen zur	180	15		40	0
3288.86330-9 Bürgerschaft Apollon-Stiftung		80	40	40	40
3289.72520-1 Planungsmittel und Drittmittelakquise			100	178	42
0258.72510-7 Planungskosten für Magazinerweiterung (Staatsarchiv)			100		
3289.79999-0 Mehrausgaben (investiv)				800	1.200
Netto-Investitionen:	7.289	5.751	8.446	7.943	8.088
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	37	33	30	26	22
3289.56401-1 Zinsausgaben an Sondervermögen (Übersee-Museum)	37	33	30	26	22
nachr.: VE-Vorbelastungen insgesamt				2.289	2.338

INVESTITIONSPROGRAMM 2012/2015

Produktplan 24 Hochschulen / Forschung

Stand: 20.08.2013

Investive Einnahmen und Ausgaben - in Tsd. € -	IST	IST	Ansschlag	Entwurf	
	2011	2012	2013	2014	2015
Investive Einnahmen	14.935	13.424	13.360	26.558	26.578
0273.33111-5 Vom Bund für die Durchführung des BaföG-Darlehen Tertiärbereich				13.195	13.195
0270.33180-7 Zuweisungen des Bundes nach Art. 143c GG für Hochschulbaumaßnahmen	12.843	12.843	12.843	12.843	12.843
0270.33181-5 Zuweisungen des Bundes nach Art. 91b GG für Forschungsbauten	1.775	359		134	134
0290.33101-3 Bundeszuschuss für das Leibniz-Institut Zentrum für marine Tropenökologie (ZMT) -investiv	242	170	343	234	246
0290.33201-0 Länderzuschüsse für das Leibniz-Institut Zentrum für marine Tropenökologie (ZMT) -investiv	76	53	86	59	61
0290.33110-2 Bundeszuschuss für die BIPS-Institut GmbH			71	75	79
0290.33210-9 Länderzuschuss für die BIPS Institut GmbH			18	19	20
Investive Ausgaben	41.337	37.471	42.762	60.702	60.714
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	3.916	4.678	6.455	6.474	6.475
BKF 0604 L Abfinanzierung Exzellenzinitiative	0	742	2.500	2.500	2.500
Anteil Mietkaufprojekt SFG 9606 L01	427	427	427	427	427
Anteil Mietkaufprojekt IW3 9606 L02	427	427	427	427	427
Anteil Mietkaufprojekt Chemie 9606 L03	1.131	1.131	1.131	1.131	1.131
Anteil energet. Gesamtoptimier. SuUb 0213 L	370	370	370	370	370
Anteil Kapselkatapult 0303 L	71	75	77	80	63
Anteil Marum/ODP 0402 L	448	464	481	497	515
Umnutzung Roland-Kaserne (IUB)	0	0	0	0	0
Anteil Mietkaufprojekt HS Bhv 9606 L04	1.042	1.042	1.042	1.042	1.042
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	0	0	0	0	0
^^	0	0	0	0	0
Gruppe 812-814	0	0	0	0	0
EU-, Bundes-, Landesprogramme	23.167	16.925	19.735	34.111	31.936
Hochschulbaumaßnahmen	9.688	5.581	6.453	4.882	4.882
0270.89464-0 An die Universität für das ingenieurwissenschaftliche Forschungsverfügungsgebäude Photec	3.550	450			
0270.89474-7 An die Universität für Energiezentrale Ersatz Diesellaggregat Nr. 4/Sicherheitstechnische Anpassung E-Technik	275		500	500	0
VE				500	
0270.89482-8 An die Universität für Technische Erneuerung der Ver- und Entsorgungstrasse Ost	225	315			
0270.89483-6 An die Universität für die technische Erneuerung der Ver- und Entsorgungstrasse West	0	1.394			
0270.88210-2 Finanzierungsanteil am norddeutschen Hochleistungs		134		134	134
0270.89489-5 An die Hochschule Bremen für energietechnische Sanierung des AB-Traktes WAP	2.484	2.458	4.953	2.059	1.746
VE				2.059	1.650
0270.89450-0 An die Hochschulen und die Staats- und Universitätsbibliothek für Großgeräte	100	148	500	600	600
0270.79012-7 Projektentwicklung und Steuerung globaler Baunebenkosten <i>verschiedene bis Ende 2011 abgeschlossene Maßnahmen</i>	669	683	500	500	500
	2.385				
0270.89475-5 An die Universität für Technisches Zentrum Sanierung und Ergänzung	784				
0270.89495-0 An die Universität für apparative Ausstattung Campus-Netz	200				
0270.82111-1 Erwerb eines Grundstücks für den Ausbau der Hochschule Bremerhaven	-4				
0270.89496-8 An die Hochschule Bremerhaven für den weiteren Ausbau 2. BA (WAP)	805				
0270.89497-6 An die Hochschule Bremerhaven Ersteinrichtung weiterer Ausbau 2. BA (WAP)	600				
0270.89498-4 An die Hochschule Bremerhaven für Mietkaufraten Institutsbau An der Karlstadt 8, 4. BA (WAP)				1.089	1.902

INVESTITIONSPROGRAMM 2012/2015

Produktplan 24 Hochschulen / Forschung

Stand: 20.08.2013

Investive Einnahmen und Ausgaben - in Tsd. € -	IST	IST	Anschatz	Entwurf	
	2011	2012	2013	2014	2015
Gemeins. Forschungsförderung Bund/Länder (ohne EFRE)	6.888	5.598	8.680	7.463	6.754
0290.89327-5 Investitionszuschuss an das Deutsche Forschungszentrum für künstliche Intelligenz GmbH	273	325	300	350	350
0290.89329-1 Zuschuss an das Leibniz-Institut Zentrum für marine Tropenökologie (ZMT) investiv	589	413	685	468	491
0290.88210-9 An Mecklenburg-Vorpommern, Finanzierungsanteil Forschungsschiff		41			
0290.89308-9 Investitionszuschuss an die Deutsche Forschungsgemeinschaft	1.380	1.433	1.391	1.465	1.538
0291.89311-2 Zuschuss an die Stiftung "Alfred-Wegener-Institut" für Investitionen (ohne Bauten)	2.465	1.438	1.522	1.570	1.648
0290.89314-3 Investitionszuschuss an die Max-Planck-Gesellschaft	1.837	1.263	1.328	1.357	1.425
0290.89319-4 Investitionszuschuss an die Forschungsstelle Osteuropa	1	1	1	1	1
0290.89320-8 Investitionszuschuss an die Fraunhofer-Gesellschaft (FhG)	173	241	236	237	293
0290.89323-2 Investitionszuschuss an das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. (DLR)		90	146	150	158
0290.89302-0 Investitionszuschüsse an Mitgliedseinrichtungen WGL		78	120	120	120
0290.89388-7 Zuschuss für Neubau IFAM, 3. BA	170	275	2.950	1.745	730
VE				500	
Zuschuss für Neubau MeVis					
BAföG-Darlehen	3.877	4.057	4.472	0	0
0273.86311-7 Zahlungen nach dem BaföG (Darlehen Tertiärbereich)	-3	-1			
0273.86312-5 Zahlungen nach dem BaföG (Darlehen Tertiärbereich) -Neufälle-	-9	-16			
0273.86313-3 Ausgleich Sonderhaushalt 'BAföG-Darlehen' (Kapitel 2524)	3.886	4.003	4.472		
0273.87111-0 Inanspruchnahme aus der Ausfallhaftung für uneinbringbare Bankdarlehen nach dem BaföG	3	71			
EFRE-Programm Wissenschaft	2.714	1.688	130	1.466	0
<i>davon:</i>					
<i>Investitionszuschuss an das Imare EFRE-Programm Bremen 2007-2013</i>	156	35	14	0	0
0292.89361-2 Investitionszuschuss an das Imare EFRE-Programm Bremen 2007-2013	156	35	14		
<i>Investitionszuschuss an MeVis EFRE-Programm Bremen 2007 - 2013</i>	340	360	0	175	0
0292.89365-5 Investitionszuschuss an MeVis EFRE-Programm Bremen 2007-2013	340	360		175	
<i>Investitionszuschuss Windenergiecluster EFRE-Programm Bremen 2007 - 2013</i>	60	100	0	0	0
0292.89367-1 Investitionszuschuss Windenergiecluster EFRE-Programm Bremen 2007-2013	60	100	0		
<i>Investitionszuschuss Windenergiecluster EFRE-Programm Bremen 2007 - 2013 für Prüfstand Antriebsstrang Fipo 0292.89368-0</i>	0	163	116	291	0
0292.89368-0 Investitionszuschuss Windenergiecluster EFRE-Programm Bremen 2007 - 2013 für Prüfstand Antriebsstrang		163	116	291	
<i>Investitionszuschuss an das DFKI EFRE-Programm Bremen 2007-2013</i>	265	1.030	0	1.000	0
0292.89369-8 Investitionszuschuss an das DFKI EFRE-Programm Bremen 2007-2013	265	1.030		1.000	
VE				300	
<i>Investitionszuschuss an das DLR-Institut EFRE-Programm Bremen 2007-2013 Fipo 0292.89360-4</i>	1.893	0	0	0	0
0292.89360-4 Investitionszuschuss an das DLR-Institut EFRE-Programm Bremen 2007-2013	1.893	0	0		
BAföG	0	0	0	20.300	20.300
0273.86311-7 Zahlungen nach dem BAföG (Darlehen Tertiärbereich)				20.300	20.300
Zuwend./Zusch. an Sondervermö./Gesellschaften	0	0	0	0	0
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	14.254	15.868	16.572	20.117	22.303
Zuschuss zu den Investitionen der Hochschulen ohne Tilgung -	13.031	12.851	12.841	16.841	20.341
0274.89413-0 Zuschuss zu den Investitionen der Universität ohne Tilgung	8.253	8.053	8.063	8.063	8.063
VE				4.363	4.054

INVESTITIONSPROGRAMM 2012/2015

Produktplan 24 Hochschulen / Forschung

Stand: 20.08.2013

Investive Einnahmen und Ausgaben - in Tsd. € -	IST	IST	Anschatg	Entwurf	
	2011	2012	2013	2014	2015
0274.89490-3 Budgetaufstockung Universität (HGP III)					
0274.89423-7 Zuschuss zu den Investitionen der Hochschule Bremen	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
0274.89443-1 Zuschuss zu den Investitionen der Hochschule für Künste	500	520	500	500	500
0274.89453-9 Zuschuss zu den Investitionen der Hochschule Bremerhaven -ohne Tilgung-	2.078	2.078	2.078	2.078	2.078
0270.89451-8 An die Hochschulen für Sanierungsmaßnahmen				3.000	6.000
0290.89344-5 Investive Hochschulverstärkungsmittel (Schwerpunkte)				500	1.000
0274.89433-4 Zuschuss zu den Investitionen der Staats- und Universitätsbibliothek	200	200	200	700	700
Investitionszuschuss an das Studentenwerk	221	200	200	200	200
0273.89310-5 Zuschuss zu den Investitionen des Studentenwerkes Bremen					
0273.89410-1 Zuschuss zu den Investitionen des Studentenwerkes Bremen	221	200	200	200	200
Institutionelle Förderungen in Bremen (ohne EFRE)	238	664	326	312	370
0290.89309-7 Investitionszuschuss an 'BIAS Forschungs- und Entwicklungslabor für angewandte Strahltechnik GmbH'	100	100	100	100	100
0290.89310-0 Investitionszuschuss an die Stiftung 'Institut für Werkstofftechnik (IWT)'	60				
0290.89312-7 Investitionszuschuss an das Institut für angewandte Systemtechnik (ATB)	11	11	11	11	11
0290.89313-5 Investitionszuschuss an das Institut für Seeverkehrswirtschaft und Logistik (ISL)	14	14	14	14	14
0290.89334-8 Investitionszuschuss an das Bremer Energie-Institut (BEI)	16	2	21		
0290.89345-3 Investitionszuschuss an das Archiv für Populäre Musik	1		1		
0290.89361-5 Investitionszuschuss an das Institut für Informationsmanagement Bremen (ifib)	10	10	10	10	10
0290.89383-6 Investitionszuschuss an den Verein zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung in der FHB e.V.	2	2	2	2	2
0290.89387-9 Investitionszuschuss an die BIBA (Bremer Institut für Produktion und Logistik) GmbH	25	25	25	25	25
0290.89389-5 Investitionszuschuss an die BIPS-Institut für Epidemiologie und Präventionsforschung GmbH		500	142	150	158
0290.89338-0 Investitionszuschuss an Institut für MarineRessourcen GmbH (Imare)					50
Sonstige (Forschungs-)Förderung	764	2.153	3.205	2.764	1.392
0290.89321-6 Investitionszuschuss an das Hanse-Wissenschaftskolleg	225	225	225	225	225
0290.89340-2 Investitionszuschüsse für Anlauf- und Projektfinanzierungen im Forschungsbereich	539	1.928	2.980	2.539	1.167
Netto-Investitionen:	26.402	24.047	29.402	34.144	34.136
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	1.690	3.847	1.781	1.518	1.245
0274.56410-5 BKF-Zinsen für das Projekt 0604 LABfinanzierung Exzellenzinitiative		2.317	407	297	187
0274.56411-3 BKF-Zinsen für das Mietkaufprojekt SFG 9606 L 01	185	167	149	131	112
0274.56412-1 BKF-Zinsen für das Mietkaufprojekt IW3 9606 L 02	184	166	148	129	111
0274.56413-0 BKF-Zinsen für das MietkaufprojektChemie 9606 L 03	471	423	374	326	278
0274.56414-8 BKF-Zinsen für das Projekt 0213 LEnergetische GeamptimierungStaats- und Universitätsbibliothek	92	79	72	67	55
0274.56415-6 BKF-Zinsen für das Projekt 0303 L Kapselkatapult	13	11	8	5	1
0274.56416-4 BKF-Zinsen für das Projekt 0402 L Marum/OPD	312	296	279	263	245
0274.56417-2 BKF-Zinsen für das Mietkaufprojekt 9606 L 04Hochschule Bremerhaven	433	389	345	300	256
nachr.: VE-Vorbelastungen insgesamt				7.722	5.704

INVESTITIONSPROGRAMM 2012/2015

Produktplan 31 Arbeit

Stand: 20.08.2013

Investive Einnahmen und Ausgaben - in Tsd. € -	IST	IST	Anschlag	Entwurf	
	2011	2012	2013	2014	2015
Investive Einnahmen	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	750	1.234	951	1.891	1.587
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	0	0	0	0	0
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	13	54	56	533	93
EU-, Bundes-, Landesprogramme	698	1.121	860	1.358	1.494
Ausgleichsabgabe (Kapitel 0304)	698	1.121	860	1.358	1.494
0304.89310-9 Hilfen zur Schaffung von Arbeitsplätzen für schwerbehinderte	76	20		30	35
0304.89312-5 Hilfen zur Beschaffung von technischen Arbeitshilfen	35	89		100	100
0304.89313-3 Hilfen zum Erreichen der Arbeitsplätze	44	14		20	20
0304.89315-0 Hilfen zur Beschaffung und Erhaltung einer behinderungsgerechten	-2	-30			
0304.89318-4 Hilfen zur behinderungsgerechten Einrichtung von Arbeits- und	144	167		200	200
0304.89320-6 Zuwendungen an Einrichtungen zur Arbeits- und Berufsförderung	401	628	860	758	889
0304.89322-2 Aufbau und Ausstattung von Integrationsprojekten		232		250	250
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften	0	0	0	0	0
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	39	60	35	0	0
Zuschüsse für örtliche Beschäftigungsinitiativen	39	34	35	0	0
0305.89211-4 Zuschüsse für örtliche Beschäftigungsinitiativen	39	34	35		
Sonstige investive Maßnahmen	0	26	0	0	0
0306.89310-6 Zuwendungen an Dritte aus Mitteln der Stiftung 'Wohnliche Stadt'		26			
Netto-Investitionen:	750	1.234	951	1.891	1.587
nachr.: VE-Vorbelastungen insg. (nur konsumtiv)					

INVESTITIONSPROGRAMM 2012/2015

Produktplan 41 Soziales / Kinder / Jugend

Stand: 20.08.2013

Investive Einnahmen und Ausgaben - in Tsd. € -	IST	IST	Anschlag	Entwurf	
	2011	2012	2013	2014	2015
Investive Einnahmen	3.823	3.342	2.610	2.091	0
Investzuweis. f. Mehrgenerationenhaus Neue Vahr Nord	0	0	0	0	0
Sonstige investive Einnahmen	107	112	0	0	0
3431.34110-6 Ablösungsbeträge für die Anlage und Gestaltung von Kinderspielplätzen	80	64			
3431.34111-4 Ablösebeträge für die Anlage und Gestaltung von Kinderspielplätzen (Bremen-Nord)	1	22			
3431.34211-0 Von der Stiftung 'Wohnliche Stadt' für Bürgerinitiativen auf Spielplätzen	25	25			
Kinderbetreuungsfinanzierung 2008 - 2013 (KiföG)	3.716	3.230	2.610	2.091	0
0402.33443-6 Vom Sondervermögen Kinderbetreuungsausbau für Kinderbetreuungsfinanzierung 2008-2013 (KiföG)	3.716	3.230	2.610	2.091	
Investive Ausgaben	8.056	13.604	14.926	9.226	8.675
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	0	0	0	0	0
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	515	729	514	825	825
Gr. 700 Kleinere Um- u. Erw.bauten	324	588	250	499	499
Gr. 719 Herst. v. Fernmeldeanl.	0	0	0	0	0
Gr. 811 Erwerb v. Fahrzeugen	0	0	0	0	0
Gr. 812 EDV u. Inventar	191	141	264	326	326
EU-, Bundes-, Landesprogramme	3.734	7.230	6.610	2.091	0
An Träger zur Kinderbetreuungsfinanzierung 2008-2013	2.604	3.180	2.610	1.715	0
3432.89343-9 An Träger zur Kinderbetreuungsfinanzierung 2008-2013	2.604	3.180	2.610		
3432.89345-5 An Träger zur Kinderbetreuungsfinanzierung(KiZuFöG)2013-2014				1.715	
An Haushaltsstelle 6470/385 02 zur Kinderbetreuungsfinanzierung 2008-2013 inv.	1.129	4.050	4.000	376	0
0402.98543-7 An FiPos 6470/385 02 zur Kinderbetreuungsfinanzierung 2008-2013 investiv	1.129	50			
0402.98545-3 An Hst. 6470/385 06 zur Kinderbetreuungsfinanzierung KiZuFöG 2013-2014 (investiv)				376	
0402.98544-5 An Bremerhaven für den Ausbau U3 für 2012/2013		4.000	4.000		
Zuwend./Zusch. an Sondervermö./Gesellschaften	0	0	0	0	0
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	3.807	5.644	7.802	6.310	7.850
Investitionskostenzuschüsse infolge der Einführung der Pflegeversicherung	2.592	1.994	2.000	1.850	1.900
0401.89310-5 Investitionskostenzuschüsse infolge der Einführung der Pflegeversicherung	2.592	1.994	2.000	1.850	1.900
Investive Zuschüsse aus dem Fonds für Innovation und Strukturverbesserung in der Altenhilfe	314	375	375	375	375
0401.89320-2 Investive Zuschüsse aus dem Fonds für Innovation und Strukturverbesserung in der Altenhilfe	314	375	375	375	375
Zuschüsse für Investitionen für Spiel und Bewegung	347	368	225	325	325
3431.89323-0 Zuschüsse für Investitionen für Spiel und Bewegung	347	368	225	325	325
Nutzerbedingte Maßnahmen Ausbau Tagesbetreuung		564	1.000	1.100	1.100
3432.89310-2 An Träger für Investitionen in der Kindertagesbetreuung		564	1.000	1.100	1.100
Ausbau 3 bis 6jährige		1.706	4.000	0	0
3432.89320-0 Schwerpunktmittel 2012/13 für den Ausbau Kindertagesbetreuung		1.706	4.000		
Zuschüsse an Dritte	155	163	177	2.635	4.125
3431.89395-8 Zuschüsse an freie Träger für den Betrieb von Jugendfreizeitheimen für investive Ausgaben	18	14	32	35	35
3411.89310-2 Zuschüsse für Investitionen in Dienstleistungszentren und Begegnungsstätten	70	60	70	70	70
3431.89310-9 Zuschüsse für Investitionen zur Herrichtung der Jugendbildungsstätte Lidice-Haus				30	30
3432.89311-0 Zuschüsse an freie Träger für die Schaffung von KTH-Zusatzangeboten				410	400

INVESTITIONSPROGRAMM 2012/2015

Produktplan 41 Soziales / Kinder / Jugend

Stand: 20.08.2013

Investive Einnahmen und Ausgaben - in Tsd. € -	IST	IST	Anschlag	Entwurf	
	2011	2012	2013	2014	2015
3431.89312-5 Zuschüsse aus Mitteln der Stiftung "Wohnliche Stadt" für Spielplätze		25			
3431.89320-6 An freie Träger für die Herrichtung von Jugendclubs und Jugendräumen	67	64	75	90	90
3432.89440-0 Zuschuss an KiTa Bremen für Investitionen				2.000	3.500
Sonstige	399	475	25	25	25
3490.79001-1 Sanierung des Dienstgebäudes 'Am Sedanplatz 7'	124	59	25	25	25
3431.79025-3 Investive Maßnahmen im Rahmen 'Impulse für lebenswerte Städte'	50				
3490.89310-4 Zuweisungen für Investitionen für den Bewohner		248			
3431.89325-7 Zuschüsse an freie Träger aus Mitteln 'Impulse für lebenswerte Städte'	198	169			
3402.89303-5 Verwendung der Zuwendungen aus Mitteln der Stiftung 'Wohnliche Stadt' (Zuschüsse)	27				
Netto-Investitionen:	4.234	10.262	12.316	7.135	8.675
nachr.: VE-Vorbelastungen insgesamt					

INVESTITIONSPROGRAMM 2012/2015
Produktplan 51 Gesundheit

Stand: 20.08.2013

Investive Einnahmen und Ausgaben - in Tsd. € -	IST	IST	Anschlag	Entwurf	
	2011	2012	2013	2014	2015
Investive Einnahmen	91	0	0	0	0
Von Dritten für Mamma-Screening	0	0	0	0	0
Sonstige investive Einnahmen	91	0	0	0	0
Investive Ausgaben	27.111	27.029	27.123	36.868	36.900
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	397	397	397	397	397
Regionalisierung der Psychiatrie -Tilgung für Projekt 0011-L/0002-S-	397	397	397	397	397
3520.88420-2 Kapitaldienstfinanzierung: regionalisierung der Psychiatrie (Tilgung) - Tilgung für Projekt 0002-S-	132	132	132	132	132
VE				132	132
0520.88420-3 Kapitaldienstfinanzierung: regionalisierung der Psychiatrie (Tilgung) - Tilgung für Projekt 0011-L	265	265	265	265	265
VE				265	265
Zentraler OP und zentralisierte Aufnahme im ZKH St.-Jürgen-Straße -Tilgung für Projekt 9801-L/S-	0	0	0	0	0
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	178	164	188	534	402
Gr. 700 Kleinere Um- u. Erw.bauten	87	81	86	171	171
Gr. 719 Herst. v. Fernmeldeanl.	0	6	2	2	2
Gr. 811 Erwerb v. Fahrzeugen	0	0	34	130	39
Gr. 812 EDV u. Inventar	91	76	67	232	191
EU-, Bundes-, Landesprogramme	26.035	26.022	26.092	35.406	35.636
KHG: Kurzfristige Invest./Pauschalförderung	15.884	15.858	15.935	15.935	15.935
3520.89130-6 Kurzfristige Investitionen an Klinika der Gesundheit Nord	3.145	3.136	3.160	3.160	3.160
0520.89130-7 Kurzfristige Investitionen an Klinika der Gesundheit Nord	6.290	6.271	6.320	6.320	6.320
0520.89133-1 Kurzfristige Investitionen an Klinikum Bremerhaven Reinkenheide	1.451	1.453	1.422	1.422	1.422
3520.89231-0 Kurzfristige Investitionen an freigemeinnützige und private	1.365	1.368	1.361	1.361	1.361
0520.89231-1 Kurzfristige Investitionen an freigemeinnützige und private	2.730	2.735	2.723	2.723	2.723
0520.89233-8 Kurzfristige Investitionen an freigemeinnützige und private	903	895	949	949	949
KHG: Mittel- u. langfr. Investitionen	10.151	10.164	10.157	19.471	19.701
3520.89131-4 Mittel- und langfristige Investitionen an Klinika der Gesundheit Nord	1.229	2.061	2.033	3.876	3.922
0520.89131-5 Mittel- und langfristige Investitionen an Klinika der Gesundheit Nord	2.459	4.123	4.065	7.752	7.843
0520.89134-0 Mittel- und langfristige Investitionen an Klinikum Bremerhaven	4.139	829	868	1.711	1.732
0520.89232-0 Mittel- und langfristige Investitionen an frei gemennützige und private	1.089	1.679	1.688	3.293	3.332
VE				227	227
3520.89232-9 Mittel- und langfristige Investitionen an frei gemennützige und private	544	840	844	1.647	1.666
VE				113	113
0520.89234-6 Mittel- und langfristige Investitionen an frei gemeinnützige und private	691	633	660	1.192	1.205
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften	400	367	378	392	376
Zuschuss LUA Investitionen	400	367	378	392	376
0501.89110-0 Zuschuss an das Landesuntersuchungsamt für Investitionen	400	367	378	392	376
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	101	79	67	139	89
Sonstige Maßnahmen	101	79	67	139	89
0501.79000-1 Sonstige Baumaßnahmen	11				
0501.89415-0 Zuschuss an das Arzneimitteluntersuchungsinstitut-Nord GmbH für Investitionen		24		24	24
3510.89111-1 An die Klinika Bremen-Ost und Bremen-Nord für die Investitionen des SpsD	20	19	20	20	20
3510.89320-3 Zuschüsse für investive Maßnahmen in der Drogenhilfe	50	36	47	50	
0501.89320-0 Investitionszuschuss für das klinische Krebsregister				45	45
3501.89330-6 Zuschüsse für investive Maßnahmen zur Gesundheitsförderung	20				
Netto-Investitionen:	27.021	27.029	27.123	36.868	36.900

INVESTITIONSPROGRAMM 2012/2015

Produktplan 51 Gesundheit

Stand: 20.08.2013

Investive Einnahmen und Ausgaben - in Tsd. € -	IST	IST	Anschlag	Entwurf	
	2011	2012		2013	2014
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	245	181	225	157	145
0520.56401-2 BKF-Zinsen Regionalisierung der Psychiatrie	245	121	150	105	97
3520.56401-1 BKF-Zinsen Regionalisierung der Psychiatrie Zentral-OP St.Jürgen-Str.		60	75	52	49
nachr.: VE-Vorbelastungen insgesamt				737	737

INVESTITIONSPROGRAMM 2012/2015

Produktplan 68 Umwelt / Bau / Verkehr

Stand: 20.08.2013

Investive Einnahmen und Ausgaben - in Tsd. € -	IST	IST	Anschatz	Entwurf	
	2011	2012	2013	2014	2015
Investive Einnahmen	36.941	42.808	34.666	35.065	34.942
Vom Bund gem. GVFG (Verkehr)	11.063	11.063	11.063	11.063	11.063
Vom Bund gem. § 10 BremÖPNVG	13.393	18.153	12.341	12.526	12.526
Vom Bund für Städtebauförderung/Soziale Stadt	3.732	5.054	2.942	3.156	3.033
0696.33160-0 Finanzhilfen des Bundes für die soziale Stadt	607	910	577	436	357
0696.33110-3 Finanzhilfen des Bundes für die Städtebauförderung	1.679	3.148	2.300	2.720	2.676
0696.33140-5 Bundesmittel für den Investitionspakt	1.246	833	65		
3696.34115-9 Zinserträge für Städtebauförderungsmaßnahmen	11	8			
3696.34116-7 Tilgungsbeiträge für Städtebauförderungsmaßnahmen	188	152			
3696.34150-7 Ausgleichsbeträge und sonstige Beiträge für Städtebauförderungs-		2			
Vom Bund für den Generalpl. Küstenschutz	6.867	7.019	7.000	7.000	7.000
Sonstige	1.885	1.520	1.320	1.320	1.320
0627.33140-1 Vom Bund für forstwirtschaftliche Maßnahmen			120	120	120
3687.34120-0 Beiträge für Straßenanlagen einschließlich Zinsen	1.403	1.133	600	600	600
3687.34121-9 Vorausleistungen von Anliegern auf Erschliessungskosten	105	18	400	400	400
3681.34125-0 Ablösungsbeträge nach der Landesbauordnung im Bereich der Abteilung Bauordnung	331	321	180	180	180
3681.34126-8 Ablösungsbeträge nach der Landesbauordnung im Bereich des Bauamtes Bremen-Nord	46	48	20	20	20
Investive Ausgaben	100.689	103.203	106.449	91.502	91.716
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	2.182	11.907	1.314	1.365	1.421
<i>Projekt 0015 L A 281</i>		10.000			
<i>Zuschuss an die Bremer-Aufbau Bank GmbH für Wohnraumförderung - Tilgung (BKF 9702-L)</i>	1.739	821	855	889	926
<i>Zuschuss an die Bremer-Aufbau Bank GmbH für Wohnraumförderung - Tilgung (BKF 9703-S)</i>	437	441	459	476	495
<i>Investive Zuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur/Verkehr (BgA) -Tilgung (BKF 7301-S)</i>	6	645			
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	1.060	638	529	1.449	1.074
EU-, Bundes-, Landesprogramme	32.181	36.482	32.754	31.666	33.174
GVFG-Mittel	11.063	11.063	11.063	11.063	11.063
0687.89110-4 An öffentliche Unternehmen, Finanzhilfen nach dem GVFG (Bremen)	9.108	9.072	9.072	9.072	9.072
0687.98510-9 An Hst. 6651/385 04, Finanzhilfen nach dem GVFG	1.955	1.991	1.991	1.991	1.991
ÖPNVG-Mittel	13.393	18.153	12.341	12.526	12.526
0687.89120-1 An öffentliche Unternehmen, Ausgaben gemäß § 10 BremÖPNVG (Bremen)	10.996	15.718	10.120	10.271	10.271
0687.89122-8 An öffentliche Unternehmen, Ausgaben gemäß § 10 BremÖPNVG (Bremerhaven)	1.922	1.380	1.111	1.127	1.127
0687.98520-6 An Hst. 6651/385 05, Finanzhilfen gemäß § 10 BremÖPNVG	475	1.054	1.110	1.128	1.128
Städtebauförderung/Soziale Stadt/etc., einschl. EFRE	5.345	5.974	8.943	7.670	9.178
3696.89220-1 Städtebauförderungsmittel an Private für investive Maßnahmen	165	97			
3696.89250-3 Zuschüsse an Dritte für das Programm "Wohnen in Nachbarschaften (WIN)"	118	26	1.750	1.750	1.750
3696.89260-0 Zuschüsse an Dritte für das Programm 'Soziale Stadt'	513	605	1.449	592	388
3696.89262-7 Zuschüsse für Maßnahmen der Städtebauförderung West - Sanierungsgebiet Walle -	94	-6	5		
3696.89263-5 Zuschüsse für Maßnahmen der Städtebauförderung West - Hohentor -	274	142	763	218	255
3696.89271-6 Zuschüsse für Maßnahmen der Städtebauförderung West - Huckelriede -	263	1.784	1.341	581	1.500
3696.89272-4 Zuschüsse für Maßnahmen Aktive Zentren und Nebenzentren - Sanierungsgebiet Innenstadt/Teerhof/vordere Neustadt	926	436	1.520	972	906
3696.89275-9			276		
3696.89280-5 Zuschüsse für Maßnahmen des Denkmalschutzes		1	470	278	400
3696.89321-6 Stadtbau West, Bremer Westen				399	771
3696.89323-2 Denkmalschutz West (Bremer Westen)				70	189
3696.89324-0 Aktive Zentren und NebenzentrenSchwerpunktgebiet Walle				1.148	1.268

INVESTITIONSPROGRAMM 2012/2015

Produktplan 68 Umwelt / Bau / Verkehr

Stand: 20.08.2013

Investive Einnahmen und Ausgaben - in Tsd. € -	IST	IST	Anschatz	Entwurf	
	2011	2012	2013	2014	2015
3696.89320-8 Zuschüsse für Maßnahmen der Städtebauförderung	1.969	39			
3696.89350-0 Durchführung des EU-Programms EFRE			441		
3696.89351-8 Integrierte Stadtentwicklung, EU-Programm EFRE(Förderphase 2014 - 2020)					350
3696.89352-6 Integrierte Stadtentwicklung, EU-Programm EFRE(Förderphase 2014 - 2020)				250	100
3696.89354-2 Durchführung des EU-Programms Ziel 2		1.124			
0696.88310-6 Anteil Bremens für den Fonds der Metropolregion				260	260
0696.98511-1 An Kapitel 6625, Weiterleitung von Bundesmitteln für den Investitionspakt	36	77	65		
0696.98513-8 An Hst. 6625/385 02, Bundesfinanzhilfen für den Stadtumbau West	879	806	446	853	740
0696.98514-6 An Hst. 6625/385 09, Bundeshilfen für die aktive		-6	114	82	116
0696.98515-4 An Hst. 6625/385 10, Bundesfinanzhilfen für denDenkmalschutz West			116	145	124
0696.98516-2			93		
0696.98560-0 An Hst. 6625/385 05, Finanzhilfen des Bundes für die soziale Stadt	107		94	72	61
0697.88410-6 Zuschuss an die Bremer-Aufbau Bank GmbH für Wohnraumförderung		851			
VE				1.117	925
Abwasserabgabe	1.845	1.201	380	380	380
0628.75011-4 Anlage von Gewässerrandstreifen und naturnaher Gewässeraufbau		22	20	20	20
0628.75010-6 Entschlammung/Renaturierung von Gewässern	464	326	25	25	25
0628.79015-9 Förderung von Bodensanierungsvorhaben	999	503	35	35	35
0628.88120-0 Invest. Kosten zur Bekämpfung v. Meeresverschmutzungen im See- und Küstenbereich	48	118	75	75	75
0628.88210-0 An Niedersachsen für die Gütemeßstelle Arge-Weser	105	105	75	75	75
0628.89310-1 Zuschüsse für Entsieglung/Dachbegrünung/RWA	149	105	30	30	30
0628.98517-0 An Hst. 6502/385 10 für Entsiegelungsmaßnahmen			10	10	10
0628.98521-9 An Hst. 6502/385 04 für Maßnahmen nach dem Abwasserabgabengesetz (investiv)	80	23	110	110	110
Wasserentnahmegebühr	535	92	27	27	27
0629.89220-6 Förderung der Trinkwassereinsparung	20		10	10	10
0629.89222-2 Maßnahmen zur Sicherung von Energieressourcen	515	92	10	10	10
0629.89224-9 Förderung der Technologieentwicklung zum Ressourcenschutz			5	5	5
0629.98522-0 An Hst. 6502/385 11 für die Durchführung des BrGruWEGG (Investitionen)			2	2	2
Zuwend./Zusch. an Sondervermö./Gesellschaften	47.657	40.689	56.120	48.984	47.517
Investive Zuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur/Verkehr (ASV)	16.800	20.376	18.614	16.727	15.224
3687.88410-7 Investive Zuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur / Verkehr (ASV)	16.800	20.376	18.614	16.727	15.224
VE				12.707	10.977
Investive Zuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur/Verkehr (ASV) (Ringtausch KPII nur 2010/2011)	4.400	0	0	0	0
Investive Zuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur/Verkehr (BgA)	11.060	4.574	2.410	2.390	2.210
3687.88411-5 Investive Zuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur / Verkehr (BgA)	11.060	4.574	2.410	2.390	2.210
VE				9.570	5.450
Investive Zuweisung an das SV Infrastruktur/Grün (Deichverbände - Große Lösung)	12.878	12.932	20.389	16.775	16.741
0627.88401-0 Investive Zuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur/Grün (Deichverbände -Große Lösung)	1.436	1.436	1.436	661	661
3627.88401-9 Investive Zuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur/Grün (Deichverbände -Große Lösung)	1.504	1.477	1.453	1.454	1.420
0627.88402-8 Zuweisungen an das Sondervermögen für den Generalplan Küstenschutz	9.938	10.019	17.500	14.660	14.660
VE				12.280	12.010

INVESTITIONSPROGRAMM 2012/2015

Produktplan 68 Umwelt / Bau / Verkehr

Stand: 20.08.2013

Investive Einnahmen und Ausgaben - in Tsd. € -		IST	IST	Anschlag	Entwurf	
		2011	2012	2013	2014	2015
	Investive Zuweisungen an das SV Infra/Grün (für Stadtgrün/Umweltbetrieb Bremen)	555	610	610	610	610
	Zuweisungen für Investitionen an das Sondervermögen Infrastruktur / Wohnungsbau (Grundstückskauf)	1.664	1.546	841	750	750
	Zuschuss an die Bremer-Aufbau Bank GmbH für Wohnraumförderung - darunter auch Tilgung, die im Wesentlichen allerdings aus den direkten Einn. des Treuhandvermögens gezahlt werden.	300	651	1.524	0	0
0697.88410-6	Zuschuss an die Bremer-Aufbau Bank GmbH für Wohnraumförderung Tilgung Projekt 9702-L			855		
0681.88810-1	An die Bremer Aufbau Bank GmbH, Vergütung für die Durchführung der Wohnraumförderung		198	198		
3681.88810-0	An die Bremer Aufbau Bank GmbH, Vergütung für die Durchführung der Wohnraumförderung		12	12		
3681.88410-5	Zuschuss an die Bremer-Aufbau Bank GmbH für Wohnraumförderung				414	421
VE						
3681.88410-5	Zuschuss an die Bremer-Aufbau Bank GmbH für Wohnraumförderung tilgung Projekt 9703-S	300	441	459		
	Verlust der Bremer Straßenbahn AG (Kapitaldienst - Tilgung- für Fahrzeuge). <i>Ausgabe/Ist als Verrechnung an PPL 92; hier nicht mitaddiert</i>	0	0	11.732	11.732	11.732
	Neubeschaffung Straßenbahnen				0	250
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen		19.792	25.394	17.047	9.404	9.952
	A 281 (alt AIP) - Tilgung 2012 (BKF 0015L); bremische Projektmittel	6.965	15.204	9.870	4.000	4.000
0994.73016-9	Planung der A281 (2. und 5. BA)					
0687.73016-0	A 281 (alt AIP)	6.965	15.204	9.870	4.000	4.000
VE					6.000	6.000
	Planungskosten Cherbourger Straße (alt AIP)	1.039	2.251	2.000	2.000	2.000
0687.98584-2	An Hst. 6782/385 16 Planungskosten Cherbourger Straße (alt AIP)	1.039		2.000		
0687.73084-4	Planungskosten Cherbourger Straße (alt AIP)		2.251		2.000	2.000
VE					2.000	2.000
	Lärmschutz und Ausfahrt A1, Anschlussstelle Uphusen	60	63	0	100	250
0687.73052-6	Lärmschutz und Ausfahrt A1, Anschlussstelle Uphusen	60	63	0	100	250
VE					100	250
	An die Deutsche Bahn AG für Bahnhöfe Vegesack/St. Magnus/ Mahndorf	1.254	218	0	0	0
	Anteil Bremens am Fonds der gemeinsamen Landesplanungsarbeit Bremen/Niedersachsen	260	260	260	0	0
	CO2-Reduktionsprogramm	1.403	1.185	1.200	1.200	1.200
0601.89320-7	Zuschüsse für Maßnahmen zur Energieeinsparung	1.403	1.185	1.200	1.200	1.200
VE					500	
	Programm PFAU, Umwelttechnologie u. Innovationsförderung (einschl. EFRE)	1.432	1.339	1.200	300	500
0601.89360-6	Unterstützung für Umwelttechnologien und erneuerbare Energien (alt AIP)	-156	-150			
0601.89359-2	Durchführung des Programms PFAU, Umwelttechnologie und Innovationsförderung (inkl. EU-EFRE)	1.588	1.489	1.200	300	
0601.89402-5	Durchführung des Programms PFAU, Umwelttechnologie und Innovationsförderung (inclusive EU-EFRE 2014 -2020)					500
	Umweltorientierte Infrastrukturmaßn. (EFRE)	386	593	82	0	250
	Programm REN	249	239	200	200	248
0601.89358-4	Durchführung des Programms REN (alt AIP)	249	239	200	200	
VE					200	200
0601.89401-7	Durchführung des Programms REN (EFRE 2014 - 2020)					248
	Altlastensanierungsprogramm	795	278	250	250	250
	Projekt "Lebensader Weser" EFRE	-43	297	81	0	0
	Fördermaßnahmen Lärmaktionsplan	396	381	250	500	500
3601.89310-9	Fördermaßnahmen Lärmaktionsplan	396	381	250	500	500

INVESTITIONSPROGRAMM 2012/2015

Produktplan 68 Umwelt / Bau / Verkehr

Stand: 20.08.2013

Investive Einnahmen und Ausgaben - in Tsd. € -	IST	IST	Anschatz	Entwurf	
	2011	2012	2013	2014	2015
VE				250	0
Weiterbau der B74	56	2	0	0	0
A 27	705	721	0	0	0
Neuordnung Kleingärten	273	356	50	200	200
Sonstige Investitionsmaßnahmen	4.562	2.006	1.604	654	554
3627.73732-6 Kosten des Bauvorhabens Botanika	131	15			
VE				1.000	0
0680.79010-8 Umbaumaßnahmen zur Errichtung eines Service-Centers Bau	398	24			
3627.89401-4 An den Umweltbetrieb Bremen für Rahmenanlagen auf Friedhöfen	84	84	84	84	84
3691.79001-0			900		
0627.89340-0 Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen			170	170	170
0687.73053-4			150	100	
3682.72520-5 Durchführung des Projekts 'Grüner Ring / Region Bremen'	18				
3687.73018-5 Einrichtung Umweltzone	2				
0681.89116-1 Investitionszuschüsse für die Durchführung des EU-Projektes VIKING	203				
0687.89190-2 Innenstadt/Stadtteilzentren (alt AIP)	324	27			
0681.98514-0 An Hst. 6612/385 02 für Landesaufgaben des Vermessungs- und Katasteramtes (investiv)	72	72	72	72	72
0681.98517-4 An Hst. 6640/38502 für Landesaufgaben des Amtes für Bauförderung (investiv)	28	28	28	28	28
3681.89125-0 Zuweisung an Trägergesellschaften für Garagenbauten	380	330	200	200	200
0601.89355-0 Durchführung des Programms AUF (inkl. EFRE)	647				
0601.89356-8 Projekt CWMT (alt AIP)	2.275	1.426			
Netto-Investitionen:	63.749	60.395	71.783	56.437	56.774
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen		1.500	1.057	874	819
0687.56436-7 Zinsen für Projekt 0015-LBau der BAB A 281 (alt AIP)		366			
3687.56411-0 Zinsen für Projekt "Ansteuerung Lichtsignalanlagendurch Busse"		26			
0697.56401-2 An die BAB -Zinsen für Wohnraumförderung-		1.108	1.057	874	819
nachr.: VE-Vorbelastungen insgesamt				46.138	38.233

INVESTITIONSPROGRAMM 2012/2015

Produktplan 71 Wirtschaft

Stand: 20.08.2013

Investive Einnahmen und Ausgaben - in Tsd. € -	IST	IST	Anschlag	Entwurf	
	2011	2012	2013	2014	2015
Investive Einnahmen	29.366	27.872	20.806	19.352	23.650
Von der EU, Zentrale Einnahme für das Programm EFRE 2007 - 2013 (Bescheinigungsbehörde)	9.188	3.557	0	0	0
Von der EU für Maßnahmen innerhalb des Programms EFRE 2007 - 2013 bei Wirtschaft	5.298	6.291	11.000	10.800	10.500
Von der EU für Maßnahmen innerhalb des Programms EFRE 2007 - 2013 bei SUBVE	4.750	2.493	1.404	0	848
Von der EU für Maßnahmen innerhalb des Programms EFRE 2007 - 2013 bei SBW	2.238	2.181	698	698	698
Von der EU für das Fischereiprogramm EFF	1.128	633	1.300	1.300	1.300
Von der EU für Maßnahmen innerhalb des Programms Ziel-2 (Phase V) andere Kapitel	0	1.124	0	0	0
Von der EU für Maßnahmen innerhalb des Programms "EFRE" Ziel-2 (Phase V)	0	4.508	0	0	0
Von der EU für Maßnahmen im Rahmen des Programms 'EFRE' 2007-2013 in Bremerhaven	0	1.474	0	0	0
EFRE-Programm 2014/2020	0	0	0	0	3.400
Vom Bund für Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsstruktur (GRW)	2.377	1.800	2.000	2.150	2.500
Vom Bund, Entwicklung ländlicher Raum/GAK	164	63	254	254	254
Vom Bund für Zuschüsse zur Verbesserung der Marktstruktur (54	48	150	150	150
Von der EU für URBAN II	504	0	0	0	0
Kostenerstattung von Bremerhaven	3.664	3.700	4.000	4.000	4.000
Investive Ausgaben	95.856	90.163	85.430	73.179	68.954
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	26.483	20.368	18.894	10.701	3.643
BKF-Tilgung für das Projekt 0214-L Umstrukturierungsmaßnahmen Überseestadt	9.778	2.528	2.528	2.528	0
0715.89329-0 BKF-Tilgung für das Projekt 0214-L Umstrukturierungsmaßnahmen Überseehafen	9.778	2.528	2.528	2.528	
VE				2.528	
BKF-Tilgung für das Projekt 0002-L Innenstadtentwicklung Bremerhaven	1.841	1.178	707	44	0
0716.89149-6 BKF-Tilgung für das Projekt 0002-L Innenstadtentwicklung Bremerhaven	1.841	1.178	707	44	
VE				44	
BKF-Tilgung für das Projekt 0602-L Gewerbepark Hansalinie Flächenkäufe	736	736	736	585	0
0715.89327-4 BKF-Tilgung für das Projekt 0602-L Gewerbepark Hansalinie Flächenkäufe	736	736	736	585	
VE				573	
BKF-Tilgung für das Projekt 9913-L Bremer Vulkan Baustein Ost	545	545	545	545	545
0715.89322-3 BKF-Tilgung für das Projekt 9913-L Bremer Vulkan Baustein Ost	545	545	545	545	545
VE				545	545
BKF-Tilgung für das Projekt 9916-L Bremer Vulkan Erschließung	526	526	526	526	526
0715.89330-4 BKF-Tilgung für das Projekt 9916-L Bremer Vulkan Erschließung	526	526	526	526	526
VE				526	526
BKF-Tilgung für das Projekt 9919-L Logistikzentrum GVZ/ Niedervieland	2.572	2.572	2.572	2.572	2.572
0715.89324-0 BKF-Tilgung für das Projekt 9919-L Logistikzentrum GVZ / Niedervieland	2.572	2.572	2.572	2.572	2.572
VE				2.572	2.572
BKF-Tilgung für das Projekt 0410-L Innenstadtplafonds Bremerhaven	5.195	5.195	5.195	2.715	0
0716.89365-0 Tilgung für das Projekt 0410-L Investitionszuschüsse an Bremerhaven	5.195	5.195	5.195	2.715	
VE				2.715	
BKF-Tilgung für das Projekt 0502-L Universum	3.611	3.467	3.323	474	0
0715.89325-8 BKF-Tilgung für das Projekt 0502-L Universum	3.611	3.467	3.323	474	
VE				474	

INVESTITIONSPROGRAMM 2012/2015

Produktplan 71 Wirtschaft

Stand: 20.08.2013

Investive Einnahmen und Ausgaben - in Tsd. € -		IST	IST	Anschlag	Entwurf	
		2011	2012	2013	2014	2015
	BKF-Tilgung für das Projekt 0503-L Bremer Industriepark	1.787	1.787	1.340	0	0
	BKF-Tilgung für das Projekt 0603-L Gewerbepark Hansalinie	1.071	1.071	1.009	0	0
	Flächenkäufe II					
	BKF-Tilgung für das Projekt 9909-L Huckelriede/Cambrai-Kaserne	217	210	203	179	0
0715.89323-1	BKF-Tilgung für das Projekt 9909-L Huckelriede/Cambrai-Kaserne	217	210	203	179	
VE					173	
	Schuldendiensthilfen an die BIS (Tilgung für Projekte 9602-L und 9922-L)	1.556	553	210	533	0
0706.89126-9	Schuldendiensthilfen an die BIS (Tilgung für Projekte 9602-L und 9922-L)	1.556	553	210	533	
VE					211	
	BKF-Tilgung für das Projekt 0407-L Gewerbepark Hansalinie Arberger Marsch	-418	0	0	0	0
	BKF-Tilgung für das Projekt 0101-L Erschließung des Gewerbegebietes Airport-Stadt	-2.535	0	0	0	0
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)		18	22	12	17	17
	Gr. 700 Kleinere Um- u. Erw.bauten	2	0	2	0	0
	Gr. 719 Herst. v. Fernmeldeanl.	0	0	0	0	0
	Gr. 811 Erwerb v. Fahrzeugen	0	0	0	0	0
	Gr. 812 EDV u. Inventar	16	22	10	17	17
EU-, Bundes-, Landesprogramme		3.175	3.943	15.444	22.691	23.458
	EU-Fischereifonds (EFF) 2007-2013	2.811	2.286	2.500	2.580	3.080
0706.89129-3	EU-Fischereifonds (EFF) 2007-2013	2.811	2.286	2.500	2.580	2.580
0706.89130-7	EU-Fischereifonds (EMFF) 2014-2020					500
	EU-Programm EFRE 2007 - 2013 - invest. -	0	0	12.300	18.232	15.135
0709.88855-2	EU-Programm EFRE 2007-2013			12.300	18.232	15.135
	EFRE-Programm 2014/2020	0	0	0	0	4.600
0709.88856-0	EU-Programme EFRE 2014-2020 -investiv-					4.600
	Zuschüsse für Maßnahmen im Rahmen des EU-Programms "FIAF"	0	0	0	1.235	0
0706.89228-1	Zuschüsse für Maßnahmen im Rahmen des EU-Programms 'FIAF'				1.235	
	EU-Programm Ziel 2 (Phase V) -invest.-	0	0	0	0	0
	EU-Programm EFRE 2007 - 2013 (inv.)	0	1.474	0	0	0
	Programm T.I.M.E.	0	0	0	0	0
	Entwicklungsländlicher Raum (GAK)	274	103	394	394	394
0702.88250-8	Zuweisungen an Niedersachsen, Entwicklung ländlicher Raum (GAK)	274	103	394	394	394
	Wirtschaftsförderung Bremerhaven -GAK- (BIS)	90	81	250	250	250
0706.89190-0	Wirtschaftsförderung Bremerhaven -GAK- (BIS)	90	81	250	250	250
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften		31.856	37.695	28.638	19.158	15.447
	An das Sonderverm. Überseestadt für Erschließungsmaßnahmen	5.013	9.294	5.527	325	827
3708.88440-4	An das Sondervermögen Überseestadt für Erschließungsmaßnahmen	5.013	9.294	5.527	325	827
VE					3.000	2.240
	An das Sondervermögen Überseestadt für Investitionen	2.388	1.739	1.000	2.722	2.102
3708.88439-0	An das Sondervermögen Überseestadt für Investitionen	2.388	1.739	1.000	2.722	2.102
	Zuführung an das Sondervermögen Gewerbeflächen (Veranstaltungsflächen) - investiv -	1.660	2.452	2.300	1.260	1.142
3754.88410-9	Zuführung an das Sondervermögen Gewerbeflächen (Veranstaltungsflächen) -investiv-	1.660	2.452	2.300	1.260	1.142
	An das Sonderverm. Gewerbeflächen für Erschließungsmaßnahmen	4.347	2.859	6.117	7.445	5.433
3708.88435-8	An das Sondervermögen Gewerbeflächen für Erschließungsmaßnahmen	4.347	2.859	6.117	7.445	5.433
VE					7.991	1.348
	An das Sondervermögen Gewerbeflächen (Stadt) für Investitionen	3.812	6.735	2.500	771	1.650
3708.88434-0	An das Sondervermögen Gewerbeflächen (Stadt) für Investitionen	3.812	6.735	2.500	771	1.650
	Sondervermögen Fischereihafen	14.635	14.616	11.194	6.636	4.293
0716.89196-8	Schaufenster Fischereihafen		6			
0706.89165-0	Masterplan Fischereihafen			1.804		

INVESTITIONSPROGRAMM 2012/2015

Produktplan 71 Wirtschaft

Stand: 20.08.2013

Investive Einnahmen und Ausgaben - in Tsd. € -		IST	IST	Anschlag	Entwurf	
		2011	2012	2013	2014	2015
0706.89121-8	Infrastrukturmaßnahmen in Bremerhaven	4.723	6.313	5.014	6.603	4.260
VE					10.833	5.898
0706.89120-0	Zuschüsse für die infrastrukturelle Erschließung	7.998	8.297	4.376	33	33
VE					33	33
0706.89160-9	Erschließung Fischereihafen	1.913				
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen		34.324	28.135	22.443	20.612	26.389
	Infrastrukturmaßnahmen in Bremerhaven	1.955	4.389	0	0	0
	An Hst. 6782/385 02, Kostenerstattung für wirtschaftsfördernde Massnahmen	4.500	4.500	5.000	5.000	5.000
	Förderprogramme - BAB -	3.592	3.685	2.800	2.400	2.700
	Förderprogramme - BIS -	2.089	1.913	1.200	1.000	1.100
	Zuschuß an die BIS für Investitionen -Wirtschaftsplan	20	550	150	550	550
	Zuschuß an das TTZ für Investitionen -Wirtschaftsplan	30	20	20	20	20
	Zuschuß an die WFB für Investitionen -Wirtschaftsplan	40	1.580	40	1.580	1.548
	Zuschuß an die HVG für Investitionen	1.169	10	0	0	0
	GRW-Massnahmen (BAB)	2.203	2.099	2.800	2.150	3.000
	GRW-Massnahmen (BIS)	2.551	1.501	1.200	2.150	2.000
0709.89180-4	GRW-Maßnahmen (BIS)	2.551	1.501	1.200	2.150	2.000
VE					940	920
	Ausbau Brhv. zu einem Zentrum der Offshore Windenergiewirtschaft (äußeres Erschließungskonzept -Erschließungsstraße West) s.auch LM			3.400		
	Zuschüsse für das Projekt Alter Hafen / Neuer Hafen	1	8	0	0	0
	Kosten der Kajenunterhaltung	-45	54	134	134	134
	Dt. Schiffahrtsmuseum	0	0	0	0	0
	An Hst. 6782/385 13 für die Kofinanzierung von URBAN-Projekt	616	0	0	0	0
	Zuschüsse zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur	1.203	0	0	0	0
	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	1.448	1.343	1.343	1.343	1.343
	Investitionszuschüsse für Tourismus	609	65	1.250	0	0
	Investitionszuschüsse an öffentliche Unternehmen (Dienstleistungsstandorte)	9	81	10	0	0
	Zuschüsse für attraktivitätssteigernde Maßnahmen	497	-228	0	67	2.000
3754.89120-2	Zuschüsse für attraktivitätssteigernde Maßnahmen	497	-228		67	2.000
VE					2.848	1.700
	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0	0	0	0	0
	Zuschuß an die Glocke für Investitionen - Wirtschaftsplan	5	40	40	90	90
	Zuschuß an die Bremer Touristikzentrale (BTZ) f. Investitionen	5	5	5	75	5
	Zuschuß an Ratskeller GmbH für Investitionen - Wirtschaftsplan	0	46	46	46	46
	Entwicklung des Domshofquartiers	4	4	0	0	0
	Investitionszuschüsse für Maßnahmen in Bremen-Stadt	0	60	390	0	0
	Investitionszuschüsse Gewerbeflächen	11	43	0	0	0
	Gewerbepark Hansalinie Bremen	3.624	1.703	2.749	3.135	2.994
0715.89153-0	Gewerbepark Hansalinie	3.624	1.703	2.749	3.135	2.994
VE					3.135	5.370
	Erschließungsmaßnahmen im Technologiepark(südlich Achterstraße)	1.700	438	200	430	75
0715.89142-5	Erschließungsmaßnahmen im Technologiepark (südlich Achterstraße)	1.700	438	200	430	75
VE					1.174	1.200
	Bremer Industriepark	139	496	132	16	16
0715.89150-6	Bremer Industriepark (BIP)	139	496	132	16	16
VE					16	16
	Science Park	340	472	0	0	0
	Umnutzung des Bremer Vulkan-Geländes	21	-1.188	39	26	22
0715.89320-7	Umnutzung des Bremer Vulkan-Geländes	21	-1.188	39	26	22
VE					26	22
	Inanspruchnahme aus Gewährleistungen	0	0	1.575	375	375
0709.87110-2	Inanspruchnahme aus Gewährleistungen			1.575	375	375
VE					375	375
	Straßenbaumaßnahmen im Technologiepark	0	0	0	0	0
	Vor- und Nachlaufkosten b. Erschließungsmaßn.	75	52	0	0	50
	Hochschulbaumaßnahmen Bremen (Inv.zuschuß)	3.000	1.561	0	0	0
	Investitionszuschüsse für Innovationsförderung	549	1.091	300	0	3.295
	sonstige Projekte	2.364	1.743	1.020	25	25

INVESTITIONSPROGRAMM 2012/2015

Produktplan 71 Wirtschaft

Stand: 20.08.2013

Investive Einnahmen und Ausgaben - in Tsd. € -	IST	IST	Anschlag	Entwurf	
	2011	2012	2013	2014	2015
Netto-Investitionen:	66.490	62.291	64.624	53.827	45.304
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	3.099	1.615	1.663	1.315	705
0715.56432-7 Zinsen für das Projekt 0214-L Sondervermögen Überseestadt	298	298	158	105	
0706.56422-5 Zinsen für Projekte 9602-L und 9922-L Kommunale Projekte und InnenstadtprogrammBremerhaven	180	30	36	5	
0715.56418-1 BKF-Zinsen für das Projekt 0602-L Gewerbepark Hansalinie Flächenkäufe	82	60	39	17	
0716.56448-7 BKF-Zinsen für das Projekt 0002-LInnenstadtentwicklung Bremerhaven	157	65	29	1	
0715.56415-7 BKF-Zinsen für das Projekt 9919-L Logistik-Zentrum GVZ	942	504	695	833	464
0715.56412-2 BKF-Zinsen für das Projekt 9913-L Bremer Vulkan Baustein Ost	189	105	150	135	111
0715.56416-5 BKF-Zinsen für das Projekt 9916-L Bremer Vulkan Erschließung	198	161	165	147	130
0715.56440-8 BKF-Zinsen für das Projekt 0502-L Universum	413	120	152	19	
0715.56439-4 BKF-Zinsen für das Projekt 0503-LBremer Industriepark	187	50	54		
0715.56419-0 BKF-Zinsen für das Projekt 0603-L Flächenkäufe II	120	5	40		
0716.56442-8 BKF-Zinsen für das Projekt 0410-L Innenstadtplafonds Bremerhaven	302	216	131	45	
0715.56413-0 BKF-Zinsen für das Projekt 9909-L Huckelriede/Cambrai-Kaserne	31	1	15	7	
nachr.: VE-Vorbelastungen insgesamt				40.732	22.765

INVESTITIONSPROGRAMM 2012/2015

Produktplan 81 Häfen

Stand: 20.08.2013

Investive Einnahmen und Ausgaben - in Tsd. € -	IST	IST	Anschlag	Entwurf	
	2011	2012	2013	2014	2015
Investive Einnahmen	10.737	10.737	10.737	10.737	10.737
Finanzhilfen des Bundes für Seehäfen	10.737	10.737	10.737	10.737	10.737
Investive Ausgaben	86.601	69.411	78.380	82.007	80.780
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	19.110	31.659	29.282	29.413	29.457
Zuführung an SV Hafen - Unterbringung Hafenschlick	3.226	3.355	236	0	0
Zuführung an SV Hafen - Schleuse Oslebshausen	572	516	453	471	484
3801.88414-7 Zuführung an SV Hafen - Schleuse Oslebshausen	572	516	453	471	484
VE				441	462
Zuführung an SV Hafen - CT III	5.438	7.819	7.618	7.618	7.364
3801.88415-5 Zuführung an das SV Hafen - CT III (Kapitaldienstfinanzierung)	5.438	7.819	7.618	7.618	7.364
VE				6.565	6.502
Zuführung an SV Hafen - CT IIIa / Osthafen	1.968	2.685	2.275	2.313	2.346
3801.88416-3 Zuführung an das SV Hafen - CT IIIa / Osthafen	1.968	2.685	2.275	2.313	2.346
VE				2.235	2.281
Zuführung an SV Hafen - Hafenzuwässerung	1.299	710	710	706	687
3801.88417-1 Zuführung an das SV Hafen - Hafenzuwässerung	1.299	710	710	706	687
VE				614	610
Zuführung an SV Hafen - CT IV	2.000	3.000	4.000	4.000	4.000
3801.88418-0 Zuführung an das SV Hafen - CT IV (Kapitaldienstfinanzierung)	2.000	3.000	4.000	4.000	4.000
VE				4.000	4.000
Zuführung an SV Hafen - Kaiserschleuse	0	8.052	8.441	8.846	9.090
3801.88419-8 Zuführung an das SV Hafen -Kaiserschleuse (BKF 0603-S)	0	8.052	8.441	8.846	9.090
VE				7.546	7.901
Zuführung an SV Hafen - Umgestaltung Osthafen	646	627	610	606	604
3801.88420-1 Zuführung an das SV Hafen - Umgestaltung Osthafen	646	627	610	606	604
VE				2.577	1.074
JadeWeserPort	100	1.034	1.078	992	1.021
Fischereihafenschleuse Bremerhaven	3.861	3.861	3.861	3.861	3.861
0801.89112-8 Fischereihafenschleuse Bremerhaven (BKF 9703-L)	3.861	3.861	3.861	3.861	3.861
VE				3.861	3.861
Fähre Bremen-Stedingen	0	0	0	0	0
Flughafeninvestitionen	0	0	0	0	0
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	11	3	50	50	50
Gr. 700 Kleinere Um- u. Erw.bauten	0	0	0	0	0
Gr. 719 Herst. v. Fernmeldeanl.	0	0	0	0	0
Gr. 811 Erwerb v. Fahrzeugen	0	0	0	0	0
Gr. 812 EDV u. Inventar	11	3	50	50	50
EU-, Bundes-, Landesprogramme	1.260	2.700	2.700	200	2.700
Anpassungsmaßnahmen Mittelweser	1.000	2.500	2.500	0	2.500
0801.88110-6 Zuweisungen an den Bund für Anpassungsmaßnahmen an der	1.000	2.500	2.500		2.500
Ausbau Mittelland- und Küstenkanal	260	200	200	200	200
0801.88131-9 Zuweisungen an den Bund zum Ausbau des Mittelland- und Küsten-	260	200	200	200	200
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften	66.221	33.449	35.813	44.746	43.240
Zuführung an SV Überseestadt	300	200	300	0	0
An das Sondervermögen Fischereihafen für Investitionen	0	950	950	1.550	1.550
0801.88411-3 Zuführung an das Sondervermögen Fischereihafen (investiv)		950	950	1.550	1.550
An das Sondervermögen Hafen für Investitionen	30.758	32.299	34.563	25.196	22.690
3801.88422-8 An das Sondervermögen Hafen für Investitionen	30.758	32.299	34.563	25.196	22.690
VE				20.880	7.000
davon für		29.926	34.563	41.605	40.840
- Kaiserschleuse		10	10	10	10
- Kompensation für CT III + CT IIIa		780	211	42	122
- CT4 (Kompensation)		3.363	3.363	3.363	3.363
- Kompensation Osthafen + Zuwässerung		30	30	30	30
- Einführung GIS / SAP-RE		75	75	75	75
- Grund und Boden		57	356	350	0

INVESTITIONSPROGRAMM 2012/2015

Produktplan 81 Häfen

Stand: 20.08.2013

Investive Einnahmen und Ausgaben - in Tsd. € -	IST	IST	Anschlag	Entwurf	
	2011	2012	2013	2014	2015
- Umsiedlung US-Army CSK		1.257	3.000	1.000	0
- Hafenanlagen und Deponien		16.470	13.060	21.945	14.220
- Verkehrsanlagen und -flächen		2.950	2.300	4.000	8.300
- Hafenhahn		3.750	6.293	9.200	10.600
- Techn. Anlagen und Schleusen		609	330	355	185
- Ver- und Entsorgungsanlagen		40	0	0	0
- Schwimmende Fahrzeuge		535	5.535	1.235	3.935
- aus Eigenmitteln SV Hafen für techn. Anlagen und Schleusen		16	15		
- aus Eigenmitteln SV Hafen für CT 4		15.000			
- aus Eigenmitteln SV Hafen für Kaiserschleuse		10.000			
Summe Investitionen SV Hafen		54.942	34.578	41.605	40.840
Zuführung an SV Hafen (investiv)	35.163	0	0	0	0
Zuführung an SV Fischereihafen Offshore-Terminal	0	0	0	18.000	19.000
0801.88421-0 Zuführung an das SV Fischereihafen für den Offshore Terminal				18.000	19.000
VE				18.000	22.000
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	0	1.600	10.535	7.598	5.333
Anbindung Offshore-Terminal (Luneort (UVI))	0	1.600	2.937	0	0
Baukosten Cherbourger Straße	0	0	7.598	7.598	5.333
0801.89310-4 Baukosten Cherbourger Straße			7.598	7.598	5.333
VE				7.598	10.000
Netto-Investitionen:	75.864	58.674	67.643	71.270	70.043
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	20.995	29.336	27.771	26.670	25.915
0801.56411-9 Zinsen für Projekt 9703-L Fischereihafenschleuse Bremerhaven	1.373	1.156	1.029	863	697
3801.56413-4 Zinsen für Projekt 9201-S Baggertgutentsorgung Bremen	263	11	4		
3801.56430-4 Zinsen für Projekt 0403-S (CT IV)	9.800	8.800	7.800	7.800	7.800
3801.56415-0 Zinsen für Projekt 9001-S Containerterminal III Nord	4.031	4.093	3.828	3.384	3.319
3801.56416-9 Zinsen für Projekt 9901-S Containerterminal III a	2.309	2.195	2.535	2.435	2.340
3801.56417-7 Zinsen für Projekt 9805-S Baggertgut Bremerhaven (Zuwässerungskanal Überseehafen)	435	369	340	312	298
3801.56419-3 Zinsen für Projekt 0601 S Neubau der Kaiserschleuse		10.065	9.675	9.270	8.922
3801.56431-2 Zinsen für Projekt 0501-S Jade-Weser-Port	1.974	1.890	1.845	1.930	1.896
3801.56414-2 Zinsen für Projekt 9902-S Schleuse Oslebshausen	202	171	150	132	119
3801.56418-5 Zinsen für Projekt 0301-S Umgestaltung Osthafen	608	586	565	544	524
nachr.: VE-Vorbelastungen insgesamt				74.317	65.691

INVESTITIONSPROGRAMM 2012/2015

Produktplan 91 Finanzen

Stand: 20.08.2013

Investive Einnahmen und Ausgaben - in Tsd. € -	IST	IST	Anschlag	Entwurf	
	2011	2012	2013	2014	2015
Investive Einnahmen	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	672	665	480	498	477
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	0	0	0	0	0
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	672	607	480	498	477
Gr. 700 Kleine Um- und Erweiterungsbauten	223	255	208	161	156
Gr. 719 Herstellung von Fernmeldeanlagen	2	1	4	3	3
Gr. 811 Erwerb von Fahrzeugen	0	0	0	0	0
Gr. 812 EDV und Inventar	447	351	268	335	318
EU-, Bundes-, Landesprogramme	0	0	0	0	0
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften	0	0	0	0	0
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	0	58	0	0	0
Zuschüsse an Fidatas Bremen (investiv)	0	0	0	0	0
Zuschüsse an Performa Nord (investiv)	0	0	0	0	0
Sonstige Maßnahmen	0	58	0	0	0
0900.86301-2 Darlehen an Bedienstete für den Rechtsschutz		1			
0900.88411-7 An SVIT für den Erwerb vorfinanzierter Anlagen		58			
VE				83	83
Netto-Investitionen:	672	665	480	498	477
nachr.: inv. VE-Vorbelastungen insgesamt				83	83

INVESTITIONSPROGRAMM 2012/2015
Produktplan 92 Allgemeine Finanzen

Stand: 20.08.2013

Investive Einnahmen und Ausgaben - in Tsd. € -	IST	IST	Anschatg	Entwurf	
	2011	2012	2013	2014	2015
Investive Einnahmen	1.231	2.504	0	0	0
Veräußerung von Beteiligungen	0	0	0	0	0
Von SVIT Liquiditätsrückführung SV Hafen	0	2.500	0	0	0
Sonstige investive Einnahmen	1.231	4	0	0	0
Investive Ausgaben	50.970	38.153	25.822	28.345	28.496
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	0	0	0	0	0
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	11	12	0	0	0
EU-, Bundes-, Landesprogramme					
Zuwend./Zusch. an Sondervermö./Gesellschaften	38.637	26.199	25.322	27.845	27.996
An BEB	0	0	0	0	0
An SVIT für Instandhaltungsinvestitionen	0	0	0	0	0
An SVIT für Sanierungsinvestitionen	26.700	24.473	25.200	25.723	25.874
3987.88420-6 An Sondervermögen Immobilien und Technik für Sanierungsinvestitionen	26.700	22.847	25.200	21.723	21.874
VE				21.861	8.794
0987.88420-7 An Sondervermögen Immobilien und Technik für Sanierungsinvestitionen		1.626		4.000	4.000
An SVIT für Projekte des Investitionspakts	1.551	757	0	0	0
An SVIT für Städtebauförderungsmaßnahmen	386	848	0	0	0
An SVIT Liquiditätstausch mit SV Hafen	10.000	0	0	0	0
An SVIT für energetische Maßnahmen				2.000	2.000
3987.88423-0 An SVIT für energetische Maßnahmen				2.000	2.000
An SVIT, Sanierung Siemens Hochhaus (Tilgung)	0	122	122	122	122
3987.88422-2 An SVIT Refinanzierung Sanierung Siemens-Hochhaus	0	122	122	122	122
VE				122	122
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	12.322	11.942	500	500	500
Erwerb von Beteiligungen und Grunderwerb	3	0	0	0	0
Darlehen	588	210	500	500	500
0980.87101-0 Inanspruchnahme aus Gewährleistungen	588	210	500	500	500
VE				3.100	4.325
Verlustausgleich der BVV mbH (investiv)	11.732	11.732	0	0	0
Sonstige investive Ausgaben	0	0	0	0	0
Netto-Investitionen:	49.739	35.649	25.822	28.345	28.496
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	0	38	38	38	38
3987.56411-2 An SVIT, Refinanzierung Anteil Bremens an der Sanierung Siemens-Hochhaus (Zinsen)		38	38	38	38
nachr.: inv. VE-Vorbelastungen insgesamt				25.083	13.241

INVESTITIONSPROGRAMM 2012/2015
Produktplan 93 Zentrale Finanzen

Stand: 20.08.2013

Investive Einnahmen und Ausgaben - in Tsd. € -	IST	IST	Anschlag	Entwurf	
	2011	2012	2013	2014	2015
Investive Einnahmen	14.823	0	0	0	0
Konjunkturprogramm II	14.823	0	0	0	0
Investive Ausgaben	15.540	25.473	16.289	2.439	2.410
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	0	0	300	0	0
An die Stiftung Wohnliche Stadt für Investitionen	0	0	300	0	0
0995.89310-0 Abführung der restlichen Spielbankabgabe an die Stiftung 'Wohnliche Stadt' für Investitionen			300		
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	3.114	5.901	2.110	0	0
Konjunkturprogramm II	3.114	0	0	0	0
UVI	0	5.901	2.110	0	0
EU-, Bundes-, Landesprogramme	8.769	18.465	12.779	906	906
Konjunkturprogramm II	8.276	4	0	0	0
UVI	0	17.917	12.549	0	0
3997.72221-2 Beschleunigung der Inklusion im Schulbereich		1.850	3.100		
3997.72222-0 Modellhafte Erprobung eines neuen pädagogischen Konzepts		200			
3997.72223-9 Dachbodenausbau Grundschule Carl-Schurz-Straße		200			
3997.79007-2 Terminmanagement und Kundensteuerung im Stadtamt		451	100		
0997.79911-9 Globale Mehrausgaben (UVI)			2.978		
0997.88211-3 Zuweisung für die Entwicklung eines Datenbank		44			
0997.88420-5 Weiterentwicklung des Vergabemanagements		308			
0997.88421-3 Neubeschaffung eines internetbasierten elektronischen		244			
0997.88422-1 Fachapplikation Rechnungsbuch		38			
3997.89111-1 Zuschuss an die Theater der Freien Hansestadt Bremen GmbH für den		928			
0997.89111-2 An das Sondervermögen Immobilien und Technik für die Einrichtung		1.061	1.000		
3997.89120-0 Projekt Roter Sand		806			
3997.89141-3 Internetgestütztes Elterninformationssystem/Kindertagesbetreuung		200			
0997.89151-1 Klinikum Reinkenheide		784			
0997.89168-6 Einführung eines amtlichen Liegenschaftskataster-		80	98		
3997.89171-5 Erneuerung Bürgerweide		5.066	996		
0997.89181-3 Anbindung des Offshore-Terminals (Luneort)		1.950	2.151		
3997.89368-8 Verkehrstechnische Verbesserung durch LED-Licht-signalanlagen in		1.313	900		
0997.98503-6 An Bremerhaven für UVI-Projekte		1.344			
0997.89424-3 Green-IT-Housing-Center Universität Bremen		1.050	1.226		
VE				1.100	
An Brhv., Anteil an der Feuerschutzsteuer	493	545	230	906	906
0970.98557-6 An Hst. 6150/38501, Anteil an der Feuerschutzsteuer	493	545	230	906	906
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften	1.305	0	0	0	0
An BEB, Zuschüsse für Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0
Konjunkturprogramm II	1.305	0	0	0	0
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	2.352	1.106	1.100	1.532	1.504
An die Stift. Wohnl. Stadt für Investitionen	2.352	1.106	1.100	1.532	1.504
0995.89310-0 Abführung der restlichen Spielbankabgabe an die Stiftung 'Wohnliche Stadt' für Investitionen	2.352	1.106	1.100	1.532	1.504
Netto-Investitionen:	717	25.473	16.289	2.439	2.410
Globale Minderausgabe			-5.381	-4.764	-1.651
nachr.: inv. VE-Vorbelastungen insgesamt				1.100	0

INVESTITIONSPROGRAMM 2012/2015
Produktplan 96 IT-Ausgaben der FHB

Stand: 20.08.2013

Investive Einnahmen und Ausgaben - in Tsd. € -	IST	IST	Anschlag	Entwurf	
	2011	2012	2013	2014	2015
Investive Einnahmen	42	0	0	0	0
Vom Bund: Sachkosten Digitalfunk (BDBOS)	42	0	0	0	0
Investive Ausgaben	7.089	5.086	4.567	9.875	9.244
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	0	0	0	0	0
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	6.136	4.654	4.567	9.875	9.244
BOS	2.556	493	0	400	400
Neue Medien/e-Government	1.205	398	659	1.002	896
IT-Querschnitt investive Pauschale	726	1.628	2.224	747	747
ELAZE	31	30	57	85	85
SEPA	0	70	0	50	0
IT-Fachaufgaben	1.617	1.618	1.627	1.846	1.979
KoPers				4.401	3.707
Sonstige	0	416	0	1.344	1.430
EU-, Bundes-, Landesprogramme	0	0	0	0	0
Zuwend./Zusch. an Sondervermö./Gesellschaften	0	0	0	0	0
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	953	432	0	0	0
Digitalfunk	953	432	0	0	0
0950.88140-2 Investitionskostenanteile am bundesdeutschen Digitalfunknetz der BOS	834	405			
0950.88840-7 Investitionskostenanteile für die Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behö	119	27			
Netto-Investitionen:	7.047	5.086	4.567	9.875	9.244
nachr.: inv. VE-Vorbelastungen insgesamt					

Investitionsprogramm 2013 bis 2017; in Tsd. €					Stadtkämmerei				
Stadtgemeinde Bremerhaven (Stand 22.05.2013)					Ref. 20/1	Invest.-Plan	12.06.2013		
AB	Kap	Gru	Ti	Bezeichnung	Anschlag 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017
0	6920	871	01	INANSPRUCHNAHME AUS BÜRGSCHAFTEN	30	330	330	330	330
0	6925	891	01	SEESTADT IMMOBILIEN, MIETKAUF KITA ELLHORN-STRASSE	188	188	188	188	188
0	6925	891	02	SEESTADT IMMOBILIEN, INVEST.ZUSCHUSS F. TILGUNGEN FÜR GEBÄUDESANIER. BIS 2009 (KDF)	2.059	2.132	2.210	2.291	2.376
0	6925	891	03	SEESTADT IMMOBILIEN, LEIBRENTEN	100	102	105	108	112
0	6925	891	04	SEESTADT IMMOBILIEN, INVESTITIONS-KOSTENZUSCHUSS	4.960	7.500	7.500	7.500	7.500
0	6925	891	50	STADTFINANZ, INV.ZUSCHUSS F. TILGUNGEN F. STADTTEILSONDERPROGRAMM BIS 2009 (KDF)	326	340	355	370	385
Σ Ausschussbereich 0 Zentrale Finanzwirtschaft					7.663	10.592	10.687	10.787	10.890
2	6780	891	01	STÄGRUND, INVEST.ZUSCHUSS F. TILGUNGEN F. ERWEITER. U. SANIER. ZOO AM MEER (KDF)	170	175	181	186	192
2	6780	891	03	BEAN, INVEST.ZUSCHUSS FÜR TILGUNGEN FÜR PROJ. "HAVENWELTEN", MASSN. BIS 2009 (KDF)	16.127	12.708	12.788	10.633	8.224
2	6780	891	04	BIS, INVESTITIONSKOSTENZUSCHUSS	830	1.067	1.060	1.053	1.046
2	6780	891	05	BEAN, INVESTITIONSKOSTENZUSCHUSS	2.220	2.220	720	220	220
2	6782	730	01	ALLGEMEINE INVESTIVE INFRASTRUKTUR-MAßNAHMEN	2.027	2.164	2.164	2.164	2.164
2	6782	891	01	BIS, INVESTITIONSZUSCHUSS FÜR TILGUNGEN FÜR INNENSTADT I (KDF)	393	110	0	0	0
2	6782	891	02	BIS, INVESTITIONSZUSCHUSS FÜR TILGUNGEN FÜR SÜDLICHE INNENSTADT (KDF)	229	239	250	262	274
2	6782	891	03	BIS, INV.ZUSCHUSS F. TILGUNGEN GEWERBE-GEBIET LUNEORT OFFSHORE-WINDENERGIE (KDF)	218	226	234	242	251
2	6782	987	05	(I) AN BREMER HST. 0709/387 90-1 FÜR BETEILIG. AN D. REGIONAL. WIRTSCHAFTSFÖRD.	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000
2	6819	891	01	BVV / VGB, INVESTITIONSKOSTENZUSCHUSS	1.216	1.337	1.447	1.566	1.566
2	6819	891	02	BÄDERGESELLSCHAFT BREMERHAVEN MBH, INVESTITIONSKOSTENZUSCHUSS	1.199	1.220	1.097	1.056	1.056
2	6819	891	03	WESERFÄHRE BREMERHAVEN GMBH, INVESTITIONSKOSTENZUSCHUSS	43	143	143	143	142
2	6854	891	01	STADTHALLE BREMERHAVEN GMBH, INVESTITIONSKOSTENZUSCHUSS	1.480	1.480	1.480	1.480	1.480
2	6880	891	01	STÄWOG, INVESTITIONSZUSCHUSS FÜR TILGUNGEN FÜR US-WOHNUNGEN (KDF)	144	139	145	150	156
Σ Ausschussbereich 2 Finanzen, Wirtschaft, Rechtsangelegenh.					30.297	27.228	25.707	23.155	20.771
3	6510	893	01	FÖRDERMITTEL AN DIE KRANKENHÄUSER FÜR KURZFRIST. INVEST. NACH § 11 BREMKHG	1.189	1.189	1.189	1.189	1.189
3	6510	893	02	TRÄGERZUSCHUSS AN KLINIKUM BRHV.-REINKENHEIDE FÜR ERHEBL., WERTSTEIGERENDE INVEST.	100	0	0	0	0
3	6510	893	03	FÖRDERMITTEL AN DIE KRANKENHÄUSER FÜR INVESTITIONEN NACH § 10 BREMKHG	2.228	2.228	2.228	2.228	2.228
Σ Ausschussbereich 3 Gesundheit					3.517	3.417	3.417	3.417	3.417
4	6205	891	01	AN WIRTSCHAFTSBETRIEB SEESTADT IMMOBILIEN FÜR BAUMASSNAHMEN GANZTAGSSCHULEN	850	0	0	0	0
4	6210	812	06	ERWERB VON GERÄTEN UND SONSTIGEN BEWEGLICHEN SACHEN	58	62	63	64	65
4	6211	812	06	ERWERB VON GERÄTEN UND SONSTIGEN BEWEGLICHEN SACHEN	6	3	3	3	3
4	6230	812	06	ERWERB VON GERÄTEN UND SONSTIGEN BEWEGLICHEN SACHEN	172	170	168	165	161
4	6231	812	06	ERWERB VON GERÄTEN UND SONSTIGEN BEWEGLICHEN SACHEN	5	6	6	6	6

AB	Kap	Gru	Ti	Bezeichnung	Anschlag 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017
4	6246	812	06	ERWERB VON GERÄTEN UND SONSTIGEN BEWEGLICHEN SACHEN	114	116	114	112	110
4	6270	812	06	ERWERB VON GERÄTEN UND SONSTIGEN BEWEGLICHEN SACHEN	21	21	21	20	20
4	6271	891	01	INVESTITIONSZUSCHUSS AN DIE STÄGRUND	496	496	496	496	496
4	6321	893	01	INVESTITIONSZUSCHUSS AN STIFTUNG DEUTSCHES SCHIFFFAHRTSMUSEUM	48	48	48	48	48
4	6321	987	02	(I) AN BREMER HST. 0251/387 12-5 FÜR DIE BETEILIG. BRHV. A. D. KULTURFÖRD.	733	1.466	753	908	538
4	6330	812	06	ERWERB VON GERÄTEN UND SONSTIGEN BEWEGLICHEN SACHEN	25	0	0	0	0
4	6330	891	01	INVESTITIONSZUSCHUSS AN DIE STÄGRUND	510	510	510	510	510
4	6355	891	01	ZOO AM MEER BREMERHAVEN GMBH, INVESTITIONSKOSTENZUSCHUSS	42	42	42	42	42
4	6361	812	06	ERWERB VON GERÄTEN UND SONSTIGEN BEWEGLICHEN SACHEN	10	0	0	0	0
4	6361	812	07	INVESTIVE EXPONATE	10	0	0	0	0
4	6361	893	01	INV.-ZUSCHÜSSE FÜR RESTAURIERUNGEN	5	0	0	0	0
Σ Ausschussbereich 4 Schule und Kultur					3.104	2.939	2.224	2.373	1.998
5	6401	812	06	ERWERB VON GERÄTEN UND SONSTIGEN BEWEGLICHEN SACHEN	28	28	28	28	28
5	6641	893	01	TILGUNG AUF GRUNDSTÜCKSKOSTENDARLEHEN	39	40	42	43	45
Σ Ausschussbereich 5 Arbeit, Soziales, SeniorInnen, Migrant.					66	68	69	71	73
6	6502	790	01	ENTSIEGELUNGSMASSNAHMEN	10	10	10	10	10
6	6502	790	03	BAUMAßNAHMEN (ABWASSERABGABE)	110	110	110	110	110
6	6502	812	81	TECHNISIERUNG DER VERWALTUNG (GRUNDWASSERSCHUTZ)	2	2	2	2	2
6	6612	812	06	ERWERB VON GERÄTEN UND SONSTIGEN BEWEGLICHEN SACHEN	72	72	72	72	72
6	6625	790	02	REGULÄRES BUNDESPROGRAMM STADTUMBAU WEST (INVESTIV)	1.338	2.559	2.220	1.758	1.596
6	6625	790	03	BUNDESPROGRAMM "INVESTITIONSPAKT" FÜR ENERGETISCHE SANIERUNG	65	0	0	0	0
6	6625	790	06	SANIERUNGSMASSNAHMEN BUNDESPROGRAMM "SOZIALE STADT"	282	216	183	192	192
6	6625	790	09	STÄDTEBAUFÖRDERUNGSMASSNAHMEN AKTIVE STADT- UND ORTSTEILZENTREN	342	246	348	393	291
6	6625	790	10	STÄDTEBAUFÖRDERUNGSMASSNAHMEN DENKMALSCHUTZ WEST	348	435	372	264	177
6	6625	790	11	STÄDTEBAUFÖRDERUNGSMASSNAHMEN KLEINE STÄDTE UND GEMEINDEN	279	0	0	0	0
6	6651	700	03	VERBESSERUNG UND ERWEITERUNG DER VERKEHRSEINRICHTUNGEN	25	0	0	0	0
6	6651	700	05	GRUNDINSTANDSETZUNG UND ERNEUERUNG VON BRÜCKEN	300	0	0	0	0
6	6651	730	00	INVESTIVE PAUSCHALE F. ÖPNVG-MASSNAHMEN	0	1.233	1.328	1.233	1.233
6	6651	730	02	AUSBAU VON WOHNSTRASSEN, PARKPLÄTZEN UND ERSCHLIEßUNGSANLAGEN	150	0	0	0	0
6	6651	730	07	HERRICHTUNG DER FAHRWEGE FÜR DEN ÖPNV	617	0	0	0	0
6	6651	730	10	AUSBAU CHERBOURGER STRASSE	1.899	1.899	1.333	765	201
6	6651	730	11	AUSBAU DER STRASSE KARLSBURG	300	0	0	0	0
6	6651	730	44	AUSBAU DES RADWEGENETZES	110	300	300	300	300
6	6651	730	66	INVESTIVE PAUSCHALE FÜR ENTFLECHTGMASSNAHMEN	0	2.655	2.655	2.655	2.655
6	6651	730	89	AUSBAU DER ELBESTR. V. ELBINGER PLATZ BIS WIESENSTR. (ENTFLECHTG)	1.055	0	0	0	0
6	6651	730	91	AUSBAU BLUMENSTRASSE (ENTFLECHTG)	500	0	0	0	0
6	6651	730	92	AUSBAU BARKHAUSENSTR. ZWISCHEN SCHLEUSENSTR. UND BGM.-SMIDT-STR. (ENTFLECHTG)	1.100	0	0	0	0
6	6651	730	96	UMGESTALTUNG VON HALTESTELLEN (ÖPNVG)	617	0	0	0	0
6	6651	738	01	LÄRMSCHUTZPROGRAMM BAHN	0	600	600	600	600

AB	Kap	Gru	Ti	Bezeichnung	Anschlag 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017
6	6651	811	02	ERSATZBESCHAFFUNG VON KRAFTFAHRZEUGEN	50	0	0	0	0
6	6651	812	06	ERWERB VON GERÄTEN UND SONSTIGEN BEWEGLICHEN SACHEN	10	0	0	0	0
6	6730	700	01	KLEINE UM- UND ERWEITERUNGSBAUTEN SOWIE GRÖSSERE INSTANDSETZUNGEN (HOCHBAUTEN)	0	125	125	125	125
6	6730	700	03	KLEINE UM- UND ERWEITERUNGSBAUTEN SOWIE GRÖSSERE INSTANDSETZUNGEN (FRIEDHÖFE)	125	0	0	0	0
6	6730	812	06	ERWERB VON GERÄTEN UND SONSTIGEN BEWEGLICHEN SACHEN	80	80	80	80	80
Σ Ausschussbereich 6 Bau und Umwelt					9.785	10.542	9.737	8.559	7.644

7	6110	811	01	KRAFTFAHRZEUGE	197	215	215	215	215
7	6110	812	06	ERWERB VON GERÄTEN UND SONSTIGEN BEWEGLICHEN SACHEN	339	321	321	321	321
7	6120	812	06	ERWERB VON GERÄTEN UND SONSTIGEN BEWEGLICHEN SACHEN	45	0	0	0	0
7	6150	811	06	ABHOLBEHÄLTER, ERSATZBESCHAFFUNG	100	0	0	0	0
7	6150	811	08	LÖSCHFAHRZEUG, ERSATZBESCHAFFUNG	100	0	0	0	0
7	6150	812	06	ERWERB VON GERÄTEN UND SONSTIGEN BEWEGLICHEN SACHEN	100	0	0	0	0

Σ Ausschussbereich 7 Öffentliche Sicherheit					881	536	536	536	536
--	--	--	--	--	------------	------------	------------	------------	------------

8	6451	893	01	INV. ZUSCHÜSSE FÜR IMPULSE FÜR DEN SOZIALEN ZUSAMMENHALT	375	375	375	375	375
8	6470	893	03	AUSBAU BETREUUNGSPLÄTZE UNTER 3-JÄHRIGE (KIFÖG)	4.940	0	0	0	0
8	6560	812	06	ERWERB VON GERÄTEN UND SONSTIGEN BEWEGLICHEN SACHEN	3	0	0	0	0

Σ Ausschussbereich 8 Jugend und Familie					5.318	375	375	375	375
--	--	--	--	--	--------------	------------	------------	------------	------------

10	6540	700	03	KLEINE UM- UND ERWEITERUNGSBAUTEN SOWIE GRÖSSERE INSTANDSETZUNGEN (SONST. ANL.)	100	0	0	0	0
10	6540	893	02	INVESTITIONSZUSCHÜSSE FÜR ENERGETISCHE MASSNAHMEN IM SPORTBEREICH	31	31	31	31	31
10	6540	893	04	ERSATZBESCHAFFUNG VON MASCHINEN FÜR SPORTPLATZPFLEGE	50	0	0	0	0
10	6541	863	01	DARLEHEN	15	0	0	0	0
10	6541	893	02	ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN	80	60	60	60	60

Σ Ausschussbereich 10 Sport und Freizeit					276	91	91	91	91
---	--	--	--	--	------------	-----------	-----------	-----------	-----------

Σ Ausschussbereiche 0 - 10:					60.907	55.788	52.844	49.364	45.795
------------------------------------	--	--	--	--	---------------	---------------	---------------	---------------	---------------

davon

Eigengesellschaften und Wirtschaftsbetriebe	7.030	7.509	5.989	5.560	5.552
Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen, Komplementärfinanzierungen	19.154	14.117	13.879	13.268	12.917
Vertragliche bzw. vergleichbare Verpflichtung	8.041	9.078	7.804	7.396	6.467
Kapitaldienstfinanzierungen	19.667	16.069	16.162	14.135	11.858
sonstige Investitionen	7.015	9.014	9.011	9.005	9.000

Summe:	60.907	55.788	52.844	49.364	45.795
---------------	---------------	---------------	---------------	---------------	---------------